SEPTEMBER 1980

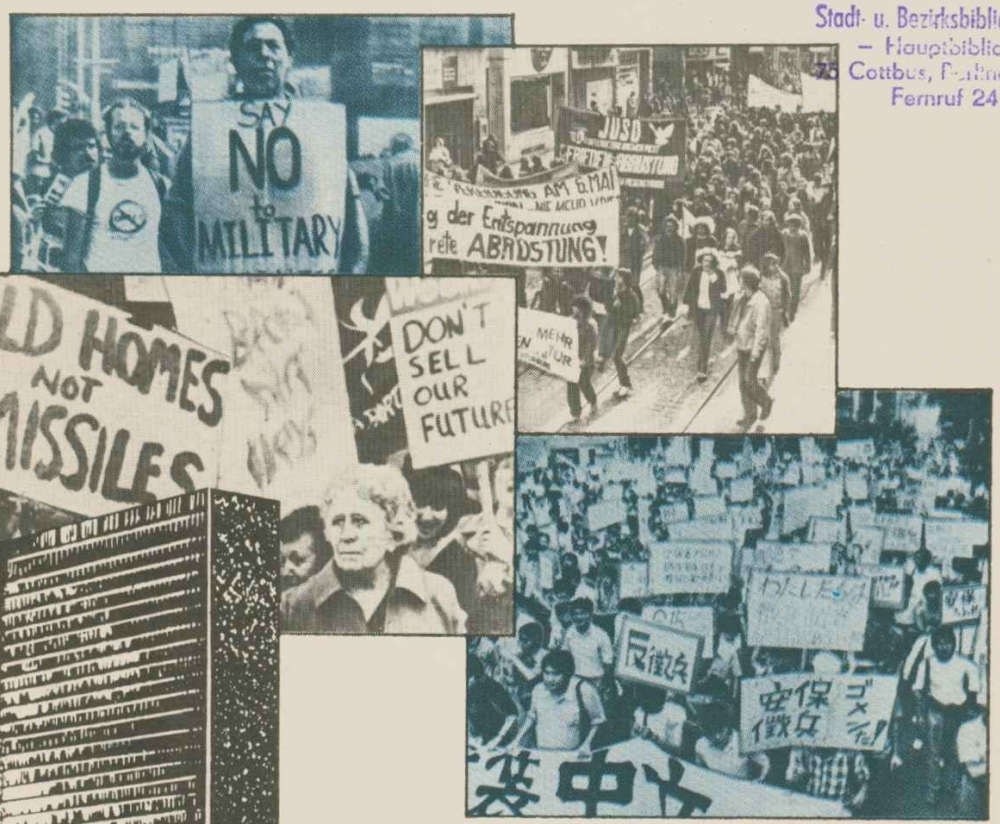
NEUE ZEIT

37

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek
Datum Unterschrift des Leiters

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
– Hauptbibliothek –
25 Cottbus, Puschkinstr. 12/14
Fernruf 24 305



Stimme der Welt– Stimme der UNO

14159-37 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-7101 PSF-77



Die rauhe, majestätische Natur Sibiriens

SOWJETUNION IM BILD

Die über 3000 km lange Baikal-Amur-Magistrale (BAM) wird durch die rauhen sibirischen Weiten vom Baikalsee bis zur Fernostküste der UdSSR verlaufen. Auf 1500 km der Trasse wurde der Güterzugverkehr bereits aufgenommen. In den anliegenden Gegenden entstehen neue Städte und Siedlungen.

Mit der BAM hat die komplexe Erschließung eines riesigen Territoriums von 1,6 Mio km² begonnen.

Hier gibt es reiche Vorkommen, u. a. von Eisenerz, Bunt- und Edelmetallen, Glimmer, Asbest, Kochsalz und Kokskohle. Auf ihrer Grundlage sollen Förder- und Verarbeitungsbetriebe entstehen. In den Instituten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wird ein Plan zur Erschließung der Naturressourcen des BAM-Territoriums erarbeitet.



Beim Bau einer der zahlreichen Brücken



Der Ingenieur und Geophysiker Valentin Sasonow



Gemüse aus dem Treibhaus



In der Gemäldegalerie von Sewerobaikalsk



Eine neue Stadt wächst empor

AM RUBIKON

Schon viele Jahre kann man die Nahostlage nur als gespannt bezeichnen. Jetzt aber wollen die Machthaber Israels, die vor allem an diesen Spannungen schuld sind, die Lage offenbar bis zum äußersten anheizen.

Die Zionisten setzen den Bau ihrer Siedlungen in den besetzten arabischen Gebieten fort. Sie annektierten den (arabischen) Ostteil von Jerusalem und proklamierten das gewaltsam „wiedervereinigte" Jerusalem zu ihrer Hauptstadt, sie unternahmen eine neue Großinvasion ihrer Truppen auf libanesisches Territorium, wobei sie große Schäden verursachten, viele friedliche Einwohner ermordeten oder schwer verletzten.

In der auf Heuchelei und Täuschung gegründeten Politik der Imperialisten und ihrer Helfershelfer liegen Tragisches und Lächerliches oft eng beieinander. Lächerlich war die in der Weltpresse immer noch nicht abgeklungene Geschichte der Beendigung und Wiederaufnahme der ägyptisch-israelischen Gespräche über eine „Palästinenserautonomie". Sadat hat die Welt wiederholt durch seine Fähigkeit das Staunen gelehrt, sich mit stolzer Miene auf schändliche Zugeständnisse an Tel Aviv und Washington bei dem Versuch einzulassen, die Bedingungen des Komplotts von Camp David zu verwirklichen. Doch die Annexion von Ostjerusalem konnte selbst er anfangs nicht hinnehmen. Kairo unterbrach die Verhandlungen mit Tel Aviv, die schon 15 Monate dauern, wiederholt verlegt wurden und jetzt wieder einmal in eine Sackgasse geraten sind.

Die Unfähigkeit Kairos und Tel Avivs, eine Vereinbarung in der „Autonomiefrage" zu erreichen, gefährdet die gesamte Nahoststrategie Washingtons, die auf dem „Prozeß von Camp David" basiert.

Um die Lage zu retten, macht Washington von einem bewährten Mittel Gebrauch — es setzt Kairo unter Druck. US-Sonderemissär Sol Linowitz überredete den ägyptischen Präsidenten, die Gespräche im Oktober wiederaufzunehmen, um die von Washington vorgeschlagene „Zwischenlösung" zu erörtern. Später, erst nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, soll ein Gipfeltreffen der Teilnehmer von Camp David durchgeführt werden.

In Kairo verbindet man gewisse Hoffnungen mit diesem geplanten Treffen. Man meint, der US-Präsident werde dann wohl eine „ausgeglichenere" Nahostpolitik verfolgen: Es werde dann ja nicht mehr die „zwingende" Notwendigkeit geben wie vor den Wahlen, der zionistischen Lobby Gefälligkeitsdienste zu leisten. Doch die gesamte Geschichte des arabisch-israelischen Konflikts zeigt, daß derartige Hoffnungen jeglicher Grundlage entbehren. Ist ja die wirtschaftliche, diplomatische und militärische Hilfe für Tel Aviv Rückgrat der amerikanischen Nahostpolitik, da Israel die Hauptbastion des Imperialismus in dieser Region darstellt. Wer auch US-Präsident werden mag, Tel Aviv wird stets der Gewinner bleiben.

Israel, das vom Wahlkampf in den USA profitiert, sinnt auf neue gefährliche Aktionen. In der Knesset bereitet man sich auf eine Debatte über die Annexion der Golan-Höhen vor. Ein Kanal Mittelmeer—Totes Meer durch den Ghazastreifen ist geplant. So gibt man zu verstehen, daß man den Ghazastreifen als israelisches Territorium ansieht.

Washington unterstützt diese Absichten Tel Avivs, weil sie voll dem Geist des Komplotts von Camp David entsprechen, dem der Gedanke zugrunde liegt: Hinter dem Feigenblatt der „Autonomiegespräche" soll die faktische Annexion des Westjordanlandes, des Ghazastreifens und der Golan-Höhen vollzogen werden. Durch die Beteiligung Kairos möchte man den Anschein einer arabischen Lösung schaffen.

Tel Aviv beschwört durch seine rücksichtslose Politik die größten Gefahren herauf. Wird es den Rubikon überschreiten? Der Annexionspolitik Israels muß eine entschiedene Abfuhr erteilt werden! Jetzt beginnen sogar jene arabischen Länder, die bislang die Annexionspolitik Israels mehr oder weniger toleriert haben, sich der Gefahren auch für sie selbst bewußt zu werden. Doch das allein reicht nicht. Die arabischen Völker verstehen das und streben nach größerer Einheit, um den Absichten Israels wirksam Widerstand leisten zu können, die Besetzung arabischer Gebiete zu verewigen. Solchen gefährlichen Plänen hat die UNO-Vollversammlung das anerkannte Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Bildung eines eigenen unabhängigen Staates entgegengesetzt. Nur so kann allen Völkern des Nahen Ostens ein dauerhafter und gerechter Frieden garantiert werden.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 37 SEPTEMBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium: **L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW** (Verantw. Sekretär), **W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK** (Stellv. Chefredakteur), **I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. WOLSKI**

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. KRESTJANINOW**

IN DIESEM HEFT:

Am Rubikon 1

G. Stach — **UNO. Entspannung und Abrüstung vorrangig** 5

Polen. Die wichtigste Aufgabe 7

Biographisches: **Stanisław Kania** 7

B. Pistschik und M. Podwigin — **Drehscheibe des Welthandels** . . . 8

N. Sergejew — **China—Südostasien. Riskantes Spiel** 8

K. Karagesian — **BRD. „Heiße Phase" und eiskalte Kalkulation** . . . 10

G. Gabrielian — **Äthiopien. Arbeit und Kampf** 12

W. Dolgow — **El Salvador. Von Washington ausgehalten** 13

J. Tyssowski — **Syrien. An der vordersten Linie** 14

N. Lossinski — **Japan. Mit altem Gepäck** 15

Notizen ◆ Glossen 16

N. Gnewuschew — **Militarismus — Werkzeug des Neokolonialismus** . 18

V. Teitelboim — **Chile. Neue Kampfetappe** 20

J. Gotlober — **Für Gott und Teufel und den Drachen** 22

J. Tawrowski — **Vietnam. Der Schwur von Lang Son** 23

W. Solowjow — **Interferon — ein Lebenselixier!** (Interview) . . . 25

F. Wolkow — **Doppelspiel** 27

Diskussion mit dem Leser 31

PS 32



Am 16. September wird in New York die 35. UNO-Vollversammlung eröffnet. Die Weltöffentlichkeit, die den militaristischen Kurs der USA und der anderen NATO-Länder, das Wettrüsten verurteilt, für Entspannung und Völkerverständigung eintritt, erwartet, daß die Weltgemeinschaft sich entschieden für Frieden und Entspannung ausspricht.

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud", Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■

In Warschau fand am 6. September das 6. Plenum des ZK der PVAP statt. In Zusammenhang mit der ernsten Krankheit Edward Giereks entband das ZK ihn von der Funktion des Ersten Sekretärs des ZK und eines Mitglieds des Politbüros des ZK der PVAP. Zum Ersten Sekretär des ZK der PVAP wurde einstimmig Stanisław Kania gewählt. Leonid Breshnew gratulierte Stanisław Kania zu seiner Wahl: „Wir geben der festen Zuversicht Ausdruck, daß unter der Führung der PVAP, die auf ruhmreiche revolutionäre Traditionen zurückblicken kann und Interessenvertreter der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ist, das polnische Volk rasch die komplizierten Aufgaben lösen und die Schwierigkeiten überwinden wird, die dem Land erwachsen sind, und sich im Kampf um die Ideale des Sozialismus und das Wohlergehen Volkspolens zusammenschließen wird."

■

Am 5. September trat der Sejm der VR Polen zu einer Sitzung zusammen, auf der Józef Pińkowski als Vorsitzender des Ministerrats der VR Polen sowie der Erlaß des Staatsrates über die Veränderungen im Ministerrat der VR Polen einstimmig bestätigt wurden. Zum Außenminister wurde Józef Czyrek ernannt. Alexej Kossygin richtete Glückwünsche an Józef Pińkowski (siehe S. 7).

■

Am 9. September beging das bulgarische Volk den 36. Jahrestag der sozialistischen Revolution. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten Glückwünsche an Todor Shiwkow, Erster Sekretär des ZK der BKP und Vorsitzender des Staatsrates der VR Bulgarien, und an Stanko Todorow, Vorsitzender des Ministerrats: „Die Außenpolitik des sozialistischen Bulgarien, das konsequent für die Vertiefung der Entspannung, für Frieden und Sicherheit, für gleichberechtigte Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa und in der ganzen Welt, für die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen auf dem Balkan eintritt, genießt verdientes internationales Ansehen."

■

Am 9. September beging das koreanische Volk den 32. Jahrestag der Bildung der KVDR. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten Glückwünsche an Kim Il Sung, Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas und Präsident der KVDR, und an Li Jong Ok, Premier des Verwaltungsrates: „In der Sowjetunion werden die freundschaftlichen, auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus basierenden Beziehungen zwischen unseren Staaten hoch eingeschätzt und die Überzeugung bekundet, daß sich diese Beziehungen





Die sowjetischen Menschen begingen den 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Kulikowo Polje vom 8. September 1380, wo das vereinigte russische Heer die Horden der Tataren besiegt und so Europa gerettet hatte. TASS-Foto: Festversammlung in Moskau am 8. September im Säulensaal des Gewerkschaftshauses.

Am 8. September führten Andrej Gromyko und Nguyen Co Thach Gespräche. Unser Bild: Vor Beginn der Verhandlungen.

Foto: S. Kossyrjew

stetig zum Wohl der Völker beider Länder, im Interesse von Frieden, Demokratie und Sozialismus weiterentwickeln und festigen werden."

■

Am 7. September traf SRV-Außenminister Nguyen Co Thach, Mitglied des ZK der KPV, zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein.

■

Am 3. September wurde der Präsident Finnlands, Urho Kaleva Kekkonen, 80 Jahre. An der Feier nahm eine sowjetische Staatsdelegation unter Wassili Kusnezow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und erser stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, teil, der dem Jubilar eine Grußbotschaft Leonid Breshnews überreichte: „Wir sind fest davon überzeugt, daß die allseitige feste Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Finnland, die sich konsequent in voller Übereinstimmung mit dem sowjetisch-finnischen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand von 1948 entwickelt, der zweimal bei Ihrer unmittelbaren Mitwirkung 1955 und 1970 verlängert wurde, erfolgreich voranschreiten und ständig neue Formen, neuen Inhalt annehmen wird."

■

Am 8. September empfing Nikolai Tichonow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, den Landwirtschaftsminister Indiens, Rao Birendra Singh, der sich zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion aufhält.

■

Am 7. September ging in Genf die zweite Konferenz zur Überprüfung der Wirksamkeit des Atomwaffensperrvertrages zu Ende, an der Delegationen von 75 Ländern teilnahmen. Die Konferenz bekräftigte, daß der Vertrag ein lebensfähiges, optimales und gutausbalanciertes Instrument für die Zusammenarbeit der Staaten ist, um die Ausbreitung von Atomwaffen zuverlässig zu verhüten und die umfassende friedliche Nutzung der Atomenergie zu gewährleisten.

■

Am 9. September wurde in Madrid das Vorbereitungstreffen zum im November dort bevorstehenden KSZE-Folgetreffen eröffnet.

■

Vom 2. bis 5. September fand in Rom die UNO-Konferenz für Bevölkerung und Urbanisierung statt. An ihr nahmen leitende Verwaltungsmitarbeiter der fast 60 größten Städte der Erde, Wissenschaftler, Ökonomen, Vertreter von Regierungen und internationalen Organisationen teil. Die sowjetische Delegation wurde vom Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Moskauer Stadtsowjets, Wladimir Promyslow, geleitet.

■

Am 5. September ging in Brighton der 112. Jahreskongreß der Britischen Trade Unions zu Ende. Die Delegierten kritisierten scharf die Außenpolitik der Tory-Regierung, deren Versuche, England noch enger an die Militärmaschinerie des Pentagon zu binden. Sie sprachen sich für den unverzüglichen Abbau der Rüstungsausgaben und dafür aus, die so frei werdenden Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereitzustellen, und verurteilten die „Verteidigungspolitik, die auf dem Einsatz nuklearer Waffen oder auf der Drohung damit beruht".

■

Der Präsident Portugals, General Ramalho Eanes, gab offiziell bekannt, er wolle bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember als Unabhängiger kandidieren. Ramalho Eanes, ein fester Anhänger der demokratischen Entwicklung Portugals, ist dafür bekannt, daß er für die strikte Einhaltung der Verfassung eintritt.

■

Vom 4. bis 7. September fand in Funchal, dem Verwaltungszentrum Madeiras (Portugal), die 26. Tagung der Nordatlantischen Versammlung statt. 300 militärpolitische Strategen aus den 15 Ländern erarbeiteten neue Pläne zur forcierten Rüstung.

■

Auf einem riesigen Territorium — von Nordnorwegen bis zum äußersten Süden der Türkei — findet das NATO-Manöver „Autumn-Forge-80" statt, an dem 300 000 Soldaten und Offiziere, 2500 Flugzeuge und 220 Kriegsschiffe teilnehmen. Von 25 geplanten Übungen finden 13 in der BRD statt.

■

Die Streitkräfte Afghanistans liquidieren mit Unterstützung der Bevölkerung weiterhin aus dem Ausland eingeschleuste Söldnerbanden. Kürzlich wurden in der Provinz Juzjan 800 und

in der Provinz Ghor 150 Banditen vernichtet.

■

Am 7. September gab Hua Guofeng, Vorsitzender des ZK der KP Chinas, auf der Tagung des Nationalen Volkskongresses seinen Rücktritt als Premier des Staatsrates der VR China bekannt. Er sagte, das ZK der KPCh habe empfohlen, für ihn den jetzigen stellvertretenden Premier, Zhao Ziyang, zu ernennen sowie einen Rücktritt der stellvertretenden Premiers des Staatsrates Deng Xiaoping, Li Xinnian, Chen Yun, Xu Xiangqian, Wang Zhen, Wang Renzhong und Chen Yonggui zu erörtern.

■



Die israelischen Militaristen haben die aus ihrer Heimat vertriebenen Palästinenser zu unsäglichen Leiden verdammt. TASS-Foto: Im palästinensischen Flüchtlingslager Rashidia (Libanon).

■

Am 7. September traf der stellvertretende US-Verteidigungsminister William Perry, der als einer der bedeutendsten Experten für die Entwicklung und Produktion von Rüstungstechnik gilt, in Peking ein.

■

Vom 31. August bis 4. September hielt sich Sol Linowitz, Vertreter des US-Präsidenten bei den Nahostgesprächen, in Israel und Ägypten auf. Nach Treffen mit Sadat und Begin teilte Linowitz mit, sie hätten sich zu einem neuen Gipfeltreffen unter Vermittlung Carters bereit erklärt. Das Treffen soll nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen stattfinden (siehe S. 1).

■

Muammar al Gaddafi sprach sich am 1. September in Tripolis auf der Kundgebung anläßlich des 11. Jahrestages der libyschen Revolution für die Vereinigung Libyens mit Syrien aus. Das sei angesichts der Aggressionsakte der israelischen Militaristen notwendig. Als Antwort auf Muammar al Gaddafis Appell teilte der syrische Präsident Hafiz al-Assad in einem Telegramm an den libyschen Revolutionsführer sein Einverständnis mit. Am 8. September traf Hafiz al-Assad in Libyen ein, um mit Muammar al Gaddafi Gespräche über eine Vereinigung zu führen.

■

Simbabwe hat die diplomatischen Beziehungen zur Republik Südafrika abgebrochen.

■

Die SWAPO-Streitkräfte verstärken ihre Offensive. Es kommt zu schweren Kämpfen in Nordnamibia. Die RSA-Besatzungstruppen haben große Verluste.

■

In 20 Gebieten von El Salvador kämpfen die Aufständischen gegen die reguläre Regierungsarmee. Allein in einer Woche haben die Partisanen 366 Soldaten und Offiziere des Gegners vernichtet, 130 Operationen durchgeführt, 28 Ortschaften angegriffen, 3 Rundfunksender erobert und 140 Barrikaden errichtet. In San Salvador und anderen Städten besteht nach wie vor Belagerungszustand. Seit Januar sind in El Salvador bereits 6700 Menschen umgekommen (siehe S. 13).

■

Am 27. August wurde der Erste Sekretär des ZK der Paraguayischen KP, Antonio Maidana, in Buenos Aires verhaftet. In einer Erklärung der Politischen Kommission des ZK der Paraguayischen KP wird Beunruhigung darüber geäußert, daß die kürzliche Reise des paraguayischen Verteidigungsministers General Samaniego nach Buenos Aires mit Verhandlungen über die Auslieferung Antonio Maidanas an die Stroessner-Diktatur zusammenhängt.

■



Die US-Behörden wollen mit Polizeirepressalien den Kampf der Afroamerikaner gegen die Rassendiskriminierung unterdrücken. Unser Bild: Brutal geht die Polizei gegen Teilnehmer der Rassenunruhen in Orlando (Bundesstaat Florida) vor.

Foto: UPI—TASS

NZ POST

Schon viele Jahre wollen die US-Imperialisten die Regierungen der lateinamerikanischen Länder unter ihrer Vormundschaft halten. Nachdem der Sozialismus mit dem Sieg der kubanischen Revolution seinen Einzug auch in der westlichen Hemisphäre gehalten hat, ist das für sie schwieriger geworden. Vor einem Jahr siegte auch Nikaragua über die Kräfte der Reaktion. Und welches lateinamerikanische Land wird als nächstes das imperialistische Joch abwerfen? Diese Frage werden die Völker Lateinamerikas schon sehr bald beantworten.

Eduardo ORTEGA
Matanzas, Kuba

Abrüstungsfragen werden nicht nur in den höchsten administrativen Sphären entschieden. Ihre Lösung hängt weitgehend vom Willen der Werktätigen ab. Sie können viel tun, damit die Vernunft triumphiert, damit Streitfragen nur mit friedlichen Mitteln gelöst werden und das Wettrüsten eingedämmt wird. Einer der wichtigsten Schritte hierbei muß der Verzicht auf die Pläne für eine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Europa sein.

S. KOLUPAILO
Altai-Gebiet, RSFSR

Als US-Bürger bin ich sehr beunruhigt darüber, welchen Weg die amerikanische Außenpolitik nehmen wird. Jene, die den Kurs der Vereinigten Staaten bestimmen, möchte ich fragen: Wer hat der US-Administration das Recht gegeben, „globale Interessen", „globale Verpflichtungen" und „globale Verantwortung" für sich zu beanspruchen? Soll so nicht nur das Streben der USA nach Weltherrschaft getarnt werden? Keine andere Regierung der Welt, außer der amerikanischen, erhebt Ansprüche auf die Einrichtung „strategischer Zonen" (wie sich Brzezinski ausdrückte) in Europa, im Nahen Osten, in Asien und Afrika. Woher nehmen eigentlich die USA das Recht, andere Länder in ihre verhängnisvollen Pläne Tausende Meilen von den USA entfernt zu ziehen? Ich sehe das nicht nur als Demonstration völliger Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Menschheit.

B. SABRIN
New York, USA

ENTSPANNUNG UND ABRÜSTUNG VORRANGIG

Gennadi STACH

Am 16. September tritt in New York die 35. UNO-Vollversammlung zusammen. Die Organisation der Vereinten Nationen zählt gegenwärtig 153 Mitglieder. Als sie vor 35 Jahren gegründet wurde, verkündete sie ihr Ziel: die kommenden Generationen von den Schrecken des Krieges zu befreien. Bei den heutigen Komplikationen in der Weltlage ist diese Aufgabe besonders akut, und die Tagungsdelegierten werden sich vor allem auf Fragen wie Festigung des Friedens, Abrüstung, Verminderung der Kriegsgefahr und Eindämmung des Wettrüstens konzentrieren.

Eine politische Auseinandersetzung über die weitere Entwicklung der internationalen Beziehungen und die Entspannung ist auf der bevorstehenden UNO-Vollversammlung unvermeidlich. Die Führer der USA und der NATO nehmen, von Peking unterstützt, Kurs auf militärische Überlegenheit, auf Unterminierung des Entspannungsprozesses. Dazu werden neue Programme für die Aufstockung der Rüstungen ausgearbeitet und bestätigt, dazu taucht die strategische Doktrin eines „begrenzten" Kernkrieges auf. Dieser Linie wird auf der Tagung die ausgewogene und konstruktive Position der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten gegenüberstehen.

Die vorläufige Tagesordnung der Vollversammlung umfaßt bereits ca. 120 Punkte. Aber zentrale Fragen sind natürlich die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung. Es ist die Aufgabe der UNO, ihre Anstrengungen in dieser Richtung maximal zu aktivieren. Mit dem Wettrüsten Schluß zu machen ist möglich. Dazu braucht es den guten Willen und eine positive Reaktion des Westens auf die zahlreichen Vorschläge der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder. Viele davon werden auch auf der bevorstehenden Tagung zur Sprache kommen. Die Entspannungsgegner wollen ihren Hauptstoß gerade in dieser Richtung führen. Inzwischen kolportieren die bürgerlichen Massenmedien die Erdichtungen von einer „sowjetischen militärischen Bedrohung", davon, daß die UdSSR die internationalen Verträge über das Verbot der Anwendung der chemischen Waffen und über das Verbot der bakteriologischen Waffen verletze. Statt sachliche Verhandlungen zu führen, versuchen die USA, einige ihrer Bündnispartner und China, den Abrüstungsausschuß und andere internationale Foren zu solchen Unterstellungen zu benutzen.

Am wichtigsten unter den Abrüstungsproblemen sind die der Einschränkung des nuklearen Wettrüstens. Eindringlich mahnt daran erneut der NATO-Beschluß, in Westeuropa gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder gerichtete nukleare USA-Mittelstreckenraketen zu stationieren. Nach Meinung der meisten UNO-Staaten wäre baldmöglichstes Inkrafttreten von SALT II ein großer Schritt zur nuklearen Abrüstung. Offenbar wird das auf der Tagung zum Ausdruck kommen.

Die USA, ihre westlichen Alliierten und China sind daran schuld, daß es bis heute nicht gelungen ist, Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenproduktion und die allmähliche Einschränkung der Kernwaffenvorräte bis zu ihrer völligen Vernichtung aufzunehmen. Der entsprechende Beschluß wurde von der UNO auf Vorschlag der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder vor bald zwei Jahren gefaßt und im Abrüstungsausschuß weitgehend unterstützt. Seit China im Ausschuß vertreten ist, wirken darin alle fünf Kernmächte. Es ist Zeit, die Verhandlungen über die nukleare Abrüstung praktisch vorzubereiten, und die Vollversammlung muß sich kategorisch für ihre unverzügliche Aufnahme aussprechen.

Auch die Frage des vollständigen und allgemeinen Verbots der Kernwaffenversuche ist lösungsreif. Aber die Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien über die Abfassung eines Vertrages werden von der westlichen Seite gebremst. Die UdSSR wird auch künftig alles tun, damit ein solcher Vertrag möglichst bald zustande kommt. Die UNO muß mit ihren Beschlüssen zum raschen Abschluß der entsprechenden Verhandlungen beitragen.

Zweifellos werden sich die Tagungsdelegierten angelegentlich mit dem Problem der Nonproliferation beschäftigen. Wie akut es ist, zeigte erneut die in Genf eben abgeschlossene Konferenz zur Überprüfung der Wirksamkeit des Atomsperrvertrages. Ihre Teilnehmer sprachen sich für zusätzliche Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Kernwaffen auf dem Erdball aus.

Mit Rücksicht darauf, daß zahlreiche Länder ohne Kernwaffen an der Festigung ihrer Sicherheitsgarantien interessiert sind, erklärte die UdSSR wiederholt, daß sie niemals Kernwaffen gegen Länder einsetzen wird, die solche Waffen nicht herstellen, nicht erwerben und auch nicht auf ihrem Territorium haben. Sie ist bereit, ein diesbezügliches Abkommen mit jedem solchen Land zu schließen. Auf Initiative der UdSSR wird im Abrüstungsausschuß schon seit zwei Jahren die Frage nach der Ausarbeitung einer internationalen Konvention über die Sicherheitsgarantien für die Staaten ohne Kernwaffen diskutiert. Aber die westlichen Kernmächte und China wollen keine vertraglichen Verpflichtungen eingehen und ziehen die Ausarbeitung der Konvention in die Länge. Infolgedessen verlief die Erörterung des Vorschlags der sozialistischen Länder, in jenen Staaten, auf deren Territorien es Kernwaffen nicht gibt, solche nicht zu stationieren, ergebnislos, obwohl die 33. UNO-Vollversammlung diese Initiative unterstützte. Nach Ansicht vieler UNO-Staaten muß man bereits zur Abfassung eines juristisch verpflichtenden internationalen Dokuments zu dieser Frage übergehen. Die 35. Vollversammlung muß mit ihren Beschlüssen dem Abrüstungsausschuß einen neuen Impuls geben.

Aktuell wie nie zuvor ist jetzt die Aufgabe, zu verhindern, daß die Staaten neue Massenvernichtungswaffen in ihre Bestände aufnehmen. Einige Kreise im Westen knüpfen gerade an die Entwicklung neuer Waffen und Systeme dieser Art ihre illusorischen Hoffnungen auf eine strategische Überlegenheit über die

UdSSR und deren Bündnispartner. Die bevorstehende UNO-Vollversammlung täte gut daran, die beschleunigte Ausarbeitung eines umfassenden Abkommens über das Verbot der Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen und erforderlichenfalls von Abkommen über die einzelnen dieser Waffen zu befürworten.

Seit Jahren verhandeln die UdSSR und die USA über das Verbot der Herstellung chemischer Waffen und die Vernichtung ihrer Vorräte. Aber amerikanischerseits wird die Vorbereitung eines entsprechenden Vertrages verzögert. Der direkte Zusammenhang zwischen der USA-Position bei den Verhandlungen und den Pentagon-Aktivitäten bei der Steigerung der C-Waffen-Produktion und der Entwicklung binärer C-Waffen ist unverkennbar. Nach Meinung der UdSSR muß die Vollversammlung einen Beschluß fassen, der zur baldigsten Liquidierung der C-Waffen beitragen wird.

Heute, da die Handlungen Washingtons und seiner Verbündeten die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation vergrößern, ist es besonders wichtig, auf der Vollversammlung Fragen zu erörtern, die mit der Gewährleistung der politischen und völkerrechtlichen Sicherheitsgarantien der Staaten verbunden sind. Eine vordringliche Aufgabe der UNO und ihrer bevorstehenden Vollversammlung ist es, die Anwendung von Gewalt und Diktat in den internationalen Angelegenheiten unmöglich zu machen. Aber die USA und andere NATO-Länder blockieren die sowjetische Initiative, einen weltumspannenden Gewaltverzichtsvertrag aufzusetzen. Es ist dringend notwendig, ein solches Dokument endlich aufzusetzen und Maßnahmen zur strikten Befolgung der Prinzipien der UNO-Charta in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu treffen.

Die Vollversammlung wird sich mit den neuralgischen Punkten des Planeten befassen. Die Abmachung von Camp David hat die Nahostlage erneut zugespitzt und Tel Aviv zu neuen Abenteuern ermuntert. Davon zeugen die immer häufigeren barbarischen Überfälle Israels auf Libanon, die Erklärung von der Annexion des arabischen Teils von Jerusalem und die beschleunigte Anlegung israelischer Siedlungen auf den okkupierten arabischen Territorien. Die Separatabmachungen, die den Lebensinteressen der Araber zuwiderlaufen, behindern eine politische Regelung in diesem Raum. Wie die Sondertagung der UNO zum Palästina-Problem im Juli d. J. zeigte, bleibt diese Frage der Angelpunkt eines gerechten und dauerhaften Nahostfriedens. Sie kann nur gelöst werden, wenn an einer allumfassenden Regelung sämtliche interessierten Seiten, darunter die PLO als einziger legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes, teilnehmen. Auf der 35. Vollversammlung wird sich die UdSSR für eine allumfassende, gerechte Nahostregelung einsetzen, d. h. für den vollständigen Abzug der israelischen Truppen von allen 1967 okkupierten arabischen Territorien, die Realisierung der unveräußerlichen Rechte des arabischen palästinensischen Volkes, darunter seines Rechtes auf die Schaffung eines eigenen Staates, sowie die Gewährleistung der Unabhängigkeit und Sicherheit aller Staaten dieser Region.

Das Zypern-Problem ist noch nicht geregelt. Die NATO-Länder wollen sich diesen Umstand zunutze machen, um unter Umgehung der UNO den Zyprioten Beschlüsse aufzuoktroyieren, die den eigennützigen Zielen der Nordatlantikunion entsprechen, aber mit den Interessen des Volkes von Zypern nichts gemein haben. Eine gerechte Lösung dieses Problems ist nur im Rahmen von UNO-Beschlüssen möglich, die die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Republik Zypern, die Respektierung ihrer Politik der Nichtpaktgebundenheit gewährleisten müssen.

Die UNO kann nicht daran vorübergehen, daß sich die Lage in Südostasien ernst kompliziert hat. Sowohl die USA als auch China wirken darauf hin, dort einen neuen Spannungsherd zu entfachen. An der thailändisch-kampucheanischen Grenze reißen bewaffnete Provokationen nicht ab, mit chinesischen Waffen ausgerüstete Pol-Pot-Banden dringen in Kampuchea ein, der militärische Druck der chinesischen Hegemonisten und ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder Indochinas verstärken sich. Deshalb schlugen mehrere UNO-Staaten, darunter die Sozialistische Republik Vietnam, vor, auf der Vollversammlung die „Frage von Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit in Südostasien" zu erörtern, damit alle UNO-Staaten zur Herbeiführung von Ruhe und Frieden in diesem Teil der Welt beitragen können. Die Grundlage für die politische Beilegung der Probleme Südostasiens, ist in einem Programm dargelegt, mit dem die Außenminister von Vietnam, Laos und Kampuchea vor etwa zwei Monaten hervortraten. Ihre Bemühungen sollten in der UNO bei allen energische Unterstützung finden, denen es wirklich an der Wiederherstellung von Frieden und Ruhe in Südostasien liegt.

Ferner müßte die Vollversammlung den legitimen Vertretern der VR Kampuchea, den ihnen in der UNO zustehenden Platz sichern, auf dem sich noch immer die „Delegierten" der Pol-Pot-Schergen breitmachen.

Aber die Kräfte, die die Entspannung unterminieren wollen, nehmen sich vor, den konstruktiven Dialog auf der Vollversammlung, die sachliche Diskussion über wichtige Fragen ihrer Tagesordnung zu verhindern. Zu diesem Zweck wird die „afghanische Frage" hervorgeholt. Eine solche Diskussion in der UNO brauchen sie, um den nichterklärten Krieg gegen Afghanistan, der vom Territorium Pakistans und einiger anderer Länder noch immer geführt wird, zu tarnen. Die UdSSR ist für eine politische Regelung der Situation. Der einzige Weg dazu ist die Einstellung der konterrevolutionären Intervention und eine Übereinkunft zwischen den Regierungen der DRA und ihrer Nachbarländer, vor allem Pakistans. Die konstruktiven Vorschläge der DRA-Regierung darüber sind bekannt. In der UNO bricht sich die Einsicht Bahn, daß die antiafghanischen Umtriebe Washingtons und Pekings nicht nur diesem Land, sondern auch anderen Entwicklungsstaaten schaden.

Auf der Vollversammlung wird wieder der Kampf um die Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen auf gleichberechtigter, gerechter und demokratischer Grundlage entbrennen. Hindernisse auf diesem Wege entstehen nach wie vor durch kapitalistische Länder, die auf den Raubbau an den Ressourcen der Entwicklungsländer, auf deren faktische Plünderung durch wertungleichen Austausch nicht verzichten wollen.

Die UdSSR brachte in der UNO wiederholt neue Fragen ein, wenn die Weltlage, die Interessen von Staaten und Völkern ihre unverzügliche Lösung erforderten. Diesmal ist auf Vorschlag der UdSSR in die Tagesordnung die Frage „Über die historische Verantwortung der Staaten für die Erhaltung der Natur der Erde für die heutige und für künftige Generationen" aufgenommen worden.

Die 35. UNO-Vollversammlung wird zahlreiche Fragen prüfen und wichtige Beschlüsse fassen. Die Weltöffentlichkeit wird die Tagung vor allem nach ihren praktischen Ergebnissen beurteilen, danach, was sie zur Lösung der Aufgaben beitragen wird, die die ganze Menschheit bewegen: Verminderung der Kriegsgefahr, Fortschritt der Entspannung, Wende vom Wettrüsten zur Abrüstung, gerechte Beilegung der Konfliktsituationen, Ausbau der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. ■

DIE WICHTIGSTE AUFGABE

Die polnische Presse meldet, daß die Arbeit in Häfen, auf Werften, in Industriebetrieben und Gruben, wo es in letzter Zeit zu Streiks gekommen ist, wiederaufgenommen wurde. Vor der Beendigung der Streiks wurde eine Vereinbarung über einige soziale und wirtschaftliche Fragen nach Verhandlungen zwischen den Regierungsausschüssen und den Arbeitervertretungen erreicht. Auf dem 5. Plenum des ZK der PVAP vom 30. August wurde ein Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Ausschüsse gegeben.

Das Volk hat polnischen Pressemeldungen zufolge die Nachricht von der Normalisierung der Lage in Betrieben, Städten und Landesteilen erleichtert aufgenommen. PAP meldet, daß die Arbeiterkollektive wieder intensiv arbeiten.

In dieser Lage fanden das 6. Plenum des ZK der PVAP am 6. September und die ordentliche Sitzung des Sejms am 5. September allgemeine Aufmerksamkeit.

Einer Meldung über das Plenum zufolge entband das ZK der PVAP im Zusammenhang mit der ernsten Erkrankung Edward Giereks diesen von seinen Funktionen des Ersten Sekretärs des ZK und eines Mitglieds des Politbüros des ZK der PVAP. Als Erster Sekretär des ZK der PVAP wurde Stanisław Kania einstimmig gewählt. Zu Mitgliedern des Politbüros des ZK der PVAP wurden Kazimierz Barcikowski und Andrzej Zabiński sowie zu Sekretären des ZK der PVAP Tadeusz Grabski, Zdzisław Kurowski und Jerzy Wojtecki gewählt.

„Unsere wichtigste Aufgabe ist die Wiederherstellung des gesellschaftlichen Vertrauens zur Volksmacht, des Vertrauens der Arbeiterklasse, aller Werktätigen zur Partei", sagte Stanisław Kania auf dem Plenum. „Wir müssen die starken Bande der Organe zum Volk sichern.

Ernsthafte Fehler in der Wirtschaftspolitik und Deformierungen gesellschaftlichen Lebens waren die hauptsächlichen Ursachen dieser großen Streikwelle, die sich seit Juli durch Polen bewegt und bis zum heutigen Tag andauert. Wir betrachten diese Streiks als Erscheinung der Unzufriedenheit der Arbeiter, des Arbeiterprotests in seiner hauptsächlichen, sauberen, eben Arbeiterart. Das war ein Protest, der nicht gegen die Prinzipien des Sozialismus, nicht gegen unsere Bündnisse gerichtet war, das war kein gegen die führende Rolle unserer Partei gerichteter Protest, die von der Geschichte geformt worden ist. Er war gegen die Entstellungen, gegen die Fehler in unserer Politik gerichtet", konstatierte der Erste Sekretär des ZK der PVAP.

„Wir werden mit aller Konsequenz zu den Ursachen der Spannungen vordringen, wir werden sie beseitigen, damit niemals wieder eine so dramatische Situation entstehen kann.

Die Partei wird ihre Politik vor allem durch die Vertretungsinstitutionen realisieren und sich dabei auf deren konstitutionelle Rolle stützen. Wir gehen von dem Grundsatz aus und müssen diesen als Richtlinie unserer Arbeit ansehen, daß die Demokratie keine Geste der Staatsmacht gegenüber der Gesellschaft ist, sondern ein großes und wachsendes Bedürfnis des Sozialismus."

Stanisław Kania konstatierte, daß das Bündnis mit der UdSSR einen besonderen Platz in der Außenpolitik Polens einnahm und einnehmen wird. „Es verdient besondere Hervorhebung, daß sich unsere Freunde, unsere Verbündeten in den vergangenen schwierigen Tagen gegenüber unserer Situation verständnisvoll und im Vertrauen darauf verhalten haben, daß wir dafür die richtige Lösung finden werden. Das gilt insbesondere für die KPdSU und Genossen Leonid Breshnew persönlich. Wir schätzen die enge Zusammenarbeit mit allen befreundeten sozialistischen Ländern hoch. Wir werden unseren würdigen Platz im Warschauer Vertrag, im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe festigen", fuhr er fort.

Auf der Tagung des Sejms wurde ein Regierungsprogramm für vorrangige Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage behandelt. Die Abgeordneten des Sejms nahmen dieses Programm zur Kenntnis. Der Sejm bestätigte einstimmig Józef Pińkowski als Vorsitzenden des Ministerrats der VR Polen.

Auf der Tagung konstatierte Józef Pińkowski, das vom Sejm gebilligte Sozialprogramm müsse unter schwierigen Bedingungen erfüllt werden, da der bestehende Stand der Arbeitsproduktivität und des Produktionsvolumens nicht die materiellen Grundlagen für seine vollständige Verwirklichung gewährleistet.

Die Überwindung der derzeitigen Schwierigkeiten und Disproportionen hängt in erster Linie von besserer produktiver Arbeit ab. Tiefreichende Veränderungen in den Methoden der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sind zu verwirklichen. Józef Pińkowski unterstrich die besondere Bedeutung des Ausbaus der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den RGW-Ländern, insbesondere mit der UdSSR, für die Entwicklung des Landes.

Die polnische Presse, die die Bedeutung der gefaßten Maßnahmen und Beschlüsse hoch einschätzt, verweist darauf, daß die feindlich gesinnten Kräfte vergeblich auf antisozialistische Veränderungen in Polen, auf eine Störung der Beziehungen Polens zur UdSSR, zur ganzen sozialistischen Gemeinschaft hoffen. ■

BIOGRAPHISCHES

STANISŁAW KANIA

ERSTER SEKRETÄR DES ZK DER PVAP



Geboren am 8. März 1927 im Dorf Wrocanka (jetzt Wojewodschaft Krosno) in der Familie eines Kleinbauern. Absolvierte die ökonomische Fakultät der Hochschule für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der PVAP.

Begann 1942 seine Berufstätigkeit als Industriearbeiter. 1944 nahm er in den Reihen der Bauernbataillone an der Widerstandsbewegung teil.

Nach der Befreiung einer der Organisatoren der Jugendbewegung.

Im April 1945 trat er der Polnischen Arbeiterpartei bei. Leistete aktive Arbeit in Partei- und Jugendorganisationen in Rzeszów.

Nach dem Studium an der Hochschule beim ZK der PVAP wurde er 1952 Leiter der Abteilung für Landjugend und Mitglied des Präsidiums der Hauptverwaltung des polnischen Jugendverbandes.

1958 übernahm er die Leitung der Landwirtschaftsabteilung, später wurde er Sekretär des Warschauer Wojewodschaftskomitees der PVAP. 1968 wurde er Abteilungsleiter des ZK der PVAP.

Auf dem IV. Parteitag gewählt als Kandidat des ZK der PVAP, auf dem V. Parteitag zum Mitglied des ZK der PVAP. Seit April 1971 Sekretär des ZK der PVAP. Nach dem VI. Parteitag 1971 wurde er zum Kandidaten des Politbüros und zum Sekretär der PVAP gewählt. Seit 1975 Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP.

Auf dem 6. Plenum des ZK der PVAP wurde Stanisław Kania zum Ersten Sekretär des ZK der PVAP gewählt.

DREHSCHEIBE DES WELTHANDELS

Die Produktionsvereinigung „Woßchod" (Gorki) erhielt eine Goldmedaille auf der Leipziger Herbstmesse 1980. Es liegt etwas Symbolisches darin, daß in diesem so unruhigen Jahr eine der ersten Ehrenurkunden des traditionellen Welthandelsplatzes gerade an ein Kollektiv ging, das der strengen Jury die Einrichtung einer großen Spielanlage für Kinder vorgestellt hat. Diese mit liebevollem Einfühlungsvermögen geschaffene Anlage führt in die Welt des russischen Märchens. Hier drängten sich Geschäftsleute und andere Messebesucher. Sie alle waren begeistert von der künstlerisch gekonnten und pädagogisch geschickten Komposition.

„Unsere Messeausstellung", sagte uns der Direktor des sowjetischen Pavillons, Leonid Gudyrja, „dürfte einmalig sein. Erstens war es im Grunde die Abschlußmesse kurz vor Ende des 10. Fünfjahrplans. Zweitens haben wir den Schwerpunkt auf das Angebot von Massenbedarfsartikeln für unsere ausländischen Partner gelegt. Auf der Messe wurden über 8000 verschiedene Exponate aus der UdSSR gezeigt. Und drittens haben wir noch nie auf ausländischen Ausstellungen und Messen so anschaulich die Ergebnisse der Spezialisierung und Kooperation im Rahmen des RGW vorgeführt. In unserem Pavillon waren 400 derartige Erzeugnisse ausgestellt."

Großes Interesse fand die Ausstellung der Tatarischen ASSR bei den Hunderttausenden Besuchern des größten Messepavillons. Die Menschen in vielen Ländern haben sich mit den Errungenschaften verschiedener Sowjetrepubliken, die wiederholt an internationalen und nationalen Ausstellungen und Messen teilgenommen haben, bekannt machen können. Die Tatarische ASSR und ihr kleines Volk präsentierten sich jetzt erstmals dem ausländischen Publikum. Die Besucher konnten sich davon überzeugen, daß das einst rückständige Land der Tataren an der Wolga eine Region des fortgeschrittenen Flugzeugbaus, einer leistungsstarken Automobilindustrie, einer modernen Erdölförderung und einer vielgestaltigen Petrolchemie geworden ist. Die Besucher konnten am eindrucksvollen Beispiel des tatarischen Volkes sehen, was die Leninsche Nationalitätenpolitik allen Völkern der Sowjetunion, selbst den kleinsten Völkerschaften, gebracht hat.

Die Vertreter der Tatarischen ASSR erhielten dreimal Messegold. Andere sowjetische Exponate wurden noch mit sechs Medaillen ausgezeichnet. Die sowjetischen Außenhandelsorganisationen können mit dem Ergebnis zufrieden sein: Kontrakte und Abkommen wurden geschlossen und viele Angebote uns unterbreitet, die wir noch eingehend prüfen müssen...

CHINA—SÜDOSTASIEN

RISKANTES SPIEL

In Peking hat man sehr empfindlich auf die Veröffentlichung des Memorandums des SRV-Außenministeriums Ende August reagiert, in dem die Gründe für die anhaltenden Spannungen in Südostasien genannt werden und die Haltung Vietnams zur Regelung der Fragen der zwischenstaatlichen Beziehungen in der Region dargelegt wird. Das Memorandum des SRV-Außenministeriums machte die Öffentlichkeit erneut auf die Hauptbedrohung von Frieden und Stabilität in Südostasien aufmerksam — auf die expansionistische und hegemonistische Politik Chinas.

Die Pekinger Propaganda wollte mit einer Handbewegung das vietnamesische Dokument vom Tisch wischen, indem sie ein weiteres Mal bei den üblichen Erfindungen über eine angebliche „sowjetisch-vietnamesische Bedrohung" Südostasiens Zuflucht nahm. Peking ist offenbar darüber besorgt, daß Hanoi der Hegemoniepolitik, die es mit Unterstützung des Partners USA und unter Ausnutzung der Zuspitzung der Weltlage verstärkt verfolgt, seine konstruktiven Vorschläge entgegensetzt.

Die Komponenten des Pekinger Hegemonismus in dieser Region sind hinreichend bekannt. Nach dem Zusammenbruch des prochinesischen Regimes von Pol Pot und Ieng Sary, das ein riesiges Blutbad in Kampuchea anrichtete, hegen Mao Zedongs Erben weiterhin Pläne für die Schaffung einer „Einflußsphäre" in Südostasien. Unter dem Aushängeschild der Hilfe für eine „Befreiungsbewegung" unterstützen sie die aus dem Land geflohenen Pol-Pot-Banden und statten sie auf Stützpunkten in Thailand mit neuen Waffen aus. In Peking tut man alles, damit die Banditen auch aus westlichen Ländern, aus Japan und den ASEAN-Staaten „Hilfe" erhalten.

Gerade die Aktivitäten der Überreste der Pol-Pot-Banden an der kampucheanisch-thailändischen Grenze sowie deren Unterstützung durch die thailändischen Behörden, die unter dem Druck Chinas eine feindselige Haltung gegenüber Kampuchea, Vietnam und Laos einnahmen, haben zu einer Zuspitzung der Lage in der Region geführt.

Das ganze provokatorische Treiben kann natürlich an den Realitäten nichts ändern. Der Sieg der Volksmacht in Kampuchea und ihre Konsolidierung werden durch die feste Unterstützung der Nachbarstaaten Indochinas, der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder zuverlässig gewährleistet. Doch die Handlungen Pekings gegen die VR Kampuchea und die DRV wirken sich in nicht geringem Maße störend auf die Normalisierung des Lebens in Kampuchea, auf die Anbahnung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den Ländern Indochinas und Südostasiens aus.

Kurz vor Eröffnung der UNO-Vollversammlung hat Peking bei aufdringlicher Begleitmusik der imperialistischen Propaganda ein weiteres Mal versucht, die verbrecherische Pol-Pot-Clique, die Henker des kampucheanischen Volkes als „Demokraten" und „Patrioten" hinzustellen. Peking und Washington setzen die Vertreter einiger asiatischer Staaten, darunter Japans und einiger ASEAN-Länder unter Druck, die nacheinander erklärten, sie würden auch in Zukunf das „demokratische Kampuchea" anerkennen.

Man versucht sogar, in diesen Ländern eine Kampagne für die Pol-Pot-Banditen zu organisieren. In Tokio wurde kürzlich unter Ägide der „Gesellschaft für japanisch-kampucheanische Freundschaft" ein großes Theater abgezogen. Für nächstes Jahr soll eine „Internationale Kampuchea-Konferenz" geplant sein.

Die Pekinger Hegemonisten und die US-Imperialisten, die das gestürzte Pol-

Die Leipziger Messe kann auf eine über 800jährige wechselvolle Geschichte zurückblicken. Für Rudolf Murgott, Präsident der Kammer für Außenhandel der DDR, begann im Nachkriegsjahr 1946 eine neue Etappe der Messe. Seitdem hat Rudolf Murgott regelmäßig an Messen teilgenommen. Jede von ihnen zeigte das wachsende internationale Ansehen des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Vor 1972, d. h. vor Beginn der breiten diplomatischen Anerkennung der DDR, waren längst nicht alle im Ausland der Leipziger Messe positiv gesonnen. Der Gerechtigkeit halber sei aber gesagt, daß auch damals schon realistisch denkende westliche Geschäftsleute verstanden hatten, daß sie im eigenen Interesse keinen Bogen um Leipzig machen dürfen.

Wir trafen in der Messestadt nicht wenige Vertreter großer Konzerne, die hier schon seit zehn und mehr Jahren ausstellen. Ein britischer Geschäftsmann, der uns durch die Ausstellung seines Landes führte, sagte, daß die Industrie Großbritanniens seit 1964 hier vertreten ist und bereits 60 Goldmedaillen erhalten hat.

Der französische Botschafter in der DDR, Henry Bayle, nannte den Messeveranstalter einen vertrauenswürdigen Partner. Das werde von den französischen Firmen hoch geschätzt, von denen mehr als 80 an der Messe teilnahmen.

„Leipzig hat uns eine ideale Möglichkeit für Begegnungen mit internationalen Geschäftskreisen, für die Anbahnung und Pflege von Kontakten eröffnet", sagte der Besitzer einer belgischen Firma.

In einem riesigen Pavillon befanden sich die Stände der sieben größten japanischen Konzerne. Dort wurden wir von Herrn S. Hirose, Itoh & Co. begrüßt.

„Die Stabilität unseres Handels mit der DDR und den anderen sozialistischen Ländern ist für uns befriedigend", sagte er. „Allein in den letzten zweieinhalb Jahren hat sich der Warenaustausch zwischen unserer Firma und Handelspartnern in der DDR ebenso wie insgesamt zwischen Japan und der DDR verdreifacht. Leipzig ist eine Drehscheibe des Welthandels, und hier kann man Geschäftsleute aus fast allen Ländern der Erde treffen."

Die Messe steht unter der Devise „Für weltoffenen Handel und technischen Fortschritt". Neben den sozialistischen Ländern, vielen kapitalistischen Konzernen und Firmen waren die Vertreter von 15 Entwicklungsländern, deren Gemeinschaftsausstellungen und Branchenstände mit wachsendem Selbstbewußtsein ihr immer größeres Wirtschafts- und Handelspotential demonstrierten, geschäftlich sehr aktiv. 1980 wurden indische Exponate, Seidenteppiche aus dem Iran und aus Syrien sowie ein brasilianisches Proteinkonzentrat mit Goldmedaillen ausgezeichnet.

Der stellvertretende Außenhandelsminister der DDR, Eugen Kattner, sagte uns, die Veranstalter seien mit den Ergebnissen zufrieden. Die Herbstmesse hat ein weiteres Mal gezeigt, daß sich die Weltwirtschaftskrise, die negative Auswirkungen auf den Welthandel hat, kaum auf das Messegeschäft auswirkt. Das ist der stabilen Struktur des Warenaustausches zwischen den sozialistischen Staaten, insbesondere zwischen der UdSSR und der DDR zu verdanken.

Von unseren Sonderberichterstattern
Boris PISTSCHIK
und Michail PODWIGIN

Leipzig, im September

Pot-Regime unterstützen, wollen die Spannungen in Südostasien eskalieren, direkten Druck auf die sozialistischen Staaten Indochinas ausüben sowie eine Verschlechterung der Beziehungen der SRV und der VDR Laos zu den ASEAN-Ländern sowie den anderen asiatischen Staaten provozieren. In der massiven Einmischung Pekings in die kampucheanischen Angelegenheiten wird ferner die „thailändische Richtung" der Hegemoniebestrebungen der chinesischen Machthaber immer deutlicher.

Darauf lenkt das SRV-Außenministerium in seinem Memorandum die besondere Aufmerksamkeit: Unter Geschrei wegen der „zunehmenden vietnamesischen Bedrohung Thailands" sucht Peking Bangkok in eine gefährliche direkte Konfrontation mit Vietnam, der VR Kampuchea und Laos zu ziehen, um Thailand in den Dienst der Politik und der strategischen Interessen Chinas zu stellen. „Das ist die bekannte Politik der chinesischen Führung — andere Länder in einen bewaffneten Konflikt zu stürzen, um selbst davon zu profitieren... Während Peking früher gegen die USA bis zum letzten Vietnamesen kämpfen wollte und unlängst durch die Pol-Pot-Clique bis zum letzten Kampucheaner Krieg gegen Vietnam führte, beabsichtigt es jetzt, Kampuchea und Vietnam bis zum letzten Thai zu schlagen." Die chinesische Führung will die ASEAN-Länder in eine Konfrontation mit den Staaten Indochinas treiben, um „die Lage in diesen Ländern zu schwächen und zu destabilisieren und dadurch den Weg für die Verwirklichung ihrer Expansionsziele zu bereiten", heißt es im SRV-Memorandum.

Hierbei will die Pekinger Führung ihr jetziges „partnerschaftliches Verhältnis" zu den USA einsetzen, um auf die Außen- und Innenpolitik Thailands einzuwirken, wogegen sich die Amerikaner noch vor kurzem aus Angst um ihre eigenen Positionen in diesem Land sträubten.

Das Interesse der chinesischen Hegemonisten an der Aufrechterhaltung und Schürung der Spannungen in Südostasien bestimmt das provokative Verhalten der Pekinger Diplomatie und Propaganda. Bekanntlich haben Vietnam, Kampuchea und Laos auf ihrem Außenministertreffen in Vientiane einige Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage in Südostasien und vor allem in der explosiven Region an der thailändisch-kampucheanischen Grenze formuliert und ihren Nachbarländern, vor allem Thailand, vorgeschlagen. Doch Peking suchte mit US-Rückendeckung Thailand zu einer negativen Haltung zu nötigen. Die chinesische Führung und ihr Propagandaapparat verraten unabsichtlich ihr besonderes Interesse daran, die Einleitung jeden Dialogs zwischen den Ländern Südostasiens zu verhindern. Bereits das zeigt, was die chinesischen Hegemonisten tatsächlich wollen.

Überdies hat Peking zur traditionellen Taktik direkter Drohungen gegen Vietnam gegriffen — mit provokatorischen Versprechungen, Thailand bei einem Konflikt mit der VR Kampuchea und Vietnam „zu Hilfe zu kommen", wie mit erneuten Erklärungen, die chinesische Führung behalte sich vor, der SRV eine „weitere Lektion" zu erteilen, und mit Provokationen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze.

Peking baut durch seine Handlungen immer neue Hindernisse gegen die Festigung der nationalen Unabhängigkeit der Völker Südostasiens und die Verbesserung des politischen Klimas in Asien auf.

Im Memorandum heißt es: „Zwischen den ASEAN-Ländern und Indochina gibt es natürlich Streitfragen und Meinungsverschiedenheiten, doch auch gemeinsame Interessen — Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit für die Entwicklung ihrer Länder entsprechend dem von jedem Volk gewählten Weg."

Die Politik der Pekinger Hegemonisten und ihrer imperialistischen Partner steht im Widerspruch zu diesen allgemeinen Interessen. **N. SERGEJEW**

„Heiße Phase" und eiskalte Kalkulation

Von unserem ständigen Berichterstatter Karen KARAGESIAN

Man sagt, der Wahlkampfstil in der BRD „amerikanisiere" sich. Nachdem aber im hiesigen Fernsehen der beispiellose Zirkus der Wahlkonvente in den USA abgerollt ist, ist klar, daß das ein schiefer Vergleich ist. Natürlich, auch hier werden die Redner mit einem Tusch angekündigt, und in den Kiosken werden neben Würstchen Spielkarten mit der Aufschrift „Wählt die CDU" und Luftballons mit Parteiabzeichen angeboten. Ein solcher Karneval wie in Übersee aber ist bislang nicht zu beobachten.

Apropos Karneval. Auf der Wahlkundgebung der FDP am 31. August erschien ein Mann in der Maske des berühmtesten Bonner Bürgers — Ludwig van Beethovens — der am Eingang gelbblaue Blümchen verteilte. Gelbblau ist die Farbe der FDP-Wahlplakate. Der Beethoven begleitete seine Gabe mit den Worten: „Lieber eine Blume von der FDP als ein Strauß aus Bayern".

Die sogenannte heiße Phase der auf den 5. Oktober angesetzten Bundestagswahl begann etwa einen Monat vorher. Den Startschuß gab die Veranstaltung der größten Parteien in Anwesenheit der Kanzlerkandidaten und anderer Größen. Am 1. September flimmerte eine Diskussion der Parteivorsitzenden über den Bildschirm. Die SPD hatte Willy Brandt aufgeboten, von den Freien Demokraten war Hans-Dietrich Genscher erschienen, der in der Regierung den Vizekanzler und Außenminister stellt, von der CDU saßen Helmut Kohl und von der bayerischen CSU Franz Josef Strauß am Tisch.

Wenn die bürgerliche Presse „Wahlkampf" schreibt, hat sie gewöhnlich die vier im Bundestag vertretenen Parteien im Auge. Manchmal zählt sie auch die „Grünen" dazu, die in diesem Jahr auf der provinziellen politischen Szene, wo Parolen des Umweltschutzes sehr populär sind, etwas Furore machen konnten.

Tatsächlich haben 20 Parteien das Recht, Kandidaten aufzustellen und wählen zu lassen. In den meisten Fällen sind das ein wenig obskure Organisationen, die kaum Anhänger haben, ebensowenig wie eine klare Struktur oder ein eindeutiges Programm. Zu diesen zweitrangigen Parteien wollen die an der Tete und die bürgerlichen Massenmedien auch eine solche politische Kraft wie die Deutsche Kommunistische Partei zählen. Auf der Sitzung des Bundeswahlausschusses, wo am 28. August die Zulassung der Parteien zu den Wahlen entschieden wurde, erklärte DKP-Vertreter Kurt Fritsch: „Bei den Wahlen am 5. Oktober kann von Chancengleichheit keine Rede sein." Er machte den Ausschuß auf grobe Verfassungsverletzungen aufmerksam. Jedes DKP-Mitglied, das bei den Wahlen im Namen seiner Partei kandidiert, also seine verfassungsmäßigen Rechte wahrnimmt, ist allein deswegen vom Berufsverbot bedroht.

Die vier Herren in der erwähnten Fernsehdiskussion konterten einander im Verlauf von 75 Minuten höflich, wobei sie sich Mühe gaben, einen soliden Eindruck beim Publikum zu hinterlassen und den Anstand nicht zu verletzen. Außerhalb des TV-Studios allerdings hält man schon lange nichts mehr von Anstand. Kennzeichnendes Merkmal für die „heiße Phase" ist verstärkte „Polemik".

Die politischen Rivalen machen oft auch vor Beleidigungen nicht Halt. Aber wie soll man feststellen, ob es nun eine Beleidigung war oder nicht? Dazu wurde zum ersten Mal einverständlich von den Parteien eine Schiedskommission unter Bischof Kunst gebildet, die auch zu tun bekam. Da hatte der SPD-Fraktionssprecher Knut Terjung Strauß einen „Brandstifter" geheißen, und kriegte dafür einen Tadel. Da untersuchte man, daß der CDU-Generalsekretär Geissler den Bundeskanzler als „politischen Rentenbetrüger" bezeichnet hatte. Die Parteibosse heizen die Leidenschaft rund um diese Skandale gern noch an, denn, so schrieb die „Süddeutsche Zeitung", „je mehr Aufmerksamkeit darauf gerichtet wird, was der Bischof für vereinbar mit den Wahlkampfregeln hält, desto weniger scharf achten die Wähler darauf, ob die Politiker den Wahlkampf mit Argumenten führen".

Schaut man in die innenpolitischen Programme der Parteien, erkennt man, daß die Gegner manchmal gar nicht so weit voneinander entfernte Positionen beziehen. Nehmen wir das brennende soziale Problem der Arbeitslosigkeit. Wie heißt es dazu im Wahlprogramm der regierenden SPD? „Die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung bleibt das Ziel Nr. 1 sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Dieses Ziel wollen wir erreichen durch eine Politik des humanen Wachstums."

Halten wir dagegen einen Auszug aus dem Programm der Opposition: „Die Union wird durch eine konsequente Politik der sozialen Marktwirtschaft den beschäftigungspolitischen Herausforderungen begegnen, denn wir wissen, eine gute, zuverlässige Wirtschaftspolitik ist die beste Versicherung für die Vollbeschäftigung". Soziale Marktwirtschaft ist nun wirklich auch für die kapitalistische Wirtschaft unter den Sozialdemokraten nichts Neues. Kurz, die „beste Versicherung" ist da, nur nicht die Vollbeschäftigung. Arbeitslosigkeit dagegen mehr als genug. Neueste Angaben besagen, daß die Anzahl der Beschäftigungslosen 864 500 erreicht hat.

Zur schönen Sommerzeit gab der Mannesmann-Konzern Strukturwandlungen in der Firmenverwaltung bekannt. Im Ergebnis verloren die Vertreter der Arbeiter ihre Positionen im Aufsichtsrat, die die Metallarbeiter kurz nach dem Krieg hartnäckig erkämpft hatten. Die Gewerkschaften bewerteten diesen Schritt zu Recht als strategische Offensive des Kapitals auf die Rechte der Werktätigen.



40 000 Hamburger gaben dem Wählerwillen mit diesen Plakaten Ausdruck.

Foto: UZ (BRD)

Wie nun verhielten sich die Bundestagsparteien dazu? Jede hatte einen Kompromißentwurf aus-

gearbeitet, der mehr oder minder die Arbeiter beeinträchtigt und die Unternehmer stützt.

Vor Arbeiterpublikum geben die SPD-Führer häufig zu verstehen, sie würden ja gerne mehr Gerechtigkeit in den Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern sehen, könnten aber nichts tun, da sie auf den Koalitionspartner Rücksicht nehmen müßten. Wäre das nicht, hätten die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit im Bundestag und damit die Alleinherrschaft, dann, ja dann...

Wie es um den wahren Wert solcher Auslassungen bestellt ist, machte Bundeskanzler Schmidt in einem Zeitungsinterview deutlich: „Eine mit absoluter Mehrheit regierende SPD könnte kaum eine andere Politik machen als jetzt im Bunde mit der FDP". Wie man sieht, die häufigen Beanstandungen der Opposition, die SPD treibe auf einen „sozialistischen Staat" hin, sind zart gesagt übertrieben. Sie zielen nur darauf ab, das konservativ gesinnte Wahlvolk zu verschrecken und seine Stimmen zu fangen.

Warum aber wiederholen Strauß und Kohl so beharrlich, daß die jetzigen, neunten Bundestagswahlen nur mit den ersten Wahlen von 1949 zu vergleichen seien, als es darum ging, wohin der auf den Ruinen des dritten Reiches gegründete Teilstaat treiben solle. Deshalb stellt die Opposition in der ersten gemeinsamen Konferenz von CDU und CSU am 30. August ihren Anhängern im Wahlaufruf die Aufgabe, nicht mehr und nicht weniger als eine „Wende in Bonn" herbeizuführen. Geht es hier nur um die Taktik?

Keinesfalls. Während in der Innenpolitik ein Machtantritt der CDU/CSU sozusagen quantitative Veränderungen bringen würde — verstärkt arbeiterfeindliche Tendenzen in der Wirtschaftspolitik, noch ärgere Hetze gegen Kommunisten und andere Demokraten — will sie außenpolitisch allem Anschein nach einen qualitativen Wandel: die vollständige Absage an die Entspannungspolitik, unkontrollierten Rüstungswettlauf, uneingeschränkte Unterordnung der nationalen Interessen der BRD unter die der Strategen in Übersee.

Natürlich geht es dabei nicht ohne eine gewisse Duplizität ab. Die wichtigste Wahlparole der CDU/CSU lautet z. B.: „Für Frieden und Freiheit". Die Leute um Strauß hielten es offenbar für unangebracht, hinter ihren Rivalen zurückzustehen. (Die FDP: „Das wichtigste ist der Frieden", die SPD: „Der Frieden muß sicher bleiben".) Doch das ist nur ein Zugeständnis an die Stimmung der bundesdeutschen Wähler. Es hat in jüngster Zeit keine Meinungsumfrage gegeben, bei der sich die Mehrheit nicht für die Fortsetzung der Entspannungspolitik ausgesprochen hätte.

Jetzt wird manches aus der unfernen Vergangenheit in einem neuen Licht betrachtet. Was gab es für ein großes Verwundern Mitte vorigen Jahres, als Strauß plötzlich Kanzlerkandidat der CDU/CSU wurde! Das ging gegen jede Tradition (sie verlangt, daß die größere der Unionsparteien den Kanzlerkandidaten stellt), gegen den Willen vieler CDU-Mitglieder und sogar ihres Vorsitzenden Helmut Kohl. Beim Blick zurück aber sieht man: daß Strauß die Führung in der Opposition ergriff, ist eigentlich gesetzmäßig. Denn schon damals wurde er gebraucht und nach ihm riefen die konservativsten und nationalistisch gesinnten Kreise der bundesdeutschen Bourgeoisie. Sie rechneten damit, daß sie, wenn die Pfeiler der Entspannung unter den Schlägen der überseeischen und europäischen kalten Krieger stürzen, eben eine Figur wie Strauß nötig hätten.

Anscheinend war alles genau kalkuliert. Obendrein waren die FJSler überzeugt, daß seine Chancen besonders steigen werden, wenn es zu irgendeiner Krise kommt. Diese Krise wurde gemanagt: Der Propagandaapparat scheute keine Mittel und Mühen um die sowjetische Hilfe für Afghanistan zu einer internationalen Krise hochzuspielen.

Anfangs schien es, daß diese eiskalte Kalkulation, die den Bajuwaren an die politische Rampe schob, aufgehe. Doch nach einiger Zeit sah das Resultat, zum Erstaunen der Opposition, ganz anders aus. Eine Ende August durchgeführte Umfrage ergab: nur 26% sprachen sich für Strauß als Bundeskanzler aus. Doppelt soviel Befragte hätten seinen Gegenspieler vorgezogen. Nach Ansicht des „Stern", der die Umfrageergebnisse veröffentlichte, als die internationale Lage sich eben kompliziert hatte, wurden die bisherigen Hauptprobleme der Bundesdeutschen — Arbeitslosigkeit, Inflation, Energiekrise, Steuerreform, Altersrenten, Hochschulpolitik — von der Sorge um den Frieden verdrängt. Und da er sich anders nicht erhalten läßt, auch von dem Wunsch, die Entspannungspolitik möge beibehalten werden. Unter diesen Voraussetzungen, schreibt der „Stern" weiter, „ist den Deutschen allemal der Mann an der Spitze lieber, der als gleichberechtigter Partner von den Großen der Welt anerkannt und gefragt ist. Da ist ihnen der Mann lieber, der zu Breshnew fährt, als der, der vor solchen Ostkontakten warnt".

Man muß selbstverständlich in Betracht ziehen, daß die außenpolitische Linie der jetzigen Regierungskoalition inkonsequent, ja häufig widersprüchlich ist. (Mit dem ihm eigenen Sarkasmus hat Strauß einmal erklärt, die SPD sei eine Partei, die gleichzeitig für und gegen die NATO eintrete.) Man erinnere sich nur der Aktivitäten der Bundesregierung bei der Durchsetzung des NATO-Beschlusses über die neuen US-Mittelstreckenraketen oder die jüngsten Bemühungen des Verteidigungsministers zur Bewaffnung der Bundeswehr. SPD-Chef Willy Brandt hat mehr als einmal eingestanden, daß die politische Entspannung zu einem Mißerfolg verdammt sein werde, wenn ihr die militärische nicht folge. Aber zu konkreten Schritten in dieser Hinsicht reichte es in der BRD nicht. Andererseits kann die Regierung die Stimmung des größten Teils der Bevölkerung auch nicht außer acht lassen.

Da Strauß seine Siegeschancen schwinden sieht, nimmt er alles wahr, um den Gang der Ereignisse zu wenden. Deshalb warnten die Sozialdemokraten, darunter Helmut Schmidt, in einer Rede am 2. September auf dem Bonner Marktplatz, ihre Freunde: die Wahlen seien noch nicht gewonnen. Letzten Endes war die Stimmenkluft zwischen den Regierungsparteien und der Opposition 1976 nicht gerade groß. CDU/CSU erhielten damals zusammen 48,6% und hatten die absolute Mehrheit um nur 1,5% verfehlt.

Inzwischen machten die Bundesbürger ein weiteres Mal deutlich, wie sehr sie an der Fortsetzung und am Ausbau der Zusammenarbeit mit anderen Völkern interessiert sind. Anläßlich des 41. Jahrestags des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges wurde in der ganzen Bundesrepublik, von Kiel bis München, ein Antikriegstag abgehalten. Dabei gab es die unterschiedlichsten Willensäußerungen: von der Kranzniederlegung an den Gräbern sowjetischer Soldaten in Stukenbrock bis zur Antikriegsstaffel durch verschiedene europäische Länder. Der DKP-Vorstand rief zum Antikriegstag 1980 alle Menschen guten Willens auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, damit von deutschem Boden niemals mehr ein Krieg ausgehe.

Welche Regierung durch die Wahlen am 5. Oktober auch das Steuer übernimmt, sie kann an diesen Forderungen nicht vorbei, in denen sich die grundsätzlichen Interessen von Millionen Bundesbürgern widerspiegeln.

Bonn, im September

ARBEIT UND KAMPF

Gennadi GABRIELIAN

Den Journalisten wurde in dem riesigen Saal des Nationalpalastes, wo vor gar nicht langer Zeit der letzte Herrscher Äthiopiens noch seine engsten Vertrauten empfing, ein besonderer Platz zugewiesen. Jetzt besuchen ganz andere Leute den Palast, unter denen ich auch Bekannte entdecke: Gewerkschaftsführer, Mitarbeiter des Komitees für Frieden und Solidarität, Funktionäre des Äthiopischen Bauernverbands, der Berater des Verwaltungschefs einer Provinz, die ich vor einer Woche aufgesucht hatte. An den Revers und an Uniformen tragen sie Abzeichen mit den Buchstaben COPWE (Kommission zur Organisierung der Partei der Werktätigen Äthiopiens). In diesen Tagen versammelte sich die Kommission zum ersten Mal.

Ganz Addis Abeba ist voller Spruchbänder: „Unterstützen wir die Kommission!", „Geben wir der Revolution neue Kraft!". Der Kongreß krönt die fast 6jährigen Anstrengungen des Volkes beim Aufbau des neuen Äthiopien. Das befreite Volk verteidigte die territoriale Integrität seines Landes, machte die Revolution unwiderruflich und beschließt nun, wie es weitergehen soll.

Wichtigstes war und bleibt die Agrarfrage. Neun von zehn Äthiopiern sind Bauern. Die Revolution hat nach einer neuen Form zur Umgestaltung des Systems der Bodennutzung gesucht, die bis zum Sturz Haile Selassies feudalistisch gewesen war. Man kann es sich kaum vorstellen: Das 20. Jahrhundert geht zu Ende, doch in diesem Land haben die Bauern noch vor sechs Jahren in Fron gearbeitet, haben widerspruchslos den Landbesitzern drei von vier Säcken des in unendlicher Mühe geernteten Getreides abgegeben, Katzen-, Gras- und andere unausdenkbare Steuern gezahlt.

Die Revolution begann mit der Hauptsache. Sie gab dem Volk den Boden. Der Tag, an dem das Dekret über den Boden beschlossen wurde, wird vom Volk als Feiertag begangen. Jede Bauernfamilie erhielt durch das Dekret das Recht, zehn Hektar Boden zu bearbeiten, nicht aber mehr. Damit wurde der Willkür der feudalistischen Gutsherren ein Ende gesetzt. Das Dekret untersagte die Lohnarbeit und die Verpachtung von Boden.

Fast gleichzeitig damit begann die Genossenschaftsbildung (wie einige Aktivisten dieser Bewegung später eingestanden, hatten sie dieses Wort vor der Revolution noch nicht einmal gehört). Nicht alles ging anfangs glatt. Auf einen Begeisterten kamen manchmal zwei Zögernde oder einfach Feiglinge. In Äthiopien spielten sich Szenen zum Thema „Neuland unterm Pflug" ab. Die dortigen Gegner der Genossenschaftsbildung waren die Feudalherren, die gegen die Genossenschaftsmitglieder grausam vorgingen und die Ernten in Brand steckten. Ihre Banden aber wurden von der Volksmiliz und den Bauern zerschlagen.

Die bäuerliche Produktionsgenossenschaft in Daletta liegt unweit der Hauptstadt. Die Verwaltung der Genossenschaft ist in einer aus Eukalyptusstämmen errichteten großen Baracke mit einem Blechdach untergebracht. Der Vorsitzende Worku Abdurahman sagt:

„Vor der Revolution wurde der Boden hier nicht bestellt. Überall standen Eukalyptushaine, die von den Pächtern für ein Schandgeld bearbeitet wurden. Den Herrschaften floß bloß das Geld in die Tasche. Sie selbst bekamen wir nie zu sehen. Die Genossenschaft fing mit 11 Ochsen an — das war das Eigentum von 300 Familien! Dann wurde noch Vieh hinzugekauft und ein Traktor mit Anhänger erworben. Das Geld gab der Staat als Kredit. Saatgut und Dünger erhalten wir zu vergünstigten Preisen..."

Wir folgen Worku Abdurahman den Feldrain entlang, gehen über dichtes Juligras an den Abhängen, schreiten den Kollektivbesitz von etwa 1000 Bauern Dalettas ab: Speicher, Geflügelfarm, Ölpresse, Milchfarm und Schule (acht Klassen), großer Club. Der Arbeitstag des Bauern bringt von Jahr zu Jahr mehr ein. Die Genossenschaft hat noch viele ungelöste Probleme, aber man probiert, gibt sich Mühe.

Der Zusammenschluß der Bauernschaft wurde zu einer Aufgabe von nationalem Ausmaß nach den Erlassen des Provisorischen Militärverwaltungsrats zur Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Juni 1979. Sie wurden als „politische Waffe" bezeichnet, mit der die Landwirtschaft des Landes auf sozialistische Bahnen gebracht werden sollte.

Das ökonomische Lexikon der amharischen Sprache bekam nach der Veröffentlichung der Erlasse drei neue, bis dahin unbekannte Begriffe: „Malba", „Wolba" und „Woland". Das sind drei Entwicklungsetappen der Genossenschaften, die der Grad der Kollektivierung des Eigentums definiert. Heute kann noch kaum jemand in Äthiopien genau sagen, wie „Woland" — „große selbständige Vereinigung" — aussehen wird. „Malba" und „Wolba" aber sind die Wirklichkeit von heute, die im Prinzip bereits erreichten Stufen der Produktionsgenossenschaften.

Es gilt das Prinzip des freiwilligen Beitritts und Austritts aus den Genossenschaften. Durch das Beispiel zu werben und zu begeistern ist die Methode der Kampagne zur Genossenschaftsbildung. In allen 14 Provinzen werden kollektive Musterwirtschaften geschaffen, die die Einzelbauern anschaulich vom Vorteil der gesellschaftlichen Arbeit überzeugen. Jedes Administrieren wird hier durchkreuzt. Ein ständig wachsendes, von der Stadt aufs Land geschicktes Heer von politischen Organisatoren, trägt zur politischen Bildung der äthiopischen Bauern bei, die Schritt für Schritt den Weg zur bewußten Arbeit einschlagen.

„Ein Analphabet ist wie ein Blinder", stand auf einem berühmten Plakat aus der frühen Sowjetzeit. In Hunderte Exemplare vervielfältigt und ins Amharische übersetzt, erschien dieses Plakat im Frühjahr vergangenen Jahres in den staatlichen Dienststellen von Addis Abeba, in den Verkehrsmitteln und an Häuserwänden. Eine für afrikanische Begriffe beispiellose Offensive auf das Analphabetentum wurde vorbereitet. Der Vorsitzende des Provisorischen Militärverwaltungsrats Mengistu Haile Mariam sprach immer wieder davon, daß man im Land die Grundlagen zu einer neuen Gesellschaft nicht legen könne, wenn man sich von dieser Geisel der Vergangenheit nicht befreie. Zu Beginn der nationalen Alphabetisierungskampagne hatten 93% der Bevölkerung keine Vorstellung von den elementarsten Schriftregeln.

Die Begeisterung der städtischen Einwohner (die erste Etappe erfaßte hauptsächlich diesen Bevölkerungsteil) sprengte alle Pläne. Statt der erwarteten anderthalb Millionen schrieben sich 5 400 000 Menschen zu den Lehrgängen ein. Es wurde beschlossen, ein Schriftkundiger solle mehreren Analphabeten das Lesen, Schreiben und Rechnen beibringen. 305 000 Zentren zur Beseitigung des Analphabetentums wurden eröffnet, an denen nicht nur ausgebildete Lehrer, sondern auch Studenten und sogar Oberschüler unterrichteten.

Im Zentrum der Nationalen Kommission für Beseitigung des Analpha-

betentums sind die Räume mit Lehrbeihilfen vollgestopft, darunter ein ABC-Buch für Erwachsene. Jirga Gebre, Leiter der Abteilung für Erwachsenenbildung im Bildungsministerium, hat nur damit zu tun, die Adressen zu rufen, an die die Bündel mit Lehrstoff gehen sollen. Er wird in mehreren Sprachen Äthiopiens — in Amharisch, Oromo u. a. — herausgegeben und die Anschriften dürfen nicht verwechselt werden.

Die erste und die zweite Etappe der Kampagne brachten erstaunliche Ergebnisse: 6 Millionen Menschen lernten das Lesen und Schreiben. 3,5 Millionen Erwachsene setzen ihre Ausbildung nach Programmen der Grundschule fort. In diesem Jahr begann die Beseitigung des Analphabetentums auf dem Land. Hunderttausende Bauern setzten sich auf die Schulbank. Der Begriff Bank ist hier allerdings unverbindlich: der Unterricht findet, wenn es das Wetter gestattet, im Freien statt. Die Tafel mit dem ABC hängt an einem Baum, und die Schüler bilden eine malerische Gruppe auf einer Wiese oder sie versammeln sich in der Verwaltung des Bauernverbands, überall, wo sie nur Platz finden. Den Unterricht geben hauptsächlich Studenten und Schüler. Die Regierung hat sich das klare Ziel gesteckt, das Analphabetentum in den Städten 1981 und auf dem Land bis 1986 zu beseitigen.

Die revolutionäre Umgestaltung wird angesichts einer komplizierten außenpolitischen Lage durchgesetzt. Die friedliche Entwicklung des Landes behindern imperialistische Kräfte und die mit ihnen verschworenen Herrscher Somalias, die ihre Pläne zur Einnahme Ogadens nicht verbergen.

Zum ersten Mal war ich dort im März 1978, einige Tage nach der Zerschlagung der somalischen Interventen. Ogaden bot sich als halbe Wüste, halbes Weideland, glatt wie ein Tisch dar. Das Gebiet liegt im Osten Äthiopiens und hat drei Provinzen. Die größte ist Hararge. Sie bekam den Hauptschlag des Aggressors zu spüren. Soldaten der regulären somalischen Armee drangen im Sommer 1977 als „Partisanen" in Äthiopien ein. Sie hatten es leicht: Die primitiven Behausungen der Viehzüchter dieser Gegend wurden buchstäblich niedergemäht. Verschüttete Brunnen, gesprengte Kraftwerke und in Kasernen verwandelte Schulen waren die Hinterlassenschaft derer, die ausgesandt worden waren, den irren Traum vom „Großen Somalia" zu verwirklichen.

Warum so ausführlich über die nahe Vergangenheit? Weil sich das ganze wiederholt. Die äthiopische Revolutionsregierung hat sich nie der jahrhundertelangen Tradition widersetzt: die Viehzüchter von Ogaden trieben ihre Herden von Land zu Land, wobei sie sich um die Staatsgrenzen nicht viel kümmerten. Diesen Umstand machte man sich in Mogadischu zunutze, um seine Ansprüche auf Ogaden anzumelden. Ende Mai drangen Streitkräfte Somalias (14 000 Mann) erneut in das Gebiet des souveränen Nachbarn ein, und es war wohl kaum ein Zufall, daß das mit der Vorbereitung des amerikanisch-somalischen Abkommens über Militärstützpunkte zusammenfiel. Die Aggressoren wurden erneut geschlagen und vertrieben. Ihre Waffen waren die gleichen wie im Jahre 1978: Made in USA, in NATO-Ländern und in China.

„Die vom Territorium Somalias eingeschleusten Diversionsbanden fügen den östlichen Regionen Äthiopiens ernstlichen Schaden zu", sagt das Mitglied des ZK und COPWE-Vorsitzender in Hararge, Zeleke Beyene. „Sie wollen die Wiederherstellung des normalen Lebens in Ogaden behindern, an der sich alle hier lebenden Nationalitäten beteiligen. In Mogadischu hofft man auf die nationalen, sprachlichen und religiösen Unterschiede, um Zwiespalt unter den Völkern Äthiopiens zu säen. Somalische Soldaten treiben mit Gewalt Einwohner Ogadens auf eigenes Territorium und bitten dann bei internationalen Organisationen um ‚Flüchtlingshilfe', deren Mittel sie zur Ausdehnung der Aggression verwenden..."

Die Wiederaufbauarbeiten werden in Ogaden in großem Umfang betrieben. Zum ersten Mal in der Geschichte dieses Gebiets von 33 000 km² begann in den Regionen Jijiga, Gursum und Dagabur die Verwirklichung eines Komplexentwurfs zur Verbesserung der Weidewirtschaft. Geplant ist die Anlage von Wasserstellen und Straßen sowie die Verbesserung des veterinärmedizinischen Dienstes. Die Nomaden werden allmählich seßhaft und gehen zur Kollektivarbeit über. In Ogaden existieren bereits rund ein Dutzend Viehzuchtvereinigungen mit 200 bis 1000 Mitgliedern.

* * *

Der COPWE-Kongreß ist beendet. Seine 1500 Delegierten diskutierten die Wege und Methoden, mit denen die Kommission ihre Hauptaufgabe — die Bildung einer Partei der Werktätigen in Äthiopien — realisieren wird. Die Revolution dauert an: Unlängst wurde in Addis Abeba die Gründung eines landesweiten Frauen- und eines Jugendverbandes bekanntgegeben. Sie sollen die COPWE bei der Lösung ihrer Aufgaben unterstützen.

Addis Abeba—Moskau

NZ KOMMENTAR

VON WASHINGTON AUSGEHALTEN

In Mittelamerika und der Karibik, wo sich in letzter Zeit der Volkszorn entlädt, wollen die USA die nationale Befreiungsbewegung mit allen Mitteln niederhalten. Washington spinnt Intrigen gegen die Kräfte, die den Weg der nationalen Befreiung und progressiver Umgestaltungen gewählt haben.

Die USA haben sich jetzt vor allem El Salvador zugewandt. Kürzlich ersuchte das State Department den US-Kongreß, der volksfeindlichen Junta weitere 58,4 Mio. Dollar zu gewähren. Der Auslandspresse zufolge gehört zu jeder Kompanie der Armee El Salvadors ein US-Ausbilder. Jetzt spricht alles dafür, daß die USA eine bewaffnete Intervention planen.

Die Versuche Washingtons, den Eindruck zu erwecken, sie würden die seit fast 2 Monaten sich brutal an der Macht haltende Militärjunta Boliviens nicht unterstützen, ja sogar verurteilen, sind nichts als Heuchelei. So gab Washington die Einstellung jeglicher Militärhilfe für Bolivien bekannt. Doch solche Hilfe wurde ja bereits früher in solchem Umfang gewährt, daß die reaktionären Militärs über mehr als genug Waffen verfügen. Die „New York Times" erwähnte in diesem Zusammenhang die Ausrüstung der bolivianischen Putschisten mit US-Waffen, was vor allem ihren Putsch ermöglicht hat, der den Amtsantritt des rechtmäßig gewählten Präsidenten Siles Suazo verhinderte.

Die Aggressionspolitik der USA in Lateinamerika stößt auf zunehmenden Widerstand. Gegen die Einmischung Washingtons in die inneren Angelegenheiten El Salvadors haben sich Mexiko und einige andere lateinamerikanische Länder gewandt. Auch die BRD weigert sich, auf Bitten der USA der Junta von El Salvador zu helfen. Im August fand in Paris eine große Solidaritätskundgebung mit dem bolivianischen Volk statt, das für Freiheit und Demokratie kämpft. Die Regierungen von Venezuela, Kolumbien, Peru, Kostarika, Nikaragua und Ekuador haben den Putsch in Bolivien verurteilt. In einer Erklärung des ständigen Sekretariats der Organisation für afro-asiatische Völkersolidarität heißt es, daß die US-Administration die gesamte Verantwortung für die Lage in Bolivien und in einigen anderen Ländern mit volksfeindlichen Regimes trägt.

W. DOLGOW

AN DER VORDERSTEN LINIE

Juri TYSSOWSKI

Die zu Syrien gehörenden Golan-Höhen sind seit 1967 von Israel okkupiert. Die dort dislozierten israelischen Truppen halten Damaskus stets im Visier. Ende August kam es über Damaskus zu einem Gefecht zwischen syrischen und israelischen Flugzeugen, und zwar nicht zum erstenmal.

All das bestimmt die heutige Lage Syriens als Frontstaat. Das Land, das die Aggression erlebt hat, befindet sich auch jetzt in stetiger Kampfbereitschaft. Zugleich setzt es sich beharrlich für eine gerechte und dauerhafte Nahostregelung ein, worunter es vor allem die Lösung des Problems des leidgeprüften palästinensischen Volkes und die Rückgabe ausnahmslos aller von Israel 1967 besetzten arabischen Gebiete, darunter des Ostsektors von Jerusalem, versteht.

Deshalb kämpft Syrien aktiv für die arabische Einheit als Voraussetzung dafür, dem Aggressor erfolgreich die Stirn zu bieten und seine Expansionsgelüste zu dämpfen. Syrien ist die führende Kraft in der interarabischen Nationalen Front der Standhaftigkeit und des Widerstands, der auch Algerien, Libyen, die VDR Jemen und die PLO angehören. Ein wichtiger Schritt zur Festigung dieser Front könnte, wie man in Damaskus glaubt, die von Tripolis vorgeschlagene politische Vereinigung Syriens mit Libyen sein.

Syrien betrachtet einen wahren Frieden (und nicht dessen Ersatz à la Camp David) als unerläßliche Bedingung dafür, das gesamte nationale Potential zum weiteren Ausbau der sozialökonomischen Umgestaltungen zu verwenden.

...Wie ein schmales smaragdgrünes Band schlängelt sich das Barada-Tal durch chaotisch aufgetürmte graubraune Felsen, um dann in der Ebene die blühende Oase Ghuta zu bilden. Diese fruchtbare Ebene ernährt Damaskus und andere Städte. Aber auch dort, wo früher trokkene Steppen lagen, wird jetzt Ackerbau getrieben. Der riesige Euphrat-Damm im Landesnorden ermöglicht die Bewässerung von Tausenden Hektar Boden und beliefert Hunderte Dörfer mit Strom. Die riesigen Ländereien des Adels wurden den werktätigen Bauern übereignet. Je nach Bodenbeschaffenheit und Bewässerungsstand sieht die Agrarreform unterschiedliche Bodenabschnitte je Familie — von 15 ha im fruchtbaren Ghuta bis zu 300 ha in den trockenen Ostprovinzen — vor. Die Reform ist noch nicht abgeschlossen. Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und soziale Angelegenheiten der Syrischen Arabischen Republik zählt das Land noch immer über 50 000 Gutsbesitzer und Großbauern, die Lohnarbeit verwenden oder den Boden verpachten. Die Zahl der landlosen Tagelöhner und Landarbeiter aber beträgt 110 000.

Im Lande entwickelt sich die Genossenschaftsbewegung. Die syrische Führung will die Bauern von deren herkömmlicher Abhängigkeit von den Ausbeutern befreien. Über die Genossenschaften, denen gegenwärtig über 25% der unmittelbaren Produzenten von Agrarerzeugnissen angehören, erhalten die Bauern Beihilfen, Saatgut, Zement.

In der SAR ist auch ein staatlicher Agrarsektor entstanden. An ihn werden große Hoffnungen geknüpft.

Die Bauern sind die zahlenmäßig stärkste Klasse in Syrien (60% der selbsttätigen Bevölkerung). Sie sichern ca. 25% des Bruttosozialproduktes und ca. 40% des Exports.

Auf dem IV. regionalen Kongreß der in Syrien regierenden Partei der Arabischen Sozialistischen Wiedergeburt (Baath), der 1968 stattfand, wurde der Kurs auf Festigung und Erweiterung des staatlichen Sektors verkündet. Allmählich soll er in der Wirtschaft vorherrschen. Sein Grundkapital stieg von 170 Mio Syrische Pfund 1963 auf 5,5 Md. Pfund 1976. Dem staatlichen Sektor fließen über 75% aller Haushaltzuwendungen zu. In den Händen des Staates liegen der ganze Bergbau, die Elektroenergetik, zwei Drittel der Industrieproduktion und 70% des Außenhandels.

Obwohl sich die bürgerlichen Schichten weiterhin dem Regierungskurs widersetzen, hat der syrische staatliche Sektor seine Lebensfähigkeit bewiesen. Er entwickelt sich zum Rückgrat der nationalen Wirtschaft. Sehr ergiebig auf diesem wie auch auf anderen Gebieten ist die Zusammenarbeit Syriens mit den sozialistischen Ländern, vor allem mit der UdSSR. Sie umfaßt den hydroenergetischen Komplex am Euphrat, die Elektrifizierung, die Entwicklung der Eisenbahnen, die Erdölförderung u. a. Die britische „Financial Times" mußte im vorigen Jahr konstatieren: „Die Sowjetunion erwies sich als der zuverlässigste Freund Syriens."

... Als ich 1966 zum erstenmal nach Damaskus (aus Kairo) kam, scherzte der Taxifahrer düster, als er meine ägyptische Aussprache hörte: „Ägypten hat es gut, dort gibt es nur einen einzigen Führer, Gamal Abdel Nasser, wir aber haben 150 Führer, und jeder glaubt, ein Gamal Abdel Nasser zu sein."

In der Tat war Syrien bis 1970 wegen der vielen Umstürze traurig bekannt. Seit Erlangung der Unabhängigkeit (1943) wurden zumindest 10 verübt.

Nach dem Machtantritt des linken Baath-Flügels (1966) und besonders nach der „Verbesserungsbewegung" vom November 1970, die der heutige SAR-Präsident Hafez Assad leitete, lebte Syrien bis 1979 in politischer Stabilität. Aber der feste antiimperialistische Kurs der syrischen Führung und ihr aktiver Widerstand gegen die Camp-David-Abmachung mißfielen Washington und seinen nahöstlichen Freunden in Kairo und Tel Aviv.

Wie der Sommer 1979 zeigte, fanden sich in Syrien Leute mit dem Kainsmal, die das Geld aus Übersee zum mörderischen Blutbad in der nördlichen Stadt Aleppo zu bewegen vermochte. Drei Verschwörer aus

In Zentral- und Nordsyrien sind noch Beduinen anzutreffen.
Foto des Verfassers



dem religiösen Geheimbund „Moslembrüderschaft" schossen dort in der Artillerieschule kaltblütig die „bei Alarm" in einem Hörsaal versammelten Offiziersschüler zusammen. Es folgten die Zusammenstöße in Latakia und Terrorakte in anderen Städten.

Sehr bald erkannten Präsident Assad und seine Umgebung, daß die „Moslembrüder" in Syrien von der CIA und dem israelischen Spionagedienst „Mossad" gesteuert werden. Im September 1979 zitierte die Wochenschrift „Al-Kifah al-Arabi" (Beirut) die Äußerung H. Sheikads, eines führenden politischen Beobachters aus Tel Aviv, man müsse Syrien „zwingen", sich den israelisch-ägyptischen Verhandlungen anzuschließen. Das sei zu erreichen, wenn „man ein Motiv findet, das Damaskus zur Aufnahme der Verhandlungen antreibt, wenn man Syrien von Zeit zu Zeit bedroht sowie eine Situation herbeiführt, in der die Syrer sich zur Abänderung ihrer Strategie entschließen". Die Zeitung „Al-Sharq" (Beirut) erinnerte im Zusammenhang mit der Entwicklung in Syrien an folgende Äußerung Brzezinskis, Sicherheitsberater des USA-Präsidenten: „Probleme des religiösen Haders werden die Araber von der Existenz anderer innerer und äußerer Gefahren überzeugen, deren Beseitigung wichtiger ist als der Kampf gegen Israel. Die religiösen Unruhen im Nahen Osten werden alle dortigen Länder nach einer allumfassenden Beilegung des Konfliktes zwischen Israel und den Arabern streben lassen." Höchst typisch für den „Arbeitsstil" der Geheimdienste der USA und Israels!

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen veröffentlichte die Nationale Fortschrittliche Front (NFF), der neben der Baath andere Parteien und Organisationen Syriens, auch die Syrische KP, angehören, am 26. September 1979 eine Erklärung. Das war der erste Schritt dazu, den „Moslembrüdern" den sozialen Boden für ihre regierungsfeindliche Propaganda zu entziehen. Die Erklärung sah Maßnahmen zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage vor, darunter den Kampf gegen die parasitäre Bourgeoisie, den Bürokratismus und die Korruption im Staatsapparat, ferner die Verstärkung der Rolle des Volksrates (Parlament), der NFF, der Gewerkschaften und Massenorganisationen.

Die Versuche der „Moslembrüder", im Frühjahr 1980 erneut ihre verbrecherische Tätigkeit zu aktivieren, wurden durchkreuzt. Präsident Assad erläuterte in seiner Rundfunk- und Fernsehrede vom 8. März, daß die Handlungen der Reaktion und der Glaubensfanatiker nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die sozialen Errungenschaften der Werktätigen gerichtet sind. Es wurde beschlossen, für den Kampf gegen die Terroristen bewaffnete Trupps von Arbeitern und revolutionärer Jugend aufzustellen. In vielen Städten entstanden patriotische Komitees, denen Baath-Mitglieder, Kommunisten und andere fortschrittliche Politiker angehören.

In der ersten Julihälfte billigte der Volksrat der Republik ein Gesetz, dem zufolge auf die Zugehörigkeit zur „Moslembrüderschaft" die Höchststrafe steht, doch wurde die Amnestie für diejenigen ihrer Mitglieder erklärt, die sich innerhalb eines Monats öffentlich von dieser Organisation distanzieren. Diese Frist wurde dann verlängert. Der Zeitung „Tishrin" (Damaskus) zufolge legten über 1000 „Brüder" bis Ende August ihr Schuldgeständnis bei den Behörden ab. Die Notwendigkeit, gegen die Überreste der Banden der „Moslembrüder" durchzugreifen, fand ihren Niederschlag in einer Resolution des im August abgehaltenen XIII. Baath-Kongresses.

Der neue schroffe Zusammenstoß mit den Agenten des Imperialismus führte logischerweise dazu, daß Syrien seine Zusammenarbeit mit Ländern, die es stets in schweren Zeiten unterstützten, noch mehr gefestigt hat. Hafez Assad sagte unlängst in einem Stadion von Damaskus, an die Jugend gewandt: „Wir sind entschlossen, die bestehenden freundschaftlichen und festen Beziehungen zur UdSSR auf eine noch höhere Stufe zu heben." Dieser Kurs wurde auf dem XIII. Baath-Kongreß verankert. ■

NZ KOMMENTAR

MIT ALTEM GEPÄCK

Auf seiner ersten Auslandsreise besuchte der neue japanische Außenminister M. Ito Thailand, Burma, Indien, Pakistan und China. Die Reise sollte demonstrieren, daß es der im Juli gebildeten Regierung Sudzuki mit ihrer Absicht, Japan zum „Führer der westlichen Welt" in Asien zu machen, ernst ist.

Alles weist jedoch darauf hin, daß sich in Tokios Einstellung zu asiatischen Problemen eigentlich nichts geändert hat. Nach wie vor solidarisiert sich Japan restlos mit den expansionistischen USA-Plänen in Südostasien und ist, dem Fingerzeig Washingtons folgend, bereit, seinen „Beitrag zum Schutz der Interessen des Westens" zu erhöhen. Ito hat sich im Grunde dazu hergegeben, als Sprachrohr des antisowjetischen Kurses von Washington und Peking zu dienen. In den asiatischen Hauptstädten wiederholte er immer wieder die Erdichtungen der NATO- und der chinesischen Propaganda über die „aggressive" sowjetische Außenpolitik und verfocht eine „Vereinigung" der asiatischen Länder, um die UdSSR zu blockieren. Solche Aufrufe gingen mit großspurigen finanziellen Versprechungen einher.

Besonders freigebig zeigte sich Tokio gegenüber Bangkok und Islamabad; beide Hauptstädte haben in diesem Jahr schon Milliarden Yen an „nicht rückzahlbarer Hilfe" erhalten. Zu einem bedeutenden Teil sind diese Mittel für die Pol-Pot-Banditen in Thailand und für die vom pakistanischen Territorium vorgehenden afghanischen Konterrevolutionäre bestimmt. Ito suchte ostentativ Lager solcher „Flüchtlinge" auf, und das zeigt klar, wie Tokio zur Lösung des kampucheanischen und des afghanischen Problems steht.

Die Ansichten des Gastes fanden nicht überall günstige Aufnahme. Der „Mainichi" zufolge veranschaulichten seine Unterredungen in Delhi z. B., daß Indien und Japan „bei der Beurteilung der Lage in Afghanistan und Kampuchea gegenteiliger Meinung sind".

Volle Billigung dagegen fand die Politik Tokios in Peking, der letzten Station auf Itos Reise. Die chinesischen Führer konnten es nicht lassen, auch bei ihren Gesprächen mit dem japanischen Minister die Politik der UdSSR und Vietnam anzuschwärzen sowie Japan unter Druck zu setzen. Ito stimmte dabei der Erklärung seines chinesischen Amtskollegen Huang Hua zu, Hanoi und Moskau würden sich für die Unterstützung, die sie Kampuchea und Afghanistan erweisen, „verantworten müssen".

Wie man sieht, steht die Politik Japans noch keineswegs in Übereinstimmung mit den weltpolitischen Realitäten.

N. LOSSINSKI

BELGISCHES NATO-RÄDCHEN

So geht es doch nicht, empörte sich kürzlich die Londoner „Financial Times". Wegen dieses Rädchens kann die ganze NATO-Maschinerie nicht normal funktionieren!

Mit dem Rädchen ist Belgien gemeint. Der gereizte Ton der Gazette erklärt sich durch das Verhalten des NATO-Verbündeten, der sich offenbar gehen läßt.

Ebenso wie die „Financial Times" konstatiert das NATO-Hauptquartier, der militärische Beitrag Belgiens werde immer geringer. Die Rüstungsausgaben stiegen nicht — im Gegenteil. Die Jäger reißen angeblich nicht genug Flugstunden herunter. Panzer und Schützenpanzerwagen sollen ungenutzt herumstehen und die Soldaten in den Kasernen eine ruhige Kugel schieben...

Glücklicherweise hat Belgien noch seine „Väter des Vaterlandes"—15 „vorbildliche" Reservegeneräle, die ihr eigenes Unvermögen vergessend, an die „drohende Schwächung der Militärmacht Belgiens" erinnerten.

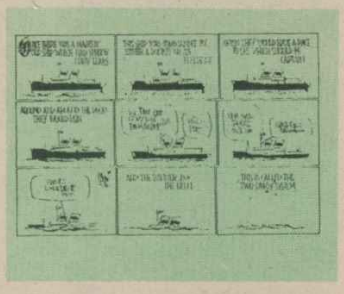
Kürzlich hat sich ihnen ein weiterer, sechzehnter, angeschlossen. Aus Protest gegen die „militärische Schwächung" trat Generalmajor Robert Close in den Ruhestand. Doch zuvor machte er noch einen Abstecher nach Portugal, wo er einen letzten Versuch unternahm, die Ehre der belgischen Uniform zu retten. Auf der dortigen 26. Tagung der Nordatlantischen Vereinigung schlug er vor, im Rahmen der NATO eine eigene „Einsatztruppe" aufzustellen. Außer Belgien und anderen Verbündeten sollte daran auch Frankreich teilnehmen, das bekanntlich die militärische Organisation der NATO verlassen hat. An einen „Einsatz" denkt Close eben so wie das Pentagon im Nahen und Mittleren Osten sowie in der Region des Indischen Ozeans.

Close „glänzende" Idee wird zweifelsohne begeisterte Unterstützung in Washington finden.

L. NIKOLAJEW

SAVE OUR SOULS!

Man braucht nicht Marinemaler zu sein, um ein sinkendes Schiff darzustellen — das bewiesen kürzlich das Nachrichtenmagazin „U.S. News & World Report"



und die „Miami News". Beide Blätter vergleichen die USA und Großbritannien mit zwei Schiffen. Das amerikanische Schiff sinkt, das britische hat Schlagseite...

„Es war einmal ein majestätisches altes Schiff, das viele Lecks bekommen hatte. Es stand unter dem Kommando entweder eines Esels (Demokraten) oder eines Elefanten (Republikaners). Oft veranstalteten sie auf dem Deck ein Wettrennen, und der Sieger durfte dann Kapitän werden.

‚Uch! Uff! Aus dem Weg, du Dickhäuter!'

‚Mach den Weg frei, du Esel! Uff!'"

Nach langem Hin und Her:

„‚Ich bin der Sieger!!! Ich (Schnaufen) bin der Sieger! (Schnaufen).'

Und der Sieger trat ans Ruder. Das wird als ‚Zweiparteiensystem' bezeichnet."

Wie die „Miami News" auch feixen mag, bald, nach den Wahlen, wird entweder ein Elefant oder ein Esel das Ruder übernehmen. Ihren Wahlkampfprogrammen nach zu urteilen denkt weder der eine noch der andere daran, die Lecks dichtzumachen. Im Gegenteil wartet jeder nur auf die Gelegenheit, das Schiff auf ein Riff zu führen.

Das britische Staatsschiff kam relativ glimpflich davon: Es zeigt erst Schlagseite. Drei Schaubilder vermitteln wirtschaftliche Kennziffern von 1979 und vom ersten Quartal d. J., demonstrieren die



ständig steigenden Preise und die zunehmende Arbeitslosigkeit. Im stürmischen Meer der westlichen Politik und Wirtschaft dürfte sich ein solches Schiff auf Dauer kaum über Wasser halten...

Kürzlich berichtete die Presse von Plänen, die berühmte „Titanic" und einige amerikanische Kriegsschiffe aus der Zeit des Bürgerkrieges zu heben. Das dürfte ein leichteres Unterfangen sein, als das amerikanische und das britische Staatsschiff wohlbehalten durch die Krisenstürme zu steuern.

V. GRIBATSCHOW



„Der Wash
Junta von E
kow ihre Ze

SMITH

Die Oper
chen Frau
und wurde
führt. A
Agent des
der sich
hatte, pac

FRANZÖSISCHE ENT

Der Vater der Lüge ist, wie der amer
Shaw sagte, zweifelsohne der Teufel, doc
er seine Idee nicht patentieren lassen, un
nehmen stark unter Konkurrenten.

Ein solcher Konkurrent ist AFP. Ihre kil
aus Afghanistan enthalten meist nichts a
„Die Babrak Karmal nahestehende B
unter unbekannten Umständen ermordet."
AFP aus Neu-Delhi. Als die totgesagte M
im Fernsehen auftrat, war AFP schon eifri
neue Propagandaleiche zu finden.

Da bei AFP Professionals arbeiten, w
Diesmal steckte man die Leiche in die U
Generals. Die Pariser „große Presse",
aufgriff, schilderte es „detailliert": Ein W
gegenkommenden Volkswagen zusamm
ein sowjetischer General beim Verlasse
Schuß auf der Stelle getötet worden...

In Kabul wurde die Lüge entlarvt. Doc
beizukommen. Keine Leiche? Dann eber
auftragen! Mit Hinweis auf den Kabuler K
doner „Daily Telegraph" meldete AFP:
ten „mit Flammenwerfern eine Rebellion
fanteriedivisionen in Ghazni niedergeschl

Doch stellte sich heraus, daß ein Kabu
Blattes ebenso eine Fiktion ist wie der F
in seiner Gerüchteküche wohl doch zu vi





ster" und „Der amerikanische Nußknacker für die —so nannten Igor Gapotschka und Nikolai Stscherba-

GERALDINE

den zärtli-
„Geraldine"
et durchge-
chem, Ex-
eimdienstes,
abgesetzt
Die Staats-

tiriker Henry
ässigkeit hat
t sein Unter-

n Telestreifen
ungen.
terin wurde
ation meldete
en Tag später
chäftigt, eine

ange gesucht.
sowjetischen
alschmeldung
it einem ent-
und dann sei
s von einem

icht so leicht
noch dicker
nten des Lon-
Truppen hät-
hanischer In-

ondent dieses
azni. AFP hat

REWITSCH

archive des Smith-Regimes seien kurz vor der Londoner Rhodesienkonferenz Ende 1979 „in ein befreundetes Land" geschafft worden.

Die Archive enthalten Dokumente über die 14 Jahre der Herrschaft des illegalen rhodesischen Regimes, über seine Zusammenarbeit mit der RSA und dem faschistischen Regime Portugals bei der unheiligen Allianz zur Unterdrückung der patriotischen Bewegungen im südlichen Afrika. Smiths Dossier enthält ferner Pläne für Terroranschläge gegen Führer nationaler Befreiungsbewegungen, Einzelheiten der Bestialitäten der Selous Scouts und der Grey-Scouts an der Zivilbevölkerung.

Das Studium des Archivmaterials würde die langjährigen Verbindungen westlicher Mächte zum Rassistenregime offenlegen. Deshalb hat die RSA-Regierung sofort nicht nur die Veröffentlichung, sondern auch den Zugang zu den Geheimdokumenten für 30 Jahre verboten. Kein Wunder — könnte ja „Geraldine" ein potischer Hurrikan werden, stärker als jene Wirbelstürme, denen man so gern Frauennamen gibt.

I. STEPANOWA

Chon Du Hwans „Harmonie"

Noch kein Monat ist vergangen, seit General Chon Du Hwan zum Präsidenten Südkoreas „gewählt" wurde, und schon hat er mit Feuereifer seine Aufgaben angepackt.

Chon Du Hwan, freut sich der AP-Korrespondent, hat den Unternehmern eindringlich empfohlen, im Betrieb die gleiche Kleidung wie die Arbeiter zu tragen. Wenn auch die Arbeiter mit Almosen abgespeist werden und die Bosse Millionen einsacken — die Kleidung soll die gleiche sein. Dann appellierte der Präsident an die Geschäftsleute und deren Angehörige, keine Exklusivmöbel und teuren Schmuck zu kaufen, um die „soziale Harmonie" nicht zu stören. Um diese vollständig und endgültig zu erreichen, verbot die Regierung die Benutzung ausländischer Automodelle (es sei denn für „Kontakte mit ausländischen Geschäftsleuten").

So arbeitet Präsident Chon Du Hwan für „sein" Volk — und hofft, daß die Öffentlichkeit das an seinen Händen klebende Blut der „rebellierenden" Einwohner von Kwangju nicht mehr sieht, die er persönlich auf den „Weg der Demokratie" gebracht hat.

L. MICHAILOW

KOTAU VOR KRIEGSVERBRECHERN

Eine Gruppe von Besuchern shintoistischen Tempels im unmittelbaren Zentrum der japanischen Hauptstadt erregte besonderes Publikumsinteresse: Fotoreporter verewigten sorgsam die Trauer in den Gesichtern. Beim Verlassen des Tempels trugen sie sich ins Besucherbuch ein. Einer von ihnen schrieb neben seinen Namen „Premierminister".

Die Nachricht, daß das ganze Kabinett den Yasukuni-Tempel besucht hatte, um das unselige Andenken an die Kriegsverbrecher zu ehren, die das Internationale Militärtribunal von Tokio verurteilt hatte, schockierte viele Japaner. Symbolisierte ja der Yasukuni-Tempel während des zweiten Weltkrieges die imperialistischen Ambitionen, die Millionen Japanern Tod und Elend brachten.

Danach ist es nicht verwunderlich, daß Justizminister Okuno im Parlament verlangte, Artikel 9 der Verfassung zu streichen, der Japan die Aufstellung eigener Streitkräfte untersagt...

Einstweilen ließen es die Herren Minister bei ihrer demonstrativen Unterschrift im Yasukuni-Tempel bewenden. Was aber werden sie morgen signieren?

L. MLETSCHIN

FAMILIÄRES

Die US-Präsidenten ziehen stets Freunde, Mitstreiter und Verwandte hinter sich her, die zweifelsohne in einer besonderen Lage sind. Und manche können der Versuchung, von ihrer privilegierten familiären Stellung Gebrauch zu machen, nicht widerstehen.

Lyndon Johnson hatte seinerzeit nicht wenig Ärger mit seinem jüngeren Bruder. Sam Johnson betätigte sich bisweilen als Schecksbetrüger, und der Präsident mußte einen Geheimagenten auf ihn ansetzen, um das Schlimmste zu verhüten. Einen feinen Bruder hatte auch Richard Nixon. Beunruhigt über die Finanzmachenschaften seines Bruders Donald, ließ Richard Nixon dessen Telefongespräche abhören.

Doch offenbar wird der jetzige Präsident als besonderes Kapitel in die Geschichte des Weißen Hauses eingehen. Hier haben sich neben Bruder Billy auch Jimmys Söhne „verdient" gemacht. Der jüngste Filius, der 27jährige Jeff, betätigt sich nach dem Vorbild von Onkel Billy als „Geschäftsmann". Die „Weltbank" zahlte Jeff kürzlich 10 000 Dollar dafür, daß er zusammen mit seiner Frau eine „Studienreise" nach Manila unternahm, um dort die „Abfallfrage" zu untersuchen. Der Präsident stimmte der Reise seines Sprößlings zu, und seine Anweisung, Jeff nicht als Abgesandten des Weißen Hauses zu betrachten, wurde von niemanden ernst genommen.

Ein anderer Präsidentensohn, Chip, war wie kürzlich bekannt wurde, in Rauschgiftgeschäfte in einem Hafen Floridas verwickelt. Carter warnte ihn väterlich vor einer bevorstehenden Polizeirazzia und riet ihm, unverzüglich die Stadt zu verlassen. Doch Chip begab sich in Begleitung von FBI-Agenten nicht in das Bundesgefängnis von Florida, sondern wurde aus dem Bundesstaat ausgeschleust.

I. JEWGENJEW

MILITARISMUS – WERKZEUG DES NEOKOLONIALISMUS

Nikolai GNEWUSCHEW

In der Weltpolitik nehmen Probleme der konkreten Entspannung und des Fortschritts der jungen Staaten besonderen Raum ein.

Die Wechselwirkung zwischen Entspannung und Entwicklung der frei gewordenen Länder ist praktisch allgemein anerkannt. Eine Minderung der internationalen Spannungen verringert die Kriegsgefahr, schafft ein Vertrauensklima zwischen den Staaten und fördert die vielseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das alles eröffnet große Möglichkeiten zur Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit und damit zur endgültigen Vollendung des qualvollen Entkolonialisierungsprozesses.

Nicht zufällig konstatierten auf der kürzlichen 11. Sondertagung der UNO zu Wirtschaftsfragen die Vertreter vieler Entwicklungsstaaten die besondere Bedeutung konkreter Schritte zur Abrüstung und zur Gewährleistung der internationalen Sicherheit als wichtigste Voraussetzung für ihren wirtschaftlichen Fortschritt.

Blockpolitik

Eine deutliche Dissonanz zum Standpunkt der meisten Teilnehmer der Sondertagung bildete die Rede des US-Außenministers Edward Muskie. Er erwähnte mit keinem Wort die Notwendigkeit effektiver Abrüstungsmaßnahmen. Diese Einstellung der US-Administration ist verständlich. Sie entspricht der Logik der militärpolitischen Doktrinen der NATO, die vorsehen, die „Sicherheitsgrenzen" weit vor das Territorium der Blockmitglieder zu verlegen, „Einflußzonen", „Verteidigungsbündnisse" und Stützpunkte in verschiedenen Weltteilen zu schaffen, sowie die Entwicklungsländer einzubeziehen. Erste Objekte der Militarisierung und Vorläufer bei der Aufstockung der Rüstungen waren Entwicklungsstaaten, die Mitglieder imperialistischer militärpolitischer Blöcke wurden.

Angesichts des wachsenden Widerstands der Weltöffentlichkeit gegen die imperialistische Kanonenbootpolitik hat der Westen seine Taktiken geändert. Er setzt jetzt auf die Errichtung von subimperialistischen Staaten in der Entwicklungswelt, die eine „Bremsfunktion" gegen die nationale Befreiungsbewegung zu übernehmen hätten.

Ein klassisches subimperialistisches Land war bis zur Antischah-Revolution Iran, das die Gendarmenrolle im Raum des Persischen Golfs und des Indischen Ozeans spielte. Von den 100 Md. Dollar, die das Schahregime 1972—1977 aus dem Erdölverkauf erzielte, gingen fast 80 Md. in den Ankauf von Waffen und den Unterhalt der Armee. Unter Beteiligung eines iranischen Expeditionskorps wurde 1972 die antiimperialistische Bewegung in Omans Provinz Dhorfar niedergeschlagen. Nach der Revolution in Iran setzten die Imperialisten ihre größten Hoffnungen in diesem Raum auf Israel, Ägypten, Oman, Somalia und einige andere Länder. Bollwerk des Kampfes gegen die revolutionären Kräfte im Süden Afrikas bleibt für den Imperialismus die rassistische RSA. In Asien haben Südkorea, Pakistan und Thailand diese Rolle zu spielen.

Es ist nicht erstaunlich, daß diese Länder zu Hauptwaffenimporteuren werden. Einige von ihnen bauen eilig eine Rüstungsindustrie auf. In Israel sind zwei Drittel der Bewilligungen aus dem Staatshaushalt 1980 für direkte und indirekte Militärausgaben gedacht. Ein bedeutender Teil der Erzeugnisse des israelischen Militär-Industrie-Komplexes wird in andere Länder geliefert. 1979 führte Israel militärische Ausrüstungen für 600 Mio Dollar aus, in diesem Jahr wird der Waffenexport eine Md. Dollar erreichen. Verstärkt begünstigt der Westen den Militarisierungsprozeß in Chile. Pinochet gibt rund 43% des Staatshaushalts für den Unterhalt von Armee, Polizei und anderen Sicherheitsorganen aus.

Neben der Aufrüstung verstärken die NATO-Länder die Kampfbereitschaft ihrer Militärstützpunkte rund um die afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Länder. Diese Stützpunkte halten die Meereskommunikationswege im Visier und sind auf die Brennpunkte des Planeten in den Regionen des nationalen Befreiungskampfes gerichtet. Das Netz der Stützpunkte wird ständig ausgebaut. So trafen die USA unlängst eine Absprache über die militärische Nutzung von Häfen in Kenia und Somalia.

Einen nicht geringen Beitrag zur Anheizung der internationalen Spannungen und des damit verbundenen Wettrüstens leistet die Pekinger Führung. Sie stellt Gebietsansprüche an benachbarte Länder, schürt Grenzkoflikte und schließt sich dabei an die reaktionärsten imperialistischen Kreise an. Das destabilisiert die Situation in Asien und bedeutet für viele Staaten dieses Raums eine reale Kriegsgefahr.

Die Politik des Imperialismus und seiner Verbündeten, die die nationale Unabhängigkeit der jungen Staaten bedroht, ist eine Hauptursache des Rüstungswettlaufs in den Entwicklungsländern. Dieses Ringelspiel des Wettrüstens dreht sich immer schneller. In den letzten zwei Jahrzehnten stieg der Anteil der Entwicklungsländer an den Weltausgaben für Rüstung auf fast das Vierfache. Während in der Welt durchschnittlich die Rüstungsausgaben um 3% jährlich steigen, beträgt das Zuwachstempo in den Entwicklungsländern 10%. Die Ausgaben für militärische Vorbereitungen der Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben heute 60 Md. Dollar erreicht, die ihnen geleistete Auslandshilfe um das Dreifache übertrifft.

Neue Form des Raubs

Damit, daß die Neokolonialisten die Entwicklungsländer zum Wettrüsten drängen, verfolgen sie weitreichende Pläne: Sie wollen den jungen Staaten eine System langfristiger militärtechnischer Abhängigkeit von den Westmächten aufzwingen; wollen einen sozialen Rückhalt und Verbündete in ihren Streitkräften, insbesondere innerhalb des Offizierskorps gewinnen; wollen dem eigenen staatsmonopolistischen Kapital Gewinne sichern, womit sie die Ausgaben für „Hilfe" und den Rohstoff- und Brennstoffimport zu decken denken.

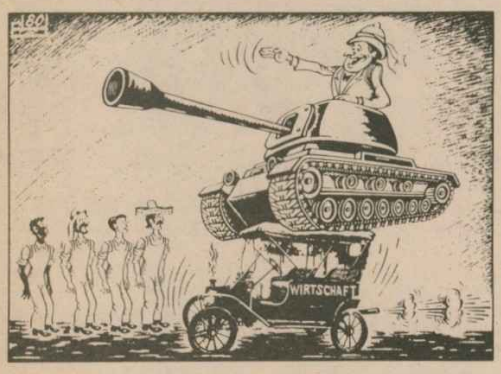
Worauf es den Westmächten bei der Bewaffnung der Entwicklungsstaaten ankommt, ist, den antiimperialistischen Kampf zu spalten, die demokratischen Umgestaltungen zu behindern. Anschauliche Beispiele für diese Politik bietet Washington mit der Bewaffnung des Sadat-Regimes, mit Waffenlieferungen an Pakistan, dessen Territorium zur Aggression gegen das revolutionäre Afghanistan mißbraucht wird, mit der Ausrüstung Somalias mit modernen Waffen zu militärischen Provokationen gegen Äthiopien.

Das Vorgehen des Imperialismus in den Entwicklungsstaaten zwingt jene Länder, die radikale soziale Veränderungen anstreben, ihre Verteidigungsbereitschaft zu stärken. Angola, Äthiopien und Moçambique konnten sich aus eigenen Erfahrun-

gen von der Notwendigkeit der bewaffneten Verteidigung ihrer revolutionären Umgestaltungen überzeugen. Die Länder der sozialistischen Gemeinschaft folgen ihrer internationalistischen Pflicht und leisten diesen Staaten bei der Stärkung ihrer Verteidigungsbereitschaft die nötige Unterstützung. Diese uneigennützige Hilfe hat nichts mit dem Trend der imperialistischen Mächte auf Militarisierung der Entwicklungsstaaten und mit den Versuchen des Westens gemein, diese in das Einflußbereich ihrer Militärblöcke zu integrieren.

Daß der Westen auf die Militarisierung der Entwicklungsstaaten setzt, gehört zum Bestandteil seiner neokolonialistischen Politik. In der kapitalistischen Welt existieren Kräfte, deren Wohlstand, deren gesellschaftliche Lage und Macht unmittelbar mit dem Kriegsgeschäft in Verbindung stehen. Das sind die Rüstungskonzerne und die mit ihnen liierte militärische und politische Elite.

Mehr als zwei Drittel der Waffen und Munitionslieferungen in die Entwicklungsländer übernehmen die Vereinigten Staaten. „Der US-amerikanische Waffenhandel nimmt in einem astronomischen Tempo zu", hört man aus dem Washingtoner Institute for Politic Research. Angesichts der Inflation, heißt es in diesem Bericht, steigt der Waffenexport in die Entwicklungsländer 1980 gegenüber 1977 um 85% und erreicht 10,8 Md. Dollar. L. Gelb, noch vor kurzem Direktor des Militärpolitischen Büros im State Department, äußerte, der Waffenexport sei jetzt „mehr als jemals eine Waffe der Außenpolitik geworden". Der Militär-Industrie-Komplex der USA rüstet mehr als 70 Entwicklungsländer auf.



Zeichnung W. Tschakiridis

Eine Art Offenbarung in dieser Hinsicht war das vor kurzem in den USA erschienene Buch des ehemaligen Abwehroffiziers Thomas Garveizí „Arsenal der Demokratie". Der Verfasser schreibt darin u. a.: „... finden wir neue Märkte für unsere Rüstungsindustrie. Unsere Waffen sind tatsächlich zu einer neuen Form des Kolonialismus geworden. Die Waffen- und Flugzeugindustrie ist auf einem solchen Punkt angelangt, da der einheimische Markt nicht mehr ausreicht... Alles, was die Absatzagenten brauchen, ist, genügend neueste Waffen an ein Land zu verkaufen und dann ruhig abzuwarten bis der Nachbarstaat aus Neid oder Furcht sie ebenfalls erwerben will... Die neue Waffengeneration führt rasch zu einer Veraltung ihrer Vorläufer, und so kommt es zur Fortsetzung des Wettrüstens."

Unheilvolle Folgen

Die bürgerliche Propaganda versichert: Die Waffenverkäufe des Westens an die Entwicklungsländer seien dazu gedacht, die Sicherheit in Asien, Afrika und Lateinamerika zu gewährleisten. Die politischen Realitäten jedoch widerlegen diese Konzeption. Die Waffen der NATO-Länder werden in erster Linie an Staaten geliefert, die niemand von außen her bedroht und die vielmehr selbst territoriale und andere Ansprüche an ihre Nachbarn stellen. Mitarbeiter des Washingtoner Institute for Politic Research, M. Clare und M. Holland, schreiben: „Die Tatsachen zeigen, daß die ausländischen Käufer von amerikanischen Waffen sich sehr viel häufiger von ihren eigenen aggressiven oder imperialistischen Ambitionen leiten lassen, als von dem Wunsch, irgendeinen Beitrag zur Sicherung von Frieden und gegenseitiger Sicherheit zu leisten."

Die Militarisierung hat für die Entwicklungsländer verhängnisvolle Folgen nicht nur in politischer, sondern in sozialer und ökonomischer Hinsicht. Sie heizt die Inflation an und verschlechtert die Handelsbedingungen. Die Rüstungsindustrie in den westlichen Ländern treibt künstlich die Nachfrage nach wertvollen und raren Rohstoff- und Brennstoffarten hoch, die aus den Entwicklungsländern eingeführt werden. Um Devisen zu erhalten, müssen die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Entwicklung der auf die Bedürfnisse der Militärindustrie-Komplexe orientierten Rohstoffzweige forcieren und damit den abhängigen Charakter ihrer Wirtschaft verankern.

Realer Weg

Noch schlimmer sind die Folgen des Wettrüstens für jene jungen Staaten, die ihr eigenes Militärpotential aufstocken. Ihre Rüstungsausgaben betragen durchschnittlich etwa 5% des Bruttosozialprodukts. Sie kommen fast den Ausgaben für Bildungszwecke gleich und übersteigen die Bewilligungen für das Gesundheitswesen um das Doppelte. Wenn diese Summen von den Entwicklungsstaaten in zivilen Wirtschaftszweigen, nicht aber in die Rüstungsproduktion investiert würden, ergäbe sich daraus sofort ein wesentlicher Zuwachs in der Herstellung von Strom, E-Metallen, im Maschinenbau und in der Erzeugung von Konsumgütern zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Der Weg der Entspannung und Abrüstung bietet den Entwicklungsländern reale Möglichkeiten zur Beseitigung ihrer aus der Vergangenheit herrührenden Rückständigkeit, zur Erzielung einer echten Unabhängigkeit von ihrem ehemaligen Mutterland. Das Ausmaß und die dringende Notwendigkeit der Lösung dieser Aufgaben zeigen überzeugend UNO-Angaben über die wirtschaftliche und soziale Situation der 70er Jahre in den Entwicklungsländern: Das ungefähre Zuwachstempo im Produktionsvolumen pro Kopf der Bevölkerung sollte hier 3,5% jährlich ausmachen, erreichte es aber durchschnittlich nur in einem von fünf dieser Länder. In Südostasien machte dieser Zuwachs überhaupt nur 1% aus. Die meisten Staaten haben einen dringenden Bedarf an Nahrungsmitteln, am Ausbau ihres Gesundheits- und Bildungswesens. Und unter diesen Umständen verausgaben die ärmsten Länder der Welt im Durchschnitt Summen für militärische Zwecke, die den Bewilligungen für den Ausbau des Agrarsektors gleichkommen...

Das Wettrüsten widerspricht den Interessen der Entwicklungsstaaten, bremst ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung, bedroht ihre politische Unabhängigkeit. Überwinden läßt sich all das nur im konsequenten Kampf für die internationale Entspannung und für ihre Ausdehnung auf den militärischen Bereich. Diesen Weg weisen die sozialistischen Länder den Entwicklungsstaaten. Mit ihrem Kampf für eine friedliche Zukunft der Menschheit verteidigt die sozialistische Gemeinschaft nicht nur die Interessen der Völker ihrer Staaten, sondern auch die der überwiegenden Mehrheit der Erdbevölkerung.

NEUE KAMPFETAPPE

Volodia TEITELBOIM
Mitglied der Politischen Kommission des ZK der KP Chiles

Am 4. September vor zehn Jahren siegte in Chile die Unidad Popular, und das Volk wählte Salvador Allende zum Präsidenten der Republik. Am 11. September 1973 wurde er durch einen faschistischen Putsch unter Pinochet gestürzt.

Luis Corvalán, Generalsekretär der KP Chiles, betonte in seiner Rede auf einer Moskauer Kundgebung zum 10. Jahrestag des UP-Sieges die alte Wahrheit: Revolution stößt unvermeidlich auf Konterrevolution, und diese wird von der inneren Reaktion zusammen mit der Triebkraft der weltweiten Reaktion — dem USA-Imperialismus — vorbereitet. Um zu leben, sich zu entwickeln und zu siegen, müssen die Revolutionäre eine aktive Mehrheit des Landes hinter sich haben und ein für sich günstiges Kräfteverhältnis herbeiführen. Dazu brauchen sie eine breite politische Einheit mit ihren Anhängern.

Zugleich müssen sich die Revolutionäre eng um ihre einheitliche Führung zusammenschließen und eine konsequente, zugleich aber elastische Strategie und Taktik erarbeiten. Nach Ansicht Corvaláns ist es am wichtigsten, sich an das klassische Axiom des Marxismus-Leninismus zu halten: Die Revolution muß das Problem der Macht in seinem ganzen Umfang lösen. Das bedeute, fügte er hinzu, daß es nicht genügt (wie das in Chile der Fall war), an die Spitze der Regierung zu treten, einen Teil der politischen Macht zu besitzen und nur Wirtschaftsreformen vorzunehmen. Es gelte, die ganze Struktur des Staates umzugestalten. Der Überbau wird ja in den Händen der Reaktion wiederum zu einem Hebel des Rückschritts. Vor allem betrifft das die Streitkräfte, die nicht nur in Chile, sondern auch in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern die Hochburg der Konterrevolution sind. Viele Armeen des Subkontinents sind inzwischen eine Handhabe der Strategie des Pentagon, das einem großen Teil der lateinamerikanischen Militärkreise die sogenannte Philosophie der nationalen Sicherheit suggeriert hat: Der Krieg gegen den inneren Feind (lies: der bewaffnete Kampf gegen das eigene Volk) sei die geheiligte Mission der Streitkräfte. Diese stehen im Dienst transnationaler Konzerne und der nationalen Großbourgeoisie, stützen mit ihren Bajonetten faschistische, faschistoide und extremrechte Regimes und liquidieren alle Errungenschaften des Volkes.

In Chile wurden nach dem Umsturz sofort die Reformen der Unidad Popular annulliert. Seit dem Tod Präsident Allendes sind sieben Jahre vergangen, aber die Junta hat noch immer Angst vor ihm. In seiner Familiengruft auf dem Friedhof Santa Inés in Viña del Mar gibt es nicht einmal ein bescheidenes Schild mit seinem Namen. Aber Blumen sind immer da. Das sind verbotene Blumen, denn die Polizei nimmt jeden fest, der einen Rosenstrauß oder ein paar Herbstzeitlose niederlegt. Aber die Henker können das Volk Allende nicht vergessen machen.

Für die Chilenen ist Corvaláns Rede gegenwärtig deshalb besonders wichtig, weil sie eine tiefschürfende Analyse der Lage liefert und deutlich die Einstellung der Revolutionäre zu Pinochets Referendum zeigt. Mit dieser Farce will der Anführer der faschistischen Junta eine angebliche Verfassung einführen und das faschistische Regime zumindest bis Ende des 20. Jahrhunderts legalisieren.

Einen Monat früher ließ Pinochet in der Zeitung „Diario Oficial" sein Dekret Nr. 3464 veröffentlichen. Darin wurde im voraus das vom Militär ausgearbeitete Dokument gutgeheißen, das der Diktator ohne falsche Scham eine „Verfassung der Freiheit" nannte.

Welche praktischen Resultate wird das Inkrafttreten der neuen Verfassung haben? Was geschieht sechs Monate nach dem „Referendum", d. h. am 11. März 1981? Werden bis dahin Präsidentschaftswahlen ausgeschrieben sein? Nein. An diesem Tag wird Pinochet sich selbst für weitere acht Jahre zum Präsidenten der Republik ernennen. Damit nicht genug, behält sich die Junta das Recht vor, die Kandidatur des Präsidenten auch für die weitere Amtszeit, ab 1989, zu nominieren. Der Kandidat ist bekannt: Pinochet, und zwar bis 1997. Er sagt übrigens offen, falls er am Leben und das Glück ihm hold sein werde, wolle er sein Mandat bis 2005 verlängern. Ohne sich zu zieren, sagte er, eine kürzere Zeitspanne genüge nicht, „um mit der Verwirklichung der großen Aufgaben zu beginnen, die ständigen festen Willen erfordern".

Der Diktator hatte den Trick mit dem Referendum schon benutzt, nämlich am 4. Januar 1978. Jetzt wiederholt er ihn, ohne Wahllisten, die auf Anweisung der Junta nach dem Umsturz verbrannt wurden, ohne das übliche Verfahren, das Fälschungen bei der Stimmenzählung verhindern könnte. Zudem hat das Regime der Tyrannei faktisch alle Massenmedien für seine Propaganda monopolisiert. Welches rechtmäßige zivile Referendum konnte in einem Land abgehalten werden, wo alle Rechte aufgehoben sind und der von Pinochet kultivierte Terror offizielle Politik ist?

Aber die innere Krise des Regimes wird immer deutlicher. Die Gegensätze zwischen zwei Gruppen — den „Harten" und den „Aperturistas", die sich demagogisch gemäßigt nennen — verschärfen sich. Die Absetzung General Odlanier Menas, Chef der Staatssischerheit, und General Ernesto Baezas, Chef der Straforgane, steht im direkten Zusammenhang mit den Kollisionen zwischen beiden Gruppen. Pinochet gilt als der härteste der „Harten". Er zieht es vor, auf diesem Posten Männer zu haben vom Schlage eines Generals Contreras Sepúlveda, ehemals Chef der DINA (so hieß die chilenische Geheimpolizei bis in die jüngste Zeit). Die DINA hat auf Befehl des Diktators mehr als 100 000 Menschen verhaftet bzw. zu Tode gefoltert.



Polizisten sprengen eine Demonstration im Zentrum von Santiago de Chile, am St.-Salvador-Dom.
Foto: „Oclae"

Grausamkeit geht Hand in Hand mit Habgier. In der chilenischen Presse las man vor kurzem von der „Gaunerei des Jahrhunderts", durch die der Staat einen Schaden von Dutzenden Millionen Dollars erlitt. Wie sich herausstellte, ging dabei eine Gruppe unter dem blutigen General Contreras als Vertrauensmann Pinochets vor. Zusammen mit seinen Gehilfen in der DINA Eduardo Romero und Manuel López gründete er eine „harmlose" Handelsgesellschaft und tätigte fiktive Geschäfte mit dem Verkauf von Kupferschrott ans Ausland. Seinem Umfang nach war

dieser Export größer als die Sierra San Cristóbal, die Santiago überragt. Die nichtexistenten Geschäfte wurden vom nationalen Schatzamt bezahlt. Das Geld kam auf das Konto von Menschen, die, obwohl noch als lebendig geführt, dieses Geld nicht mehr abheben konnten. Manuel López leitete in der DINA die Abteilung, die Ausweise und Reisepäße ausstellte. Die Handelsgesellschaft „Unión Trading Limitada" ging wie folgt vor. Sie nahm politische Gegner fest, ließ sie foltern und umbringen, worauf sie sich ihrer Dokumente bemächtigte, um Millionen für fiktive Verkäufe einzuheimsen. Der große russische Dichter Gogol hat etwas Ähnliches in seinen „Toten Seelen" geschildert. Wenn aber Tschitschikow die „toten Seelen" kaufte, ist Contreras schlauer: Er produziert sie serienweise, er handelt mit seinen Opfern. Gemeinsam mit Pinochet dehnt er diesen Handel mit dem Tod auch auf andere Länder aus.

Die von Hunger und allgemeiner Not hervorgebrachte Korruption bereichert die Todesfabrikanten. Die Diktatur beabsichtigt, durch das Pinochet-Referendum eine solche Sachlage verfassungsmäßig zu verewigen. Was bringen die Zustände, die die neue Verfassung legalisieren soll, dem chilenischen Volk? Eine Arbeitslosigkeit, die, proportional gesehen, höher als in Westeuropa und den USA ist. Konzentration schwindelerregender Reichtümer in den Händen einiger weniger Ausbeuter. Äußerstes Elend der werktätigen Massen.

Aber das Volk Chiles will nicht unter der Macht der Junta leben, will nicht diese Zustände dulden. Es verlangt eine reale und repräsentative Demokratie, die Einstellung der Folterungen, Verbannungen und Morde.

Hervorgehoben sei, daß die Opposition sich in diesen sieben Jahren der düsteren Diktatur zu einer kampffähigen Massenkraft entwikkelt hat. Zu ihr gehören Kommunisten, Sozialisten, Radikale, die Arbeiter- und Bauernpartei MAPU, die Bewegung der einheitlichen Volksaktion, die Linke Christliche Partei, alle UP-Gruppen, die Christdemokraten und schließlich ehemalige Mitglieder der Rechtsparteien, deren Plattform nicht faschistisch ist.

Das Nationale Koordinationszentrum der Gewerkschaften entlarvte energisch den groben Betrug mit dem Referendum. Die „Gruppe 24", der bekannte Juristen und Vertreter der Intelligenz angehören, und das „Zentrum zum Studium der Verfassung" haben den Betrug aufgedeckt, mit dessen Hilfe man die Verbrechen der DINA moralisch rechtfertigen wollte. In einem Manifest verurteilten 119 Politiker, Gewerkschafter, Wissenschaftler und Universitätsprofessoren entschieden die Referendum-Farce. Ihnen schlossen sich katholische Bischöfe an.

Bemerkenswert: Kurz vor dem Referendum gingen die Chilenen auf die Straße, es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Am Abend des 27. August versammelten sich 50 000 Personen, die Straforgane herausfordernd, vor dem größten Theater von Santiago, „Caupolican", wo die ganze Opposition vertreten war. Der Versammlung wohnten übrigens „enttäuschte" Pinochet-Leute bei, z. B. zahlreiche Verkehrsangestellte, aus deren Verschulden das Leben des Landes unter Allende lahmgelegt wurde.

Die Proteste und Volksaktionen angesichts der Absicht der Junta, den Chilenen eine „autoritäre Demokratie" aufzuzwingen, werden zweifellos weittragende Folgen haben. Sie künden vom Abschluß eines Stadiums und vom Beginn eines neuen im Kampf des chilenischen Volkes. Wie Corvalán sagte, könne nach dem Referendum keine Rede von einer Evolution des Regimes sein, von der manche träumten. Das Volk Chiles, alle demokratischen Kräfte stehen gegenwärtig vor dem Dilemma: entweder sich unterzuordnen oder mit allen Mitteln die Befreiung zu erzwingen. Wir zweifeln nicht daran, fügte er hinzu, daß das Volk den Weg dazu finden wird. Pinochet wird sich keinesfalls an der Macht halten, solange er will.

Die Entschlossenheit und Energie, mit der das Volk heute der Diktatur Widerstand leistet, zeigt, daß der Tod Allendes und das von allen Opfern vergossene Blut nicht vergebens waren. Das Volk hat keine andere Wahl als zu allen Kampfmethoden, darunter zur organisierten Gewalt, zu greifen, um sein Recht auf Brot, Freiheit und Leben zu verteidigen. Das wäre der Sinn des beginnenden neuen Kapitels in der Geschichte Chiles. ■

MIT FREMDER BRILLE

Es kommt vor, daß sich den Kolporteuren antisowjetischer Erfindungen überraschend Politiker anschließen, die sich sonst als reif und erfahren bewährten. Der philippinische Außenminister Romulo erklärte unlängst im Fernsehsender von Manila: Die UdSSR könne daran interessiert sein, ihren Einfluß im Nahen Osten und in Südasien „zwecks Beherrschung von Rohstoffvorräten" in diesen Regionen zu erweitern.

Romulo, der vor kurzem aus Washington zurück ist, müßte doch genau wissen, daß nicht die UdSSR, sondern die USA dort eine Expansionspolitik betreiben, übrigens mit Hilfe der USA-Stützpunkte auf den Philippinen. Trotzdem sekundierte er der USA-Propaganda in ihren Behauptungen von der „sowjetischen Expansion". Unter Anlehnung an das Vokabular Sicherheitsberater Brzezinskis erklärte der Minister, die Entwicklung in Afghanistan hätte „den Krisenbogen" in Asien weiter gespannt, und die Westmächte wären außerstande, „bis zum Abschluß der Präsidentschaftswahlen in den USA" dem etwas entgegenzuhalten.

Was hat Romulo zu solchen Äußerungen veranlaßt! Nun, ihm mißfällt das neue sowjetisch-vietnamesische Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Prospektierung und Gewinnung von Erdöl und Erdgas auf dem Kontinentalschelf der SRV: Es würde „die sowjetische Präsenz im Südchinesischen Meer" erweitern.

Der Eindruck entsteht, daß der philippinische Minister die Welt durch eine Kalte-Krieg-Brille sieht, die man ihm in Washington verschrieben hat. Zumindest merkwürdig ist, daß der Minister eines Landes, das um eine selbständige Außenpolitik bemüht ist, so kurzsichtig ist.

Hoffentlich widerspiegeln seine antisowjetischen Worte nicht den offiziellen Standpunkt der philippinischen Regierung. Bisher hat sich diese ja für freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten, auch zur UdSSR, auf der Basis der friedlichen Koexistenz eingesetzt.

K. NEWSKI

Für Gott und Teufel und den Drachen

MISSIONARE IM DIENST DER CIA

Die Lage im nordöstlichen Indien, wo es immer wieder zu regierungsfeindlichen, mitunter eindeutig separatistischen Ausschreitungen kommt, rufen in breiten demokratischen Kreisen des Landes ernste Besorgnis hervor. Über die Ursachen der Unruhen hat NZ bereits berichtet (22/1980). Die indische Presse veröffentlicht immer mehr Material, daß u. a. bezeugt, welche Rolle dabei US-amerikanische christliche Missionare spielen, die sich in den nordöstlichen Staaten Indiens niedergelassen haben.

Delhis Wochenblatt „Link" bezeichnet die Missionare als hochaktive Agenten der CIA. Die Missionarschulen wurden im Grunde genommen zu Ausbildungsstätten des US-Geheimdienstes. „Die Verkündiger des Gottesworts", hebt die Zeitschrift hervor, betätigten sich in den nordöstlichen Gebieten als ausgemachte Diversanten, womit sie zum Anheizen der separatistischen Stimmungen und zur Destabilisierung der Situation im Lande insgesamt beitragen.

Von Kontakten der US-Missionare zu Geheimdiensten weiß man seit dem zweiten Weltkrieg. Der indische Journalist D. P. Shukla hatte seinerzeit in der Broschüre „CIA in Asia" geschrieben, daß im Sommer 1943, als die japanische Armee an der indischen Grenze stand, in den undurchdringlichen Dschungeln Assams ein Ressort des US-Geheimdienstes mit etlichen Ausbildungsstätten etabliert wurde. Wesentliche Unterstützung dabei leisteten Missionare, die die örtlichen Verhältnisse gut kannten.

Zu jener Zeit war das durch den Krieg mit dem militaristischen Japan gerechtfertigt. Doch die Missionare hielten sich keineswegs in diesem Rahmen, sondern bereiteten vor allem die Positionen der USA für jene nahe Zeit vor, da Indien, wie das bereits klar war, die Unabhängigkeit erlangen würde. Nicht zufällig wurde der Hauptraum ihres Treibens das strategisch wichtige und politisch instabile Territorium an der Grenze Indien—China—Burma, das mit verschiedenen Stämmen, darunter den Naga, besiedelt war. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Missionare einen bedeutenden Teil der einheimischen Bevölkerung bereits zum Christentum, genauer zum Baptismus, bekehrt, da sie meist Abgesandte der US-amerikanischen Baptistensekte waren.

Kurz vor Verkündung der Unabhängigkeit Indiens am 14. August 1947 veranlaßten die Missionare in den Bethäusern die Einheimischen, getrennt einen Unabhängigkeitstag der Naga zu begehen. So wurde der Aufstand von Angehörigen dieses Stammes provoziert mit dem Zweck, diesen Raum von Indien zu trennen und ihn zum „ersten christlichen Staat" in Südasien auszurufen. Bald schon nahmen bewaffnete, von US-Missionaren „getaufte" Separatistentrupps breitangelegte militärische Operationen in Nagaland auf. Nicht umsonst wurden sie lange als „Waldbaptisten" oder, nicht weniger richtig, als „Allan-Dulles-Boys" bezeichnet.

Mitte der 60er Jahre kam es nach und nach zur Entlarvung der Wühltätigkeit der überseeischen Missionare. Vielen wurde die Tür gewiesen. Im Oktober 1968 wurde die US-amerikanische Missionarin Hazel Morris festgenommen, die sich seit vielen Jahren in Assam eingenistet hatte. Doch nicht dort wurde sie ergriffen, sondern in einer Ortschaft von Nagaland, wo sie sich illegal aufhielt, um für die Lostrennung des Staates von Indien zu agitieren.

Ende April d. J. tauchte im Staat Manipur der US-Amerikaner L. Smith auf, der sich bis dahin „gottgefällig" in Bangladesh betätigt hatte. Der Besuch dieses „Predigers" und CIA-Agenten, schrieb „Link", fiel zeitlich mit den zahlreichen Ausfällen der Meuterer zusammen, bei denen es Menschenleben und beträchtlichen Sachschaden zu beklagen gab.

Sehr bekannt in Indien wurde der Missionar Li Rose, ein US-Amerikaner chinesischer Abstammung. Aus der indischen Zeitung „Peoples Democracy" geht hervor, daß er der Urheber des berüchtigten Planes zur Gründung der „Himalaja-Föderation" unter Protektorat der USA und Chinas ist. In diesem Marionettenstaat wollte der Prediger anfangs Nepal, Bhutan und den indischen Staat Sikkim aufnehmen, ihm danach andere Gebiete Indiens anschließen, die von „zum christlichen Glauben" bekehrten Völkerschaften bewohnt sind.

Die wahren Hintergedanken der US-Strategen verriet vor kurzem „Newsweek". Im Heft vom 26. Mai brachte das Magazin eine Karte, auf der die indischen Staaten Assam und Sikkim als Einzelstaaten gekennzeichnet sind. Die indische Öffentlichkeit bewertete diese Publikation als „Akt einer kartographischen Aggression".

Parallel (oder eher koordiniert) mit den amerikanischen Agenten werden die regierungsfeindlichen Aktionen der separatistischen Gruppierungen im Nordosten Indiens auch von Peking unterstützt. Es verfolgt das gleiche Ziel wie Washington: einen neuen „Staat" in diesem Raum zu bilden. Das Magazin „Blitz" (Bombay) versichert, China wolle schon seit langem „zum Indischen Ozean vorstoßen". Das gestattete ihm eine aktivere Politik der Druckausübung und der Erpressung auf die Staaten Südasiens.

Daß China und die USA ihre Wühltätigkeit gegen das unabhängige Indien abstimmen, beweisen mehrere Fakten. „Peoples Democracy" meldete, US-amerikanische Missionare dienten gewissermaßen als Geistliche in Sonderlagern, wo die aufständischen Separatisten eine militärische Ausbildung unter Anleitung von chinesischen Instrukteuren erhalten.

Nachdem 1977 eine Reihe von Fällen bekannt geworden war, in denen der US-Geheimdienst kirchliche Vertreter zu Spionage- und Wühlzwekken benutzt hatte, beschloß der US-Senat eine Sonderverfügung, die eine derartige Praktik untersagte. Aber bereits ein Jahr später schickte Washington in seine Botschaft in Delhi ein Rundschreiben für die CIA, in dem, wie das indische Wochenblatt „Current" schrieb, den im Lande tätigen Missionaren erneut eine besondere Rolle zugeteilt wurde. Das bestätigte auch der stellvertretende CIA-Direktor Carlucci Anfang d. J. vor dem Untersuchungsausschuß des Senats zu Geheimdienstfragen. Er äußerte u. a., seine Behörde nehme ständig „Dienste" der Missionare in Anspruch. Schließlich ließ man die Maske ganz fallen, und der Senat billigte im Juni einen Gesetzentwurf, der offiziell das Verbot aufhob, Missionare als „Agenten und Informanten der CIA" einzusetzen.

Damit erhielten die Missionare den offiziellen Segen Washingtons, gleichzeitig Gott, dem Teufel und eventuell auch dem Drachen zu dienen...

J. GOTLOBER

Der Schwur von Lang Son

Von unserem Sonderberichterstatter Juri TAWROWSKI

Ununterbrochen spuckt der Fernschreiber sein Band aus. Sein Hämmern klingt wie Gewehrschüsse. Ich nehme die Meldung der vietnamesischen Nachrichtenagentur und lese eine Zusammenfassung von der Lage an der chinesisch-vietnamesischen Grenze: „... chinesischer Zug überschritt Grenze und drang in den Raum Van Lang, Provinz Lang Son, ein... Der chinesische Zug legte einen Hinterhalt im Kreis Cao Loc, Provinz Lang Son, mehr als 300 Meter hinter der Grenze an... Über 100 chinesische Soldaten überschritten die Grenze und besetzten ein Reisfeld in der Kommune Hanh Thanh, Provinz Lang Son, Kommune-Einwohner drängten sie vom vietnamesischen Territorium zurück..."

Nur für einen Moment schließe ich die Augen, da projiziert mein Gehirn auf irgendeine innere „Leinwand" die sanften Hügel von Lang Son, die Gesichter der Bewohner dieser Grenzprovinz, die ich vor kurzem besucht habe.

Bewaldete Hügel und Berge tauchen nach etwa drei Stunden Fahrt an der Chaussee Hanoi-Lang Son — Hauptstadt der Provinz — auf. Die Reisfelder der Niederung reichen dicht an die Berge heran, möchten mit ihnen in ihrem schillernden Grün wetteifern. Noch 10 bis 15 Minuten Fahrt und die wasserbedeckten Reisfelder hören fast auf, die Straße stößt an die mächtigen Bergrücken. Zur Bearbeitung geeigneten Boden gibt es hier sehr wenig, doch wird jedes Stückchen ausgenutzt. An manchen Stellen sind die Hänge der Berge mit gefällten Baumstümpfen übersät, dazwischen Flächen mit „trockenem" Reis, der nicht so viel Wasser braucht. An den Bachufern kleine sumpfige Reisfelder, ein bißchen weiter Tabak und Mais. Die Menschen tragen eine für den Ankömmling aus Hanoi ungewöhnliche Kleidung: blaue Jacken und Hosen, um die Köpfe sind schwarze Tücher geschlungen. In der Provinz Lang Son leben zehn verschiedene Nationalitäten: Nung, Tay, Meo, Hoa (ethnische Chinesen), Dao und andere. Die Kinh, wie sich die Vietnamesen selbst nennen, stellen lediglich rund 15% der Bevölkerung.

Wo die Berge auflappen, drängen sich Strohhütten. Eigentlich sind es große aus Stroh geflochtene Schildmatten, aus denen dann die Wände gemacht werden, als Balken dienen dicke Bambusrohre. Ich bat den Fahrer anzuhalten und besah mir aufmerksam die Häuser dieser ungewöhnlichen Siedlung.

„Hierher wurden Bewohner der Kleinstadt Dong Dang umgesiedelt, die nur 5 km von der Grenze entfernt liegt", erklärte mir der Mitarbeiter des Komitees für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland, Genosse Trinh. „Während der vorjährigen Aggression der chinesischen Truppen wurde diese Stadt praktisch ausgelöscht. Man hielt ihre Wiedererrichtung für unzweckmäßig, sie hätte nur eine zu gute Zielscheibe abgegeben. So mußten die Leute tiefer ins Land hinein umziehen und sich an einem neuen Ort seßhaft machen..."

Es nieselte ein wenig, doch die Frauen und Greise knüpften, in der Hocke sitzend, weiter an ihren Strohmatten, befestigten sie mit Bambusstämmchen und überzogen sie mit Lehm. Daneben rauchte ein Ofen, in dem Ziegelsteine und Dachziegel gebrannt wurden. Die Arbeiter dieses improvisierten Häuserbaukombinats erläuterten, Schule und Krankenhaus in der Siedlung wollten sie aus Ziegeln errichten. Hinter den Häusern entlang des Weges waren frischgepflügte Reisfelder erkennbar — die Ernte war eingebracht und man mußte sich nun um die zweite Aussaat kümmern.

Wir fahren an noch einigen Umsiedlerdörfern vorbei und erreichen die ersten Häuser von Lang Son. Der Wagen macht vor dem Gitter eines einstöckigen Hauses halt, das im Rot hochaufgeschossener Akazien geradezu ertrinkt. Die Vietnamesen nennen diese Bäume „Phu". Hier empfängt uns der stellvertretende Vorsitzende des Volkskomitees der Provinz, Genosse Be Kim Thi.

„Bao ve to quoc"

„Vor allem möchte ich ihnen unsere Stadt oder besser das, was von ihr übrig ist, zeigen. Gleichzeitig werden wir noch irgendwohin gehen", sagt Genosse Thi.

Langsam rollt der Wagen an Ruinen vorüber. Umgestürzte, ausgebrannte Eisenbahnwagen kennzeichnen den Ort, wo einst der Bahnhof war. Traurig der Anblick einer Mauer der katholischen Kirche, noch vor kurzem eines der schönsten Bauwerke Lang Sons. Nicht weit von der Brücke über den Fluß Ky Cung, die von den Chinesen gesprengt wurde, steigen wir aus. Wohin wir auch blicken, Häuser ohne Dächer mit eingefallenen Mauern. Doch ist die Stadt keineswegs eine leblose Wüste geworden, wie das jene gewollt hatten, die den verbrecherischen Befehl gaben, Lang Son auszuradieren. Die Einwohner sind zurückgekehrt, haben sich in den einigermaßen bewohnbaren Gebäuden so gut es ging eingerichtet. Durchschüsse in den Mauern wurden mit Stroh und Bambusmatten abgedichtet, die Fensteröffnungen weisen statt Glas Strohgeflechte auf, die an Fensterläden erinnern.

Direkt am Ufer des Ky Cung ein kleiner Laden. Auf einer umgestülpten Kiste liegen ein paar Schachteln Zigaretten, steht eine Petroleumlampe ohne Zylinder, damit die Käufer ihre Zigaretten leichter anrauchen können. Hier kann man etwas essen und Tee trinken. Ich trete ein und frage die Verkäuferin: „Wo haben sie vor dem chinesischen Überfall gewohnt?"

Die Frau wird ein bißchen unsicher und taucht irgendwo im Hintergrund unter. Bald darauf erscheint ein ehrwürdiger, weißbärtiger Greis, ihr Vater, der 80jährige Dang Hui Qiong. Er streicht sich den Bart, läßt mich Platz nehmen und erzählt:

„Dort haben wir gewohnt, gegenüber. Die Chinesen haben unser Haus zerstört, und da mußten wir diese Hütte hier bauen. Als wir im Januar aus der Evakuierung zurückkamen, erkannten wir nichts mehr wieder. Alles kaputt. Die Sachen, die wir uns in so vielen Jahren angeschafft hatten, haben sie uns gestohlen, sogar die Eisenbetten..."

„Haben sie keine Angst, so ein paar Kilometer entfernt von der Grenze zu leben? Fürchten sie keinen neuen Überfall?"

„Uns Vietnamesen kann kaum mehr etwas erschrecken", antwortet Dang Hui Qiong. „Außerdem haben wir uns überzeugt, daß diese chinesischen Horden sich an unseren Bergen scheitern."

Ich richtete meine Frage auch an Arbeiter des Elektrizitätswerks der Stadt. Auf dem mit Kohlenstaub bedeckten Hof kamen etwa 10 Leute zusammen, die sich lange nicht einig werden konnten, wer mit dem ausländischen Berichterstatter reden sollte. Schließlich trat ein schlanker junger Mann in ausgeblichener Uniform ohne Rangzeichen vor. Es war Nguyen Van Bang, 23 Jahre, Elektriker. Seine schwarzen Augen blitzten listig unter dem Korkhelm hervor.

„Schauen sie, dort," sagte er und wies auf ein Spruchband über dem Eingang zum Maschinensaal. „Hier steht: ‚Bao ve to quoc!' (Die Heimat

verteidigen!) Da haben sie die Antwort. Wir fürchten den Feind nicht. Alle Angehörigen der Wehrtrupps haben an Kämpfen mit Chinesen teilgenommen. Unsere Maschinengewehre und Granaten haben am 28. Februar 1979 gute Dienste geleistet, als die Chinesen an unser Kraftwerk heranrückten. Und obwohl wir uns zurückziehen mußten und sie unser Kraftwerk außer Betrieb setzten, haben wir keine Angst. Jetzt läuft es wieder, wenn auch nicht mit voller Leistung. Mit Hilfe der Ingenieure aus Hanoi werden wir schon alles in Ordnung bringen, und auf neue Provokationen sind wir besser als im vergangenen Jahr vorbereitet..."

Kanonen und Gitarren

Die Aufschrift „Bao ve to quoc!" fand ich über dem Eingang zu einem Lehmhaus am Fuß des Grenzgebirges wieder. Es beherbergte den Stab eines Artillerieregiments. Ich unterhielt mich mit Oberleutnant Vu Xuan Thanh, Kommandeur der Wehrverbände, die dem Artillerieregiment unterstellt sind. Der kleine Thanh trägt eine Bluse mit drei Sternchen auf rotem Grund. Er spricht abgerissen, saugt ununterbrochen an seiner Zigarette.

„Unsere Einheit war am Zurückschlagen der chinesischen Aggression beteiligt", beginnt er, wobei er mir eine Piale mit Tee reicht. „Wir haben fünf Angriffe abgewehrt und 505 chinesische Soldaten bei Dong Dang vernichtet. Jetzt bewachen wir die nördlichen Zugänge zu Lang Son. Es gibt viel zu tun. In unsere Einheit sind junge Soldaten gekommen, die den Platz der Gefallenen eingenommen haben und auch Soldaten ersetzten, die sich besonders ausgezeichnet hatten und die wir an die Offiziersschule delegiert haben. Am wichtigsten ist die erhöhte Kampfbereitschaft. Wenn die Chinesen wissen, daß wir immer auf dem Sprung sind, wird ihnen die Lust schon vergehen. Kurz, wir nehmen ihnen den Wunsch, ‚Lektionen zu erteilen'".

„Was denken sie von den chinesischen Soldaten?"

„Die Chinesen haben irgendwie wirr gekämpft. Sie haben veraltete Waffen und eine unmögliche Taktik. Jetzt ist nicht die Zeit Tschingis Khans, die bloße Übermacht tut es da nicht..."

Auf Einladung des Oberleutnants besuchen wir die Stellungen der Einheit. Wir sehen mit Tarnnetzen abgedeckte Schützengräben und Reservestellungen. In der Nähe der aus Stroh erbauten Kasernen hacken Soldaten Gemüsebeete. Etwas weiter spielen jungen Soldaten Gitarre und ein Mädchen in Zivil begleitet sie auf einem Akkordeon. Ein paar andere Soldaten singen dazu.

„Das ist unser Stolz. Wir sind Sieger im Provinzwettbewerb für künstlerisches Laienschaffen", sagt Genosse Thanh, der mich mit den Musizierenden bekannt macht. „Unser Dienst ist nicht leicht und gefährlich. Was könnte schöner sein, als nach der Ausbildung und der Wache Musik zu hören! Selbst als wir den chinesischen Angriff zurückschlugen, fanden die Soldaten Zeit, gemeinsam zu singen. Übrigens, alle Mitglieder des Regimentsensembles sind Beste in der Gefechtsbereitschaft".

Die Heimat aller — Vietnam

Nach Lang Son zurückgekehrt, treffe ich wieder mit Be Kim Thi zusammen.

„Jetzt können wir uns eingehender über die Lage in der Provinz unterhalten", sagt er, während er die Zigarettenasche abstreift. „Das eine und andere haben sie selbst schon gesehen, aber nicht nur Lang Son hat ja gelitten, auch andere Städte der Provinz und Dutzende Dorfgemeinden sind zerstört. Peking hatte seinen Truppen den Auftrag gegeben, Lang Son in den ersten 48 Stunden der Aggression einzunehmen. Tatsächlich aber brauchten sie 16 Tage, um 19 km Gebirgswege von der Grenze nach Lang Son zurückzulegen. Einige Tage dauerten die Kämpfe in der Stadt selbst an. Allein dabei verloren die Chinesen rund 20 000 Soldaten und Offiziere. Daß der



ursprüngliche Plan nicht aufging, brachte den Aggressor auf und die Chinesen ließen ihre Wut an den Vietnamesen aus, die nicht rechtzeitig evakuiert werden konnten. Planmäßig raubten sie die Stadt aus und zerstörten sie. In vier Tagen der Okkupation wurden in der Stadt 565 Personen umgebracht, unter ihnen 226 Frauen und 113 Kinder. Über 800 Personen wurden nach China verschleppt. Von vielen wissen wir bis heute noch nichts. 22 Betriebe, 5 Krankenhäuser, 20 Schulen, 72 Kindergärten wurden zerstört. 400 000 m² Wohnraum, etwa ein Drittel des gesamten Wohnraumfonds der Provinz, wurden vernichtet. Den Bauern hat der Feind fast 6000 Rinder weggetrieben."

Ich frage den Genossen Thi, was sich in der Provinz seit der Beendigung der chinesischen Aggression verändert hat. Wie leben die Menschen jetzt, wie kommt die Wirtschaft in Gang?

„Ich bin ein alter Soldat und Bauernsohn. Ich weiß, was es heißt, das Leben auf einem Schutthaufen neu zu beginnen. Die Einwohner von Lang Son sind nicht zu einer Belastung für den Staat geworden. In den vergangenen Monaten haben sie die Agrarproduktion zu 95% wiederaufgenommen. Was die Industrie anbelangt, machen ihre Erzeugnisse gegenwärtig etwa 80% des Standes von 1978 aus. 22 Großbetriebe und ein Kraftwerk wurden wiedererrichtet, eine provisorische Hängebrücke über den Ky Cung, der die Stadt in zwei Hälften teilt, geschlagen. Der Eisenbahnverkehr Lang Son — Hanoi läuft wieder und 82 km neue Geleise wurden verlegt. Die Krankenhäuser und Schulen, Kindergärten und Krippen wurden vordringlich aufgebaut. Mit staatlicher Hilfe bauen wir auch Wohnhäuser, obwohl die begrenzten Ressourcen uns zwingen, Mittel in erster Linie für die Werke, die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Kommunen bereitzustellen. Ich glaube, schon in nächster Zukunft wird sich die Wirtschaftstätigkeit endgültig eingespielt haben, aber was die Normalisierung des Lebens der Bevölkerung betrifft... Wir müssen in Reichweite der chinesischen

„Die Vietnamesen lassen sich nicht schrecken!" sagt dieser Einwohner von Lang Son.

Die Artilleristen halten nicht nur die Geschütze, sondern auch Musikinstrumente einsatzbereit.

Fotos des Verfassers



Geschütze leben, die 25 km tief nach Vietnam hineinfeuern können".

„Wie beurteilen Sie gegenwärtig die Lage in den Grenzbezirken?"

„253 km der vietnamesisch-chinesischen Grenze entfallen auf die Provinz Lang Son. Das ist sozusagen die Frontlinie. Die chinesische Seite stellt nicht einen Tag ihre Provokationen ein. Unser Territorium wird beschossen, Spähtrupps dringen ein, es gibt Überfälle.

Die ‚nördlichen Nachbarn' führen auch einen ‚psychologischen Krieg'. Sie werfen Flugblätter ab, auf denen sie drohen, fast jeden zu ermorden, wenn sich Vietnam nicht gefügig zeigt. Die Chinesen setzen viel daran, einen Keil zwischen die verschiedenen Nationalitäten in der Grenzprovinz zu treiben. Aber in der Regel sind diese Versuche erfolglos. Nur eine Handvoll Einwohner Lang Sons, hauptsächlich chinesischer Abkunft, haben im Frühjahr 1979 auf den Aggressor gehört. Die meisten Nung, Tay, Kinh, Dao und Angehörige anderer Nationalitäten haben auf Tod und Leben für ihre gemeinsame Heimat Vietnam gekämpft. Auch jetzt sind bei den Wehrtrupps Söhne und Töchter aller Nationalitäten. Ich möchte Ihnen ein paar Namen nennen. Die 19jährige Duan Thi Ning, der Nationalität nach eine Nung, hat vor kurzem zur Festnahme von fünf chinesischen Diversanten beigetragen. Sie versorgte sie mit einheimischer Kleidung, gab ihnen zu essen, und während sie sich in einer Scheune verbargen, lief sie zu einer Einheit und holte Soldaten herbei. Kommandeur der besten weiblichen Wehruntereinheit ist Trieu Mui Phei, ein Mädchen aus dem Stamm der Dao.

„Halten Sie einen neuen Überfall auf Vietnam für möglich?", frage ich Genossen Thi.

„Peking droht immer wieder, uns eine neue ‚Lehre zu erteilen'. Flugblätter mit diesen Drohungen erreichen uns auf kleinen Flößen oder fallen vom Himmel. Aber man beschränkt sich nicht auf Drohungen. Im Grenzstreifen errichten die Chinesen Stellungen für neue weitreichende Artillerie und legen Nachschubwege an. Ständig werden neue Truppen an die Grenze gezogen. Unter ihnen 20 Spezialbataillone aus Personen chinesischer Abstammung, die noch vor kurzem in Vietnam, u. a. auch in unserer Provinz, zu Hause waren." Nach einem kurzen Schweigen setzt Genosse Thi hinzu: „Natürlich läßt sich schwer erraten, was Deng Xiaoping und den anderen Pekinger Führern morgen einfallen wird. Aber wir sind auf jede Überraschung vorbereitet."

Lang Son—Hanoi—Moskau

INTERFERON–EIN LEBENSELIXIER?

Dieses Präparat aus Blut, genauer gesagt aus weißen Blutkörperchen gewonnen, findet seit langem Anwendung in der prophylaktischen und therapeutischen Medizin. Von besonderer Wirkung ist es bei der Bekämpfung von Grippe und anderen Virusinfektionen. In der Sowjetunion begann die Erforschung von Interferon 1958 im Laboratorium des Akademiemitglieds der AdW der UdSSR, Sinaida Jermoljewa, im Zentralinstitut für die Weiterbildung von Ärzten sowie im Forschungsinstitut für Epidemiebekämpfung und Mikrobiologie „N.F. Gamaleja" unter Akademiemitglied W. Solowjow.

In jüngster Zeit durchrauscht die westliche Presse ein wahrer „Interferon-Boom". Dem Mittel wird Wunderwirkung zugeschrieben, es wird bereits gegen Tumore und Leukämie angewandt.

Der bundesdeutsche „Spiegel" räumte Interferon vor kurzem neun Seiten und seinen Titel ein. Der Bericht wimmelt von Übertreibungen, z. B. „nicht für Gold und nicht für Diamanten wird gegenwärtig ein so hoher Preis verlangt und gezahlt", „ein Gramm Interferon kostet 100 Mio DM" und sei äußerst rar. „Der Spiegel" behauptet ferner, nur Finnland sei jahrelang der einzige Interferon-Lieferant gewesen und habe 250 000 Blutspender in Anspruch genommen — eine für ein so kleines Land offensichtlich übertriebene Zahl.

NZ-Mitarbeiter W. Rosen bat den Chef der Verwaltung zur Einführung neuer Arzneimittel und Medizintechnik im Gesundheitsministerium der UdSSR E. Babajan um einen Kommentar zu diesen Behauptungen. E. Babajan erläuterte, Interferon wird in der Sowjetunion seit langem hergestellt. Das Präparat wird rezeptfrei und zu einem durchaus angemessenen Preis in Apotheken gehandelt. Japan hat ein Patent zur Interferonherstellung von der Sowjetunion erworben, und die dortigen Ärzte wenden das Mittel weitgehend an. Die eingehende Erforschung dieses, vom Standpunkt der biologischen Aktivität interessanten Stoffes, der die Abwehrfunktionen des Organismus erhöht, geht jedoch weiter.

Mit Interferon beschäftigt sich heute hauptsächlich das Forschungsinstitut für Epidemiebekämpfung und Mikrobiologie „N.F. Gamaleja" unter Akademiemitglied W. Solowjow, den unser Mitarbeiter Rosen bat, auf den Leser interessierende Fragen zu antworten.

Prof. Solowjow, wann erfuhren Sie zum ersten Mal von Interferon?

1956 in London, damals besuchte ich das nationale Medizinische Forschungsinstitut, in dem der Interferon-Entdecker Isaacs arbeitete, der die Arbeiten bereits abgeschlossen hatte.

Stimmt es, daß das Mittel nur auf die Art von Säugetieren wirkt, aus deren Blut es gewonnen wird?

Das war die Annahme Isaacs. Später jedoch, schon nach seinem Ableben, wurde festgestellt, daß es hier keine strenge Artenspezifik gibt. Den Beweis dafür liefern vor allem die Arbeiten unseres Instituts. Wir konnten deutlich machen, daß aus Schweineleukozyten gewonnenes Interferon auch im Organismus anderer Tiere und, was am wichtigsten ist, im menschlichen Organismus wirkt.

Wann wurde das Mittel als Medikament erstmalig angewandt und bei welchen Erkrankungen?

Wir haben Interferon zum ersten Mal in der Weltpraxis zur Grippevorbeugung bei Menschen angewandt. Das war im Winter 1965/66. Seither verwenden wir es zunehmend zur Bekämpfung von Grippe und ähnlichen Erkrankungen.

Welche Institute beschäftigen sich bei uns mit Interferon und wie sieht die Herstellung aus?

An unserem Institut besteht ein Speziallabor zur Biosynthese von Interferon, das mein Kollege W. Kusnezow leitet. Die Großherstellung wurde mit unserer Hilfe weiter an anderen Instituten, in Perm, Ufa, Tbilissi, Tomsk, Wyschni Wolotschok organisiert. Auch in anderen Städten wird die Herstellung vorbereitet.

Für medizinische Zwecke bestimmtes Interferon wird aus weißen Blutkörperchen menschlicher Blutspender gewonnen. Außerdem findet das sogenannte heterogene Interferon Anwendung, das wir aus Schweineblut gewinnen. An diesem Mittel ist auch unsere Tierzucht interessiert, da es sich bei schweren Erkrankungen von Jungtieren als wirksam erwiesen hat. Hergestellt wird auch Interferon aus Rinderblut zur Behandlung von Kälbern Die Anwen-



So sieht eine Schachtel mit sowjetischem Interferon aus, sie enthält fünf Ampullen mit dem Präparat, das zur Grippevorbeugung und bei anderen Erkrankungen der Atemwege eingesetzt wird.

dung sowohl des Schweine- wie auch des Kuhinterferons zur Heilung von Jungtieren ist eine Priorität der sowjetischen Forscher.

Im Ausland wie bei uns wird die Gewinnung von Interferon aus Fibroplast (Zellen von Bindegewebe) entwickelt. Das erlaubt eine geringere Inanspruchnahme menschlicher Blutspender.

Wird in der Sowjetunion Interferon zur Behandlung von Krebserkrankungen eingesetzt?

Seit 1974 gibt es onkologische Forschungen zur Anwendung von Interferon bei Tieren unter Laboratoriumsbedingungen. Die Versuche haben gezeigt, daß das Präparat auf die Zellen von bösartigen Geschwulsten wesentlich intensiver als auf die gesunden Kontrollzellen wirkt. Ferner wurde Interferon in der Kinderabteilung für Leukämie des Onkologischen Zentrums der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR unter Prof. Machonowa eingesetzt. Hinsichtlich anderer Tumorformen wurden die Beobachtungen eben erst aufgenommen.

Weiß man im Westen von den sowjetischen Forschungen und von der Anwendung dieses Mittels als Arzneipräparat?

Das weiß man gut. Beispielsweise wurde bereits 1973 in den USA meine ziemlich umfangreiche Studie in englisch herausgebracht. Sowjetische Arbeiten werden in Dokumentationen verschiedener internationaler Konferenzen und Symposien, die den Interferon gelten, veröffentlicht. So erschien 1980 in den USA eine Dokumentation, die drei sowjetische Referate enthält.

Haben unsere Vertreter an solchen wissenschaftlichen Konferenzen teilgenommen?

Ja. Ich konnte beispielsweise im Oktober 1976 an einer internationalen Konferenz in Jugoslawien teilnehmen. Zu einer kürzlichen Konferenz in den USA fuhren zwei unserer Mitarbeiter. Ende September wird in Lwow ein internationales Symposium stattfinden.

Unterhalten sowjetische Forscher auch andere Kontakte zu ausländischen Wissenschaftlern und medizinischen Einrichtungen, außer den Begegnungen auf Konferenzen?

Aber selbstverständlich. So stehe ich im Briefwechsel mit dem Direktor des bundesdeutschen Max-Plank-Instituts, Westphal, mit dem jugoslawischen Akademiemitglied Drago Ikič und anderen Kollegen. Vor kurzem kehrte Kollege Kusnezow aus Helsinki zurück, wo er zwei Wochen im Laboratorium Dr. Cantells gearbeitet hatte.

* * *

Also wurde Interferon zum ersten Mal in der Sowjetunion zur Therapie bei Menschen angewandt. Und zum ersten Mal wurde eben bei uns eine so umfangreiche industriemäßige Herstellung aufgenommen, wie es sie in keinem kapitalistischen Land gab. Sowjetische Wissenschaftler haben auch die wichtige Erkenntnis gemacht, daß das aus Schweineleukozyten gewonnene Interferon auch im menschlichen Organismus wirkt.

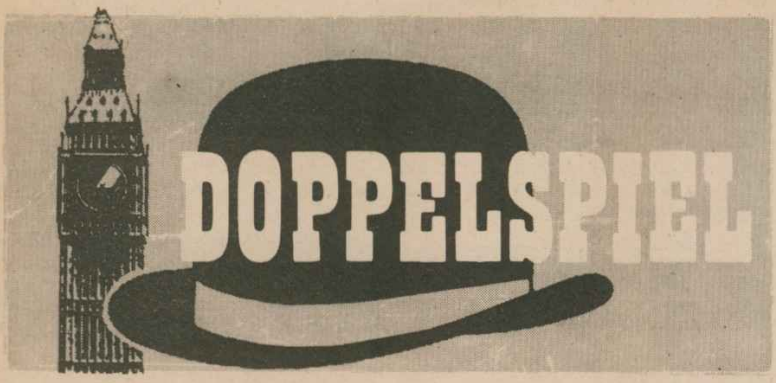
Die Forschungen im onkologischen Bereich wurden in der Sowjetunion bereits vor sechs Jahren eingeleitet, und man hofft heute auf Interferon bei der Heilung von Leukämie bei Kindern. Schließlich — und das ist sehr wesentlich — wurde in unserem Land die Anwendung von Interferon in der Viehzucht aufgenommen.

Es ist klar, daß diese Tatsachen, wenn nicht alle, so doch die meisten, den bundesdeutschen Medien gut bekannt sind. Davon mußte „Der Spiegel", der sein Material sorgfältig in vielen Ländern zusammenträgt, ebenso wissen, wie „Bild" und „Frankfurter Rundschau", die sich zum Thema Interferon ebenfalls ausließen und genauso die Rolle der sowjetischen Wissenschaft zu erwähnen „vergaßen". In der ganzen Aufzählung von Namen, Firmen und Ländern des „Spiegel" wird kein einziges Mal auch nur ein sozialistischer Staat oder der Name eines sowjetischen Wissenschaftlers erwähnt. Genauso verschweigen „Bild" und „Frankfurter Rundschau" die sowjetischen Arbeiten. Das geschieht völlig bewußt und gehört zu den üblichen antisowjetischen Ausfällen von „Spiegel", „Bild" und anderen bundesdeutschen Presseorganen.

Man könnte noch hinzufügen, daß die Veröffentlichungen in der bundesdeutschen Presse offenbar den Sensationsrummel um Interferon in der BRD und in einigen anderen kapitalistischen Ländern anheizen wollen, womit sie dazu beitragen, die Preise hochzuschrauben. Das ist übrigens typisch für den Westen, wo der Verkauf von Arzneimitteln und auch die Behandlung von Kranken zu einem gewinnträchtigen Geschäft werden. Jedoch sollte man feststellen, daß es noch zu früh ist, irgendwelche endgültigen Schlüsse für die Anwendung von Interferon in der Medizin, insbesondere in der Onkologie, zu ziehen. Dazu sind noch viele Jahre eingehender und objektiver Beobachtungen nötig. ■



Akademiemitglied Solowjow und der Kandidat der biologischen Wissenschaften Kusnezow im Labor für Biosynthese von Interferon.



Prof. Dr. Fjodor WOLKOW

Ende des Sommers 1939 war die internationale Lage äußerst gespannt. Nazideutschland war im Begriff, Polen zu überfallen. Vom Erfolg oder Mißerfolg der britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen, von der Schaffung einer Einheitsfront der Staaten zum Kampf gegen die faschistischen Aggressoren hing sehr viel ab.

Der französische Botschafter in Berlin Coulondre meldete Anfang Juni nach Paris: „Wenn Hitler weiß, daß er nicht nur gegen die Westmächte, sondern auch gegen Rußland Krieg führen muß, wird er eher auf Polen verzichten, als sein Land, seine Partei und sich selbst zur Niederlage und zum Untergang zu verurteilen. Wenn sich aber die britisch-russischen Verhandlungen in die Länge ziehen, ist eine blitzartige Einnahme Danzigs in den kommenden Wochen nicht ausgeschlossen."

Doch waren die Hitlerleute davon überzeugt (das sagte Ribbentrop ungarischen Ministern), daß Großbritannien im Kriegsfall „Polen kaltblütig seinem Schicksal überlassen wird". Bei der Vorbereitung des Überfalls auf Polen rechneten sie damit, daß es von Großbritannien und Frankreich verraten und daß die UdSSR isoliert sein würde.

Um einen Krieg in Europa, der sich unweigerlich zu einem Weltkrieg auswachsen würde, zu verhüten, bot die Sowjetregierung den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs an, in Moskau konkrete militärische Verhandlungen über Kampfmaßnahmen gegen den eventuellen Aggressor zu beginnen. Die UdSSR hielt es für notwendig, parallel damit auch militärische Verhandlungen zu führen und ohne Verzug ein Dokument auszuarbeiten, das Großbritannien und Frankreich verpflichtet hätte, einem Opfer der Aggression eine bestimmte Menge von Streitkräften zur Verfügung zu stellen.

Am 25. und 26. Juli erklärten sich Großbritannien und Frankreich bereit, Militärmissionen nach Moskau zu entsenden. Zuvor hatten sich die britischen und französischen Politiker in Paris darauf geeinigt, daß beide Missionen gleichzeitig nach Moskau abreisen und dort nach im voraus ausgearbeiteten Anweisungen vorgehen sollten. Um eine einheitliche Verhaltensweise bei den Verhandlungen mit der UdSSR zu vereinbaren, trafen sich in Paris der britische Sekretär des Verteidigungskomitees des Imperiums Ismay, der französische Generalstabschef Gamelin und der französische General Doumenc. Die Missionen wollten zuerst mit dem Zug durch Deutschland, dann mit dem Flugzeug, dann auf einem Kriegsschiff nach Moskau reisen, bis sie sich schließlich für einen langsamen Dampfer entschlossen.

Die britische und die französische Mission hatten sogar eine geheime Signalgebung bei den Verhandlungen mit der UdSSR vorgesehen. Sollte in ihrem Zuge eine Frage berührt werden, die die Koordinierung der Standpunkte von Briten und Franzosen erforderte, so „war vereinbart, daß man sich dabei leicht die Nasenspitze reibt, ganz ungezwungen, damit die Russen keinen Verdacht schöpfen".

Die politischen Verhandlungen zwischen der UdSSR, Großbritannien und Frankreich sollten im weiteren gleichzeitig mit militärischen erfolgen. Doch wurden diese aus Verschulden der Briten und Franzosen nicht mehr wiederaufgenommen.

Großbritannien und Frankreich hatten zwar unter dem Druck der Öffentlichkeit das sowjetische Angebot zu militärischen Verhandlungen angenommen, taten jedoch, wie die späteren Ereignisse zeigten, alles, um sie zu vereiteln. In Großbritannien fanden zu dieser Zeit nämlich geheime britisch-deutsche Unterredungen statt, denen Chamberlain entscheidende Bedeutung beimaß. In seinem Tagebuch schrieb er: Die britisch-sowjetischen Verhandlungen seien aussichtslos, doch dürfe man nichts überstürzen, vielmehr müsse man einen Erfolg vortäuschen, um Deutschland unter Druck zu setzen.

Wie wenig ernst die britischen Politiker die Verhandlungen in Moskau nahmen, bezeugt schon die Zusammensetzung der Militärmissionen beider Länder: Ihnen gehörten ausgediente Generale und Admirale oder zweitrangige Beamte an. Die britische Mission führte der greise Admiral Reginald Drax, seinerzeit Direktor der Seeoffiziersschule in Greenwich und zu jener Zeit Kommandant des Militärstützpunktes Portsmouth. Er stand dem Hof nahe, teilte Chamberlains Ansichten, war stur und schwerfällig im Denken. Wiederholt hatte er auch zu einem Krieg gegen die UdSSR aufgerufen. Ähnlich präsentierten sich auch andere Mitglieder der britischen Mission: Luftmarschall Barnett und Generalmajor Heywood.

Der Chef der französischen Mission war der hochbetagte General Doumenc, sonst kaum bekannt. Ihr gehörten Kapitän zur See Willaume, Professor an einer Seeoffiziersschule, und der Luftwaffenattaché in Warschau General Valin an. Die sowjetische Militärmission dagegen setzte sich aus bedeutenden Persönlichkeiten zusammen: Ihr stand der Volkskommissar für Verteidigung Kliment Woroschilow vor, unter den Mitgliedern waren der Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte Boris Schaposchnikow, der Volkskommissar der Kriegsmarine Nikolai Kusnezow u. a.

„Möglichst langsam verhandeln"

Obwohl die Zeit drängte, legte die britisch-französische Mission am 5. August ab und erreichte Leningrad erst nach 6 Tagen. Das war kein Zufall. Die Geheimprotokolle der Sitzung der britischen Regierung vom 26. Juli decken die Ziele der britischen Seite auf.

Auf der Sitzung wurde die bekannte Halifax-Formel — „möglichst langsam handeln" — zu einer Richtlinie für die britische Militärmission erhoben. Nach Halifax' An-

Schluß. Anfang siehe NZ 36/80.

sicht, würden die Militärverhandlungen sehr viel Zeit in Anspruch nehmen.

Gemäß der geheimen britischen Anweisung von 117 Punkten und der französischen Anweisung sollten die beiden Missionen die Verhandlungen in die Länge ziehen, zumindest bis zur Unterzeichnung des politischen Abkommens. Punkt 8 der britischen Anweisung lautete: „Solange nicht ein politisches Abkommen geschlossen ist, muß die Mission **möglichst langsam verhandeln"** (hervorgehob. von mir — F. W.), „ausgehend vom Verlauf der politischen Verhandlungen und im engsten Kontakt mit dem Botschafter Seiner Majestät."

Nicht minder beredt war Punkt 15 derselben Anweisung: „Die britische Regierung ist nicht gewillt, genaue Verpflichtungen zu übernehmen, die ihr unter allen Umständen die Hände fesseln könnten."

Die am 27. Juli formulierte französische Anweisung enthielt kein Wort über den Abschluß eines wirksamen Militärbündnisses zwischen der UdSSR, Großbritannien und Frankreich.

Der Kurs auf Verzögerung, im Grunde auf Sprengung der britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen und die ablehnende Haltung Großbritanniens und Frankreichs zur Übernahme strikter militärischer Verpflichtungen kennzeichneten die Position der britischen und französischen Delegierten in Moskau. An der westlichen Front wollten sich beide Westmächte nur auf „das Eindämmen der deutschen Kräfte" beschränken. Sie wollten Hitlerdeutschland gegen die UdSSR aufhetzen und den Krieg mit deren Händen führen.

Die Sowjetregierung sah, daß Chamberlain und Daladier weder einen wirksamen Beistandspakt noch eine Militärkonvention schließen wollten, bemühte sich jedoch um ein Abkommen mit Großbritannien und Frankreich, ging es doch darum, den faschistischen Aggressoren, die Europa bedrohten, in den Arm zu fallen.

Die Vertreter der drei Verhandlungsseiten sollten die militärischen Pläne der eigenen Regierungen und Generalstäbe im Hinblick auf Maßnahmen darlegen, „die ihrer Meinung nach die Organisation der Verteidigung der vertragschließenden Länder, d. h. Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR, sichern mußten". Die sowjetische Militärmission hielt es u. a. für absolut richtig und zweckmäßig, daß die Militärmissionen der beiden Westmächte einen einheitlichen Verteidigungsplan der vertragschließenden Länder für den Fall einer Aggression in Europa vorlegen sollten. Dieser Plan sollte nach Ansicht der sowjetischen Mission die Stärke der Truppen der drei Mächte, die materiellen Ressourcen und den Einsatz dieser Kräfte zur Verteidigung der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs vorsehen.

Auf den Sitzungen stellte sich jedoch heraus, daß die britische und französische Mission keinen militärischen Plan hatten. Statt dessen schlugen sie vor, auf den Sitzungen abstrakte „gemeinsame Ziele" und „allgemeine Prinzipien" der militärischen Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR zu erörtern.

Ganze sechs britische Divisionen

Bei den militärischen Verhandlungen warf die sowjetische Mission die Frage der Stärke der Streitkräfte auf, die die Konventionsteilnehmer bei einer Aggression sofort bereitstellen sollten.

Die Franzosen nannten eine offensichtlich überhöhte Ziffer: 110 Divisionen. Die Briten erklärten, für den Fall des Krieges — 5 Infanterie- und eine mechanisierte Division zur Verfügung stellen zu können. Bis zum ersten Stadium des Krieges wollten sie weitere 16 Divisionen mobilisieren. Im weiteren sollten noch 16 Divisionen hinzukommen, aber zu jener Zeit gab es weder diese Divisionen noch Rüstungen und Munition für sie. Von 3000 Flugzeugen der vordersten Linie gedachten die Briten, im Krieg nur 1000 einzusetzen. Die UdSSR erklärte sich bereit, 120 Infanterie- und 16 Kavalleriedivisionen, 5000 schwere Geschütze, 9000—10 000 Panzer sowie 5000—5500 Kampfflugzeuge an die Front gegen den faschistischen Aggressor zu entsenden.

Im Auftrag des sowjetischen Oberkommandos legte Boris Schaposchnikow einen konkreten militärischen Plan vor, der drei Varianten gemeinsamen Vorgehens der Streitkräfte Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR bei einer faschistischen Aggression in Europa vorsah.

1. Variante: Zurückschlagung eines Überfalls des Aggressorenblocks auf Großbritannien und Frankreich; die UdSSR stellt 70% der Streitkräfte bereit, die Großbritannien und Frankreich unmittelbar gegen Deutschland einsetzen.

2. Variante: deutsche Aggression gegen Polen und Rumänien; diese beiden Länder setzen ihre sämtlichen Streitkräfte ein. Großbritannien und Frankreich eilen ihnen zu Hilfe und erklären dem Aggressor unverzüglich den Krieg. Die UdSSR verpflichtet sich, am Krieg mit ebenso vielen Streitkräften teilzunehmen, wie Großbritannien und Frankreich gegen Deutschland einsetzen.

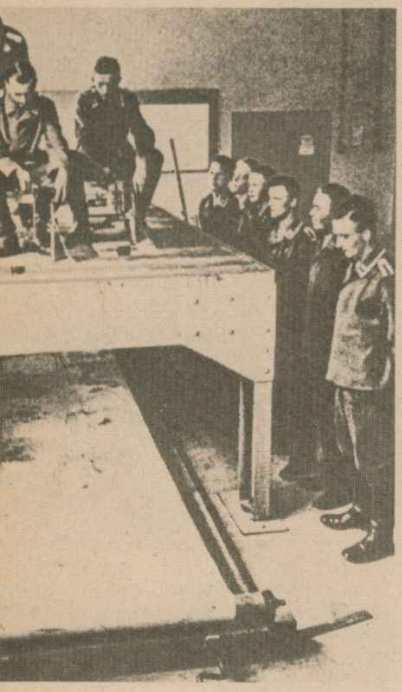
3. Variante: Überfall des Hauptaggressors, Deutschlands, auf die UdSSR vom Territorium Finnlands, Estlands und Lettlands aus. Frankreich und Großbritannien treten unverzüglich in den Krieg gegen den Aggressor bzw. Aggressorenblock ein und entsenden 70% der Stärke der bereitstehenden sowjetischen Truppen an die Front.

Da die UdSSR keine gemeinsame Grenze mit Deutschland hatte, konnte sie Großbritannien, Frankreich, Polen und Rumänien im Kriegsfall nur helfen, wenn sowjetische Truppen polnisches und rumänisches Territorium passieren durften. Sonst verloren die Verhandlungen jeden Sinn. Aber die von London aufgehetzte polnische Regierung erklärte, sie werde die Hilfe der UdSSR nicht annehmen, obwohl sie vom Oberkommando Großbritanniens und Frankreichs wußte, daß eine faschistisch-deutsche Aggression in Europa möglich war und daß das erste Opfer Polen sein konnte. Dieses Land wäre nur durch ein Abkommen Großbritanniens und Frankreichs mit der UdSSR über die Zähmung der Aggressoren zu retten gewesen. Der französische Militärattaché in der UdSSR gab damals offen zu: „Würden wir uns mit Ihnen" (der UdSSR) „einigen, so könnte Hitler nichts ausrichten."

1939. Flaggen der drei Teilnehmerstaaten des Antikominternpaktes in Tokio.



Die UdSSR bemühte sich während der Moskauer Verhandlungen aufrichtig und konsequent um ein Abkommen mit Großbritannien und Frankreich, das mußten selbst Politiker und Militärs der Westmächte zugeben. Der französische Ministerpräsident Daladier sagte in einem Gespräch mit dem USA-Botschafter in Paris Bullitt, die sowjetischen Vertreter seien aufrichtig bestrebt, ein endgültiges Abkommen zu erreichen.



1939. Deutsche Flieger üben auf den Karten Europas Bombereinsätze.

Chamberlain und Daladier dagegen dachten an kein reales Abkommen mit der UdSSR, denn sie verfolgten ein anderes Ziel. Das führte mit Notwendigkeit zum Scheitern der britisch-französisch-sowjetischen politischen und militärischen Verhandlungen.

In einem Interview für „Iswestija" sagte Marschall Woroschilow zur Ursache des Scheiterns der Moskauer militärischen Verhandlungen mit Frankreich und Großbritannien: „Die sowjetische Militärmission fand, daß die UdSSR, die keine gemeinsame Grenze mit dem Aggressor hat, Frankreich, Großbritannien und Polen nur helfen kann, wenn ihre Truppen das polnische Territorium passieren dürfen ...

Trotz dieser offensichtlichen Tatsache stimmten die französische und die britische Militärmission dem Standpunkt der sowjetischen Mission nicht zu, und die polnische Regierung erklärte unmißverständlich, sie brauche die militärische Hilfe der UdSSR nicht und werde sie nicht annehmen.

Das machte eine militärische Zusammenarbeit der UdSSR mit diesen Ländern unmöglich. Darin lag der Grund der Meinungsverschiedenheiten. In diesem Stadium wurden die Verhandlungen abgebrochen."

Hinter den Kulissen der Moskauer Verhandlungen

Im Sommer 1939, als die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs die Moskauer Verhandlungen absichtlich in die Länge zogen, sagte Lord Halifax im Parlament, die britische Regierung sei bereit, „am runden Tisch" jeden der deutschen Ansprüche, darunter das Problem des „wirtschaftlichen Lebensraums", zu erörtern. Das war eine direkte Aufforderung, über eine Neuaufteilung der Welt und der Einflußsphären zu verhandeln. Die Hitlerleute ließen nicht auf sich warten.

Im Juni begannen höchst vertrauliche britisch-deutsche Treffen. Am ersten, das in London am 19. Juni stattfand, beteiligten sich britischerseits Außenhandelsminister Hudson und Chamberlains Vertrauensmann und Berater Horace Wilson. Deutschland wurde vom hitlerischen Beamten für besonders wichtige Aufträge Helmut Wohlthat, einem bedeutenden Wirtschaftsfachmann, vertreten. Die Protokolle dieser Unterredungen ruhen bis heute noch in den geheimsten Fächern der diplomatischen Archive. Bekannt ist nur Wohlthats Angebot an Wilson, eine Begegnung britischer Politiker mit Hitler zu vereinbaren, damit sie politische, militärische und wirtschaftliche Fragen erörtern konnten. Die ersten Treffen zwischen dem faschistischen Emissär und den britischen Politikern waren eine Art diplomatische Sondierung.

Im Juli 1939 suchte Wohlthat — angeblich, um an einer Internationalen Walfangkonferenz teilzunehmen — London zum zweitenmal auf. Diesmal trafen sich er, der deutsche Botschafter in London von Dirksen und der Kontaktmann Botschaftsrat Kordt im Juli und August mit Außenminister Halifax und Außenhandelsminister Hudson. Wohlthat sprach mit Wilson, der ihm eine Begegnung mit Chamberlain in Aussicht stellte. Wohlthat zog es vor, ihr auszuweichen. Geheime Kontakte mit Vertretern Nazideutschlands hatten auch Charles Roden Buxton, Leiter des Büros für politische Information der Labourfraktion im Unterhaus, der seiner Partei Gutachten zu politischen Fragen lieferte; der parlamentarische Stellvertreter des Außenministers Butler und Lord Kemsley, Großkapitalist und Zeitungsmagnat.

Die britische Diplomatie war sorgfältig auf diese Geheimtreffen mit Deutschen vorbereitet und besaß einen mit Chamberlain und anderen Kabinettsmitgliedern vereinbarten, genauen Plan. Hudson und Wilson legten Wohlthat das Programm einer umfassenden antisowjetischen Abmachung Großbritanniens und Deutschlands über politische, militärische und wirtschaftliche Fragen vor.

Was sah es vor?

Vor allem einen Nichtangriffspakt und außerdem einen Pakt über Nichteinmischung, der eine „Abgrenzung erweiterter Räume zwischen den Großmächten, insbesondere zwischen Großbritannien und Deutschland", beinhaltete. Großbritannien schlug Nazideutschland ein Ausgleichsabkommen über eine Aufteilung der Welt vor.

Die britischen Vertreter versicherten Wohlthat, im Falle einer britisch-deutschen Allianz würde sich die britische Regierung „der von ihr übernommenen ... Garantiepflichten gegenüber Polen, der Türkei usw. entledigen" können. Die britischen Politiker waren bereit, Polen und andere Staaten Hitler auszuliefern und die eben erst gegebenen „Garantien" mit Füßen zu treten.

Wohlthat fragte Wilson gelegentlich, ob die britische Regierung auch andere Fragen zu erörtern bereit sei. Wilson antwortete: „Der Führer braucht nur ein Blatt Papier zu nehmen und die ihn interessierenden Fragen aufzuschreiben, die britische Regierung wäre zu ihrer Erörterung bereit."

In einem vertraulichen Gespräch zwischen Buxton und Kordt am 29. Juli deckte der erstere im Grunde den antisowjetischen Charakter des geplanten britisch-deutschen Abkommens auf, dem zufolge Deutschland sich nicht in die Angelegenheiten des British Empire einmischen durfte und Großbritannien den Deutschen die volle Handlungsfreiheit in Ost- und Südosteuropa zu gewähren versprach. Um ein Abkommen mit den faschistischen Aggressoren zu erwirken, versprach Großbritannien sogar, die Verhandlungen über einen Pakt mit der UdSSR abzubrechen!

Als gewiefter Diplomat wußte Kordt sehr wohl, daß Buxton nicht als Privatperson verhandelte, wenn dieser auch so tat. Buxton forderte auf, in den Verhandlungen mit Deutschland zur Geheimdiplomatie zurückzukehren, aus der die Öffentlichkeit völlig ausgeschlossen wäre. Dazu lagen gewichtige Gründe vor: Die britischen Politiker befürchteten den Zorn des Volkes. Andererseits wollten sie nicht entlarvt werden. Das bestätigt eine Äußerung Wilsons in seinem Gespräch mit von Dirksen am 3. August: Die Aufnahme geheimer oder, wie er sagte, „vertraulicher Verhandlungen mit der deutschen Regierung ist für Chamberlain mit großem Risiko verbunden. Wird etwas davon ruchbar, so wird es zu einem riesigen Skandal kommen und Chamberlain wohl zurücktreten müssen."

Außerdem seien die Verhandlungen mit anderen Staaten (lies: der UdSSR), setzte Wilson fort, „nur ein Reservemittel, um eine wirkliche Aussöhnung mit Deutschland zu erreichen, aber diese Kontakte werden wegfallen, sobald das einzig wichtige und anstrebenswerte Ziel — ein Abkommen mit Deutschland — erreicht sein wird".

Vor seinem Urlaub hatte von Dirksen am 9. August ein vertrauliches Gespräch mit Halifax. Nazideutschland war bereit, den Krieg in Europa jeden Augenblick vom Zaun zu brechen, aber Halifax setzte sich nach wie vor für ein Abkommen mit Deutschland ein und versprach dienstbeflissen, alle deutschen Forderungen und Ansprüche zu prüfen. Außerdem spielte Halifax eindeutig auf die Bereitschaft Großbritanniens an, Polen unter dem Vorwand, einen Konflikt mit Deutschland vermeiden zu wollen, im Stich zu lassen.

Zu gleicher Zeit wurden auch andere britisch-deutsche Geheimtreffen abgehalten, z. B. Anfang August, als die britischen Industriellen und Financiers Holden, Rawson und Spenser mit Göring zusammenkamen. Vermittelt hatte Görings Verwandter Birger Dahlerus, ein schwedischer Industrieller. Die Zusammenkunft fand im August 1939 auf dem Gut von Dahlerus' Frau in Schleswig-Holstein statt. Ihr Ziel war, eine Konferenz britischer und deutscher Politiker unter möglicher Teilnahme Frankreichs und Italiens, doch ohne die UdSSR und ohne Polen vorzubereiten.

Ein neues verräterisches Abkommen nach dem Muster des Münchner, diesmal auf Kosten Polens und der UdSSR, war geplant. Die britischen Vertreter übermittelten Hitler ein mit Chamberlain vereinbartes Memorandum. Die deutschen Vertreter warfen die Frage nach einer Neuaufteilung der Welt auf. Göring drohte den britischen Delegierten mit einem Krieg im Westen und wollte um jeden Preis eine Sprengung der britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen. Wie er erklärte, würde der Verzicht Großbritanniens auf die Verhandlungen mit der UdSSR die Grundlage für eine britisch-deutsche Annäherung schaffen, der Abschluß eines Paktes mit der UdSSR dagegen die Konferenz vereiteln. Die deutsche Diplomatie verhinderte auf jede Weise die Erreichung eines britisch-französisch-sowjetischen Abkommens. Nur die Maßlosigkeit der deutschen Ansprüche, die unmittelbar die britischen Interessen bedrohten, und die zwischenimperialistischen Gegensätze ließen die Verhandlungen im Sand verlaufen.

Und doch hofften britische und französische Politiker noch fast bis zum Kriegsausbruch auf eine Absprache mit Deutschland. Am 16. August trafen sich der Offizier der britischen Luftwaffe Baron de Ropp und A. Rosenberg, außenpolitischer Exponent der NSDAP, in Berlin. Ropp erklärte, für Deutschland und Großbritannien wäre es absurd, einen Kampf auf Leben und Tod wegen Polens zu riskieren. Ergebnis könnte nur die gegenseitige Vernichtung der Luftstreitkräfte sein, während Rußland mit unversehrten Kräften das einzige Land in günstiger Lage sein würde.

Die zunehmenden britisch-deutschen und britisch-französischen Gegensätze verhinderten einen Block Großbritanniens und Frankreichs mit Deutschland. Eine beträchtliche Rolle spielte dabei die sowjetische Diplomatie, die die Pläne der Anhänger der Münchner Politik, einen Krieg zwischen Deutschland und der UdSSR zu entfesseln, durchkreuzte. Als sich die Sowjetregierung endgültig davon überzeugte, daß Chamberlain und Daladier einen Beistandspakt mit der UdSSR nicht abschließen und eine Front der kollektiven Sicherheit für die Zurückweisung des Aggressors nicht errichten wollten, mußte sie ihre Wahl treffen und das deutsche Angebot, einen Nichtangriffspakt zu schließen, annehmen. Die UdSSR stand vor dem Dilemma: entweder zum Zweck der Selbstverteidigung das deutsche Angebot anzunehmen und so eine gewisse Zeit für die Vorbereitung zur Zurückschlagung der unvermeidlichen faschistischen Aggression zu gewinnen, oder aber es abzulehnen und somit den Kriegsbrandstiftern die Möglichkeit zu geben, die UdSSR sofort unter für sie ungünstigen Bedingungen in einen Krieg gegen Deutschland zu verwickeln. Das ZK der KPdSU(B) und die Sowjetregierung entschlossen sich für den Nichtangriffspakt. Das war natürlich eine notgedrungene Maßnahme. Am 20. August 1939 unternahm die deutsche Regierung einen weiteren Versuch, (solcher Versuche gab es seit Frühjahr 1939 viele), sich mit der UdSSR zu einigen. In einem Telegramm wurde die Sowjetregierung aufgefordert, den deutschen Außenminister am Dienstag, dem 22. August, oder spätestens am Mittwoch, dem 23. August, zu empfangen. Der Reichsminister würde mit allen außerordentlichen Vollmachten ausgestattet, um den Nichtangriffspakt aufsetzen und unterzeichnen zu können.

Im Sommer 1939 überfiel Japan die Mongolische Volksrepublik, und die Rote Armee, die dem mongolischen Volk Hilfe erwies, führte schwere Kämpfe mit der japanischen Armee. Großbritannien und Frankreich torpedierten die Verhandlungen mit der UdSSR und verhandelten insgeheim mit den faschistischen Machthabern. In dieser schweren internationalen Situation nahm die Sowjetregierung das Angebot Deutschlands an und schloß mit ihm am 23. August 1939 einen Nichtangriffspakt ab.

Die britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen scheiterten nicht deshalb, weil die UdSSR diesen Vertrag unterzeichnete, wie bürgerliche Politiker und Geschichtsfälscher behaupten. Im Gegenteil, der Vertrag wurde geschlossen, weil Großbritannien und Frankreich die Moskauer Verhandlungen gesprengt hatten.

Hätten Großbritannien und Frankreich einen friedensdienlichen Vertrag mit der UdSSR gewollt, so hätten sie ihn auch nach dem 23. August 1939 ohne weiteres haben können, denn die UdSSR unterzeichnete mit Deutschland ja nicht ein Bündnis-, sondern nur einen Nichtangriffspakt. Die Sowjetregierung war bereit, die Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich fortzusetzen, aber diese wünschten es nicht und beriefen ihre Missionen aus Moskau ab.

Der antisowjetische Kurs Chamberlains und Daladiers, der herrschenden Kreise Großbritanniens und Frankreichs war ein Verrat an den Interessen der Völker dieser Länder und der ganzen Welt und leistete den faschistischen Staaten bei der Entfesselung des zweiten Weltkrieges Vorschub. ■

DISKUSSION MIT DEM LESER

Die amerikanischen Farmer sind natürlich an Getreidelieferungen in die Sowjetunion interessiert. Andererseits aber billigen sie als Patrioten ihres Landes die Politik Präsident Carters hinsichtlich des Handels mit den Russen.

Michael WINDELL,
Boston, USA



Es diskutiert der Direktor des Sowchos „Moshaiski", Gebiet Moskau, Viktor GOLUBKOW

Soweit ich weiß, ist die Politik des US-Präsidenten bezüglich des Handels mit der Sowjetunion, von der Sie, Mr. Windell, sprechen, von dem Wunsch diktiert — und zwar von dem demonstrativen Wunsch — die Russen durch die Lieferbeschränkungen für Futtergetreide zu „bestrafen". Die US-Regierung glaubt, auf diese Weise auf die sowjetische Außenpolitik Einfluß nehmen zu können, insbesondere darauf, unser Volk zum Verzicht auf die brüderliche Hilfe für das revolutionäre Afghanistan zu zwingen. Mir ist auch bekannt, daß diese Politik Ihres Präsidenten bereits Auswirkungen hatte. Wer aber wurde dadurch bestraft? Die amerikanischen Farmer: ihre finanziellen Verluste aus den Restriktionen im Getreideexport übersteigen, wie ich Zeitungen entnehme, 10 Md. Dollar. Was nun die Menschen der Sowjetunion angeht und vor allem die Mitarbeiter der Landwirtschaft, haben wir diese „Strafe" nicht verspürt. Aber darum ging es doch gerade: die Lieferungsbeschränkungen sollten zur Senkung der Erzeugung von Fleisch- und Molkereiprodukten führen, ja sogar zur Minderung des Rinderbestands.

Ich kann Ihnen also versichern, Mr. Windell, daß wir in diesem Jahr keinen Mangel an Kombifutter verspüren werden, zu dessen Herstellung die Sowjetunion Mais, Gerste, weiche Weizensorten importiert. Der Rinderbestand ist in unserem Sowchos und im Rayon Moshaisk sowie im gesamten Gebiet Moskau, wo die Viehzucht der führende Agrarzweig ist, keinesfalls gesunken, sondern sogar gestiegen. Nicht gesunken, sondern gestiegen sind auch die Melkerträge. Obwohl das Wetter in diesem Jahr die Mitarbeiter der Landwirtschaft in den zentralen Gebieten der RSFSR nicht gerade gut behandelte, ist die Futterlage nicht schlechter als im vergangenen Jahr, als Ihre Regierung die Futterlieferungen nicht beschränkte.

Und das liegt nicht nur daran, daß unsere Außenhandelsorganisationen Futtergetreide in anderen Ländern gekauft haben. Letzten Endes ist dessen Anteil an den Rationen für Rinder relativ klein (in den Wirtschaften unseres Rayons beispielsweise nur 15—20% der gesamten Futtermenge). Wichtiger ist, daß wir uns davon überzeugten, daß es beim Übergang auf eine intensive Fleisch- und Milchviehzucht zweckmäßiger ist, den Anteil des Kombifutters in den Rationen nicht zu erhöhen, sondern ihn im Gegenteil zu senken.

Im Unterschied zu Geflügel und Schweinen, wo Futtergetreide einen wesentlichen Anteil hat, wirkt sich seine Erhöhung im Rinderfutter, wie die Erfahrungen unserer Viehzüchter ergeben haben, negativ auf die Regenerierung der Stückzahl und ihre Produktivität aus. Deshalb legen wir heute besonderen Nachdruck auf die Steigerung der Heu-, Anwelksilage-, Silofutter- sowie der Grasmehlherstellung.

Eine wichtige Rolle bei der Versorgung mit Frischfutter spielt bei uns jetzt auch die Samenzucht. Unser Sowchos hat sich z. B. auf die Züchtung von mehrjährigen Grassamen und Getreidekulturen spezialisiert, die wir nicht nur an unsere Wirtschaften, sondern auch an andere Länder liefern, wo die Nachfrage danach ständig wächst. Wenn die amerikanischen Farmer solche Samen erwerben möchten, liefern wir sie ihnen gerne.

Trotz der stark vorhandenen Technik und aller Leistungen der Agronomie, hängt über allen, die sich mit der Viehzucht beschäftigen oder den Boden bearbeiten, die „Strafe Gottes", das Wetter. Seine Kapriolen bekommen wir häufiger als die amerikanischen Farmer zu spüren. Die klimatischen Verhältnisse in Ihrem Land sind wesentlich günstiger. Nur 30% der mit Getreidekulturen bestellten Böden in der UdSSR erhalten ausreichend Feuchtigkeit, während es in den USA 70% sind. Die Farmer der Getreide- und Viehzuchtwirtschaften der USA kennen keine harten Fröste, die die Wintersaaten manchmal zerstören, und keinen Regen wie in diesem Jahr, der das Einbringen von Gras, Kartoffeln und anderen Kulturen erschwert. Doch auch Ihre Farmer leiden unter dem Wetter. Ich habe vor kurzem gehört, daß in einigen US-Staaten in diesem Sommer eine schreckliche Dürre herrschte.

Ich weiß nicht, ob Sie, Mr. Windell, mit Bauernarbeit vertraut sind. Ihrer Anschrift nach sind Sie Städter. Ich dagegen bin seit der Kindheit mit dem Boden verwachsen, und ich weiß, daß dem Bauern des einen Landes die Not des Bauern eines anderen immer zu Herzen geht. Und wir haben tiefes Mitgefühl mit Ihren unter der Dürre leidenden Farmern, selbst mit jenen, die entweder aus falsch verstandenem Patriotismus oder durch Fehlinformationen die Diskriminierungspolitik Ihrer Regierung im UdSSR-Handel billigen. Aus irgendeinem Grund glaube ich Ihnen übrigens diese „Billigung" nicht allzu sehr. Denn diese Politik ist nicht nur deshalb schlecht, weil sie eine Niederlage erlitten hat. Das hätte anders gar nicht sein können. Verdammenswert ist sie vielmehr deshalb, weil sie Feindschaft in einer für jeden Bauern so heiligen Sache schürt, wie es die Erzeugung des täglichen Brotes ist.



Wie groß ist jetzt die Erdbevölkerung, und welche Prognosen gibt es für ihre Zunahme?

Sch. TSCHOISHIL
Darhan, MVR

Nach Angaben des UNO-Hauptquartiers beträgt die Erdbevölkerung gegenwärtig 4 Milliarden 415 Millionen. Ihr Zuwachstempo beträgt 1,8 Prozent jährlich, Mitte der 60er Jahre lag es bei 2 Prozent, und gegen Ende des 20. Jh. wird es nach Expertenschätzungen 1,6 Prozent betragen. So wird die Erdbevölkerung zu Beginn des kommenden Jahrtausends ca. 6,2 Milliarden erreichen und sich weitere 18 Jahre später gegenüber dem jetzigen Stand verdoppelt haben. Experten zufolge werden 90 Prozent des Zuwachses der Erdbevölkerung auf die Entwicklungsländer entfallen.

Der Statistik zufolge wird die Bevölkerung in Lateinamerika und in Afrika am schnellsten, in Europa und in den USA (weniger als 1 Prozent jährlich) am langsamsten zunehmen. Man geht davon aus, daß bis zum Jahre 2000 die Rangfolge der sechs bevölkerungsreichsten Länder — China, Indien, UdSSR, USA, Indonesien und Brasilien — unverändert bleibt.

PS

Inflationäres

Das US-Hauptquartier in der BRD sei sehr besorgt über die zunehmende Kriminalität unter den Soldaten, meldet „U.S. News & World Report". Viele beschäftigen sich mit Betrügereien und Scheckfälschungen. Dem Finanzdienst der US-Armee und der US-Luftstreitkräfte wurden im Vorjahr 73 000 gefälschte Schecks vorgelegt. In diesem Jahr sind es noch mehr. Das Magazin gibt einen ausgekochten Grund für den Sittenverfall an. In den USA lebten die Soldaten besser als in der BRD, da der Dollarkurs zur DM immer weiter sinkt.

Viel Elan



Am 17. August kam es in der Schweizer Kleinstadt Aeschi wieder zum Schwingfest. Junge behoste Damen, gingen aufeinander los und wollten sich gegenseitig aufs Kreuz legen. Dieses bäuerliche Schwingfest gibt es in der Schweiz schon mehr als 100 Jahre. Es war allerdings früher den Männern vorbehalten. Jetzt haben sich die Frauen auch hier emanzipiert. Vor den Austragungen versuchten die Männer, das Antreten der Damenriege zu verhindern. Allerdings erfolglos. 8000 Zuschauer verfolgten den Kampf der 75 „Schwingerinnen" und applaudierten der Siegerin, die ein Simmentaler Rind als Preis bekam.

Unzuverlässig



Ein paar tausend Menschen hatten sich Mitte August in Cergy-Pontoise bei Paris und beim Sirod-Tunnel (Departement Jura) versammelt, wo sie mit Ungeduld das Erscheinen „kleiner grüner Männchen in ihren fliegenden Untertassen" erwarteten. Angelockt hatte sie Frank Fonaine, der angeblich schon einmal mit diesen Sternenboten zusammengetroffen war. Sie hatten ihm versprochen, sich zwischen dem 15. und 17. August erneut zu zeigen. Aber auch im Weltall scheint es Betrüger zu geben.

Kintopp

Der britische Schriftsteller Charles Higham hat sich der Entlarvung von Spionen verschrieben. Sein erstes Objekt wurde die US-Actrice Greta Garbo, die mit ihren 72 Jahren noch immer einsam, ohne Bekannte und Nachbarschaftshilfe dahinlebt. Doch nicht nur das machte sie Higham verdächtig. Ein anderer „Beweis" war für ihn die Rolle der Garbo in dem Streifen „Mata Hari". Wie hätte sie diese Agentin so gut spielen können, wenn sie keine eigenen Erfahrungen gehabt hätte! In einem kürzlich erschienenen Buch behauptet der Schriftsteller: Die Schauspielerin sei Sonderkurier des britischen Geheimdienstchefs William Stephenson gewesen und habe die Welt im Spionageauftrag bereist. Inzwischen brütet Higham an einem Buch über den Filmschauspieler Errol Flynn, der seiner Meinung nach Nazi-Spion gewesen ist.

Heiliger Dampf

Die Äptissin des Klosters von Pepolinitsis (Griechenland) erwischte eine Nonne beim Haschischrauchen und wollte die Sünderin einem weltlichen Gericht überliefern. Die Nonne rechtfertigt sich jedoch damit, daß der Haschischgenuß bei ihr mehr „Inständigkeit" auslöse und „der Wind und der liebe Gott die Saat" in ihren Garten gestreut hätten. Die Argumente verfingen jedoch nicht. Offenbar muß die Klosterfrau ihre Zelle nun mit einer anderen vertauschen.

Das wäre ein Fall



Die Londoner Auktionsfirma „Sotheby" machte kürzlich 11 000 Pfund Sterling aus dem Verkauf eines alten Monokels, eines verblichenen Schlafrocks und eines unansehnlichen Spazierstocks. Die Auktionäre behaupteten allen Ernstes, diese Dinge hätten Sherlock Holmes, dem Papierdetektiv Sir Conan Doyles, gehört. Tatsächlich aber dienten sie dem Illustrator der Sherlock Holmes-Geschichten Sidney Paget als Vorlage.

Schwanengesang



In Frankfurt am Main bemerkten Passanten im Flußwasser einen verwundeten Schwan. Sie riefen die Polizei und diese wiederum die Feuerwehr. Ehe aber die Retter anrückten, gelangte der Vogel ans Ufer. Daraufhin brach zwischen Polizisten und Brandhütern ein Konflikt aus. Diese behaupteten, da der Vogel bereits auf festem Land sei, müßten ihn die Polizisten in die Tierklinik bringen. Die aber bestanden darauf, das sei dennoch die Pflicht der Feuerwehr. Der Streit spitzte sich zur Freude der erheiterten Gaffer so lange zu, bis einer der Umstehenden den Schwan in seinem Wagen zur Behandlung brachte.

Rekorde, Rekorde...

164 Stunden und 30 Minuten twisteten ein Mädchen und zwei Jungen aus Sri Lanka. Damit hatte das Dreigespann einen neuen Weltrekord aufgestellt, der denn auch ins Guiness-Book kam.

Zeichnungen: W. Tschakiridis

NEUE ZEIT
„Aeroflot bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ

Mit technischer Unterstützung von V/O PROMMASHEXPORT

sind in zwei Jahrzehnten über 500 Objekte in 30 Ländern errichtet worden

Das Exportprogramm der Vereinigung beinhaltet die Projektierung, den Bau und komplexe Anlagenlieferungen für:

— Maschinenbau-, Werkzeugmaschinenbau-, Werkzeugbetriebe;

— Gießereien und metallverarbeitende Betriebe, Werke für Metallkonstruktionen;

— Auto- und Traktorenwerke sowie Betriebe zur Produktion landwirtschaftlicher Ausrüstungen;

— elektro- und radiotechnische Fabriken;

— Gerätebau- und Uhrenfabriken;

— Rundfunk- und Fernsehsender; Fernsehzentren; Funkrelais und Drahtfernmeldelinien; kosmische und troposphärische Fernmeldestationen;

— automatische Steuerungssysteme für ganze Industriebranchen, Betriebe, technologische Prozesse und Anlagen;

— automatische Steuerungssysteme für den Luftverkehr;

— Schiffbau- und Schiffsreparaturbetriebe; Werften, Schiffsreparaturwerkstätten;

— Fischverarbeitungs- und Fischzuchtbetriebe;

— Industriekühlhäuser;

— Zuckerfabriken;

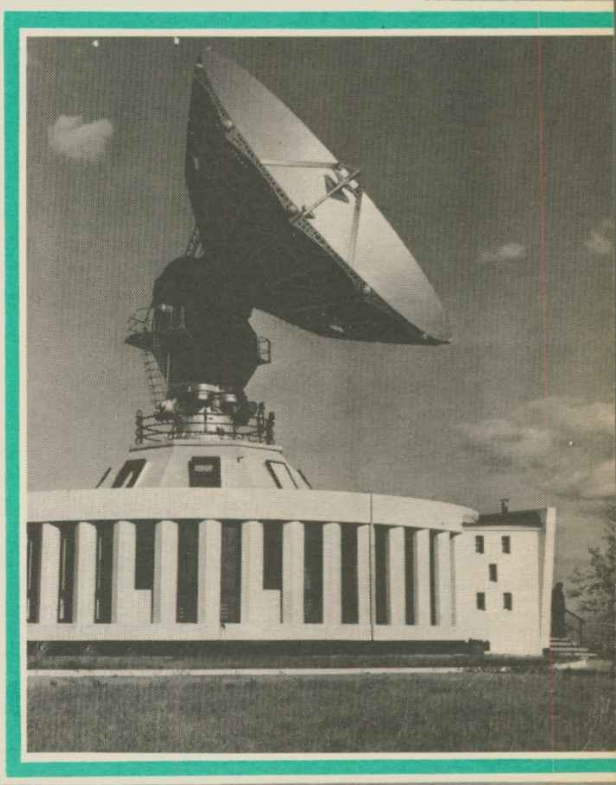
— Filmstudios und Lichtspielhäuser;

— Druckereien;

— Flugplätze und Flughäfen.

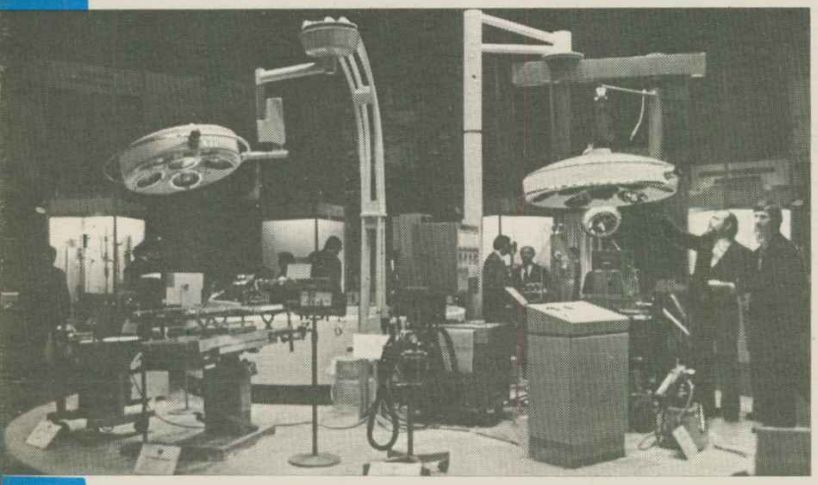
Wir bieten komplette Leistungen an — von der Standortwahl für den Bau bis zur Inbetriebnahme der Objekte.

Unsere Anschrift: UdSSR
113324, Moskau,
Owtschinnikowskaja nab. 18/1,
V/O Prommashexport
Telegrammanschrift:
Moskau, Prommashexport
Telex: **7532**
Telefon: **295-51-14, 220-15-05**



Prommashexport

ZDRAVOOKHRANENIYE '80



Sowjetische OP-Ausrüstungen

Die Ausstellungen im Moskauer Sokolniki-Park und an der Krasnaja Presnja hatten wohl schon lange nicht so viele Besucher wie in den Tagen der 2. Internationalen Ausstellung „Zdravookhraneniye '80" (medizinische Technik, Medikamente u. ä.)

Die erste Ausstellung dieser Art fand vor 6 Jahren statt. Der medizinische Fortschritt in dieser kurzen Zeitspanne ist beeindruckend. Die wissenschaftlich-technische Revolution hat dem Arzt viel Neues gebracht. Die praktische Medizin und die Radioelektronik sind voneinander nicht mehr zu trennen, was besonders in der sowjetischen Halle auffällt. Dort sieht man unter den 3000 Ausstellungsstücken ein Laserskalpell, neue komplizierte Geräte für physiologische Forschungen, physiotherapeutische und chirurgische Apparate, Geräte für die Ersetzung zeitweilig funktionsuntüchtiger Organe und Systeme.

Der Sowjetstaat sorgt konsequent für die Gesundheit seiner Bürger. Für diese Zwecke wurden im laufenden Jahr aus dem Staatshaushalt 14,4 Md. Rubel bereitgestellt. Das sowjetische medizinische Personal zählt ca. 6 000 000, darunter sind 929 000 Ärzte (fast ein Drittel aller Ärzte der Welt).

Ausländische Stände sind gut beschickt und aufschlußreich. Vertreten sind über 500

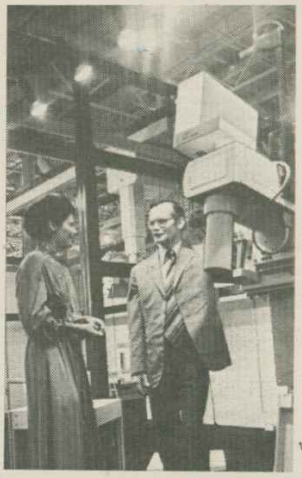


„Tonus-2", ein sowjetisches Gerät zur Behandlung durch diadynamische Ströme

Firmen, Unternehmen und Außenhandelsstellen aus 24 Ländern. Die Erzeugnisse aus der DDR, die vom hohen Niveau der medizinischen Wissenschaft in diesem Lande zeugen, ziehen viele Besucher an. Großen Zuspruch haben

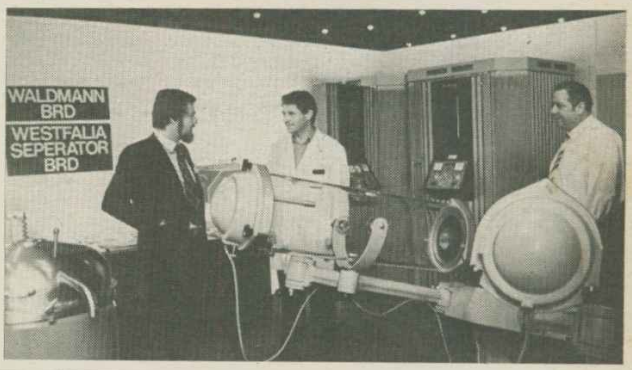


Am Stand der australischen Optik



Diagnostischer Röntgenbildverstärker des Unternehmens „Medicor" (Ungarn)

Automatisches Gerät zur Behandlung von Kreislaufstörungen (BRD)





Laborgeräte der französischen Firma Essilor

auch die Erzeugnisse und Präparate aus Ungarn, Frankreich, Finnland, der BRD, Jugoslawien, Japan, Italien, Großbritannien, der Schweiz, den Niederlanden, Indien u.a. Aus der BRD stellen mehr als 100 Firmen aus; ihre Stände messen über 4600 m².



Ausrüstungen für solche Reanimationswagen kommen aus Polen

Fotos: A. Motschalin